

daß man versucht, die Baustellen im Lande etwas zu zerstreuen, damit nicht ein Bevölkerungsteil in der Oststeiermark etwa sich benachteiligt fühlt gegenüber dem der West- und Obersteiermark und schreit, daß nur die Untersteiermark eine Straße gebaut bekommt. Durch die Ausstreuung möchte man es eben allen Leuten recht machen. Doch allen Leuten Recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Es würden auf die vorgeschlagene Weise und rascher mehr Leute drankommen.

Soweit die Straßen. Was die Bauabteilung im Großen anbelangt, wäre noch von unserem Standpunkt aus interessant, darüber zu debattieren, daß es schon länger Zeit heißt, wir sollen eine neue Bauordnung bekommen. Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn das endlich geschehen würde, da wir hier eine bestimmte Kompetenzbegrenzung beispielsweise vom juristischen Standpunkt einerseits und vom fachtechnischen Standpunkt andererseits wünschen würden. Ich weiß auch nicht, wie weit die Ausarbeitung dieser neuen Bauordnung fortgeschritten ist. Sicherlich ist auch in Bezug auf Raumplanung und Verbauungsplan Erkleckliches verwirklicht worden und es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn hier noch mehr geschehen würde.

Was den Landes-Wohn- und Siedlungsfonds anbelangt, liegt eine Resolution von uns vor, die vom Abg. Präsidenten Scheer eingebracht worden ist. Ich stehe nicht an zu erklären, daß die erste Idee hiezu von Herrn Landeshauptmann Krainer stammt. Es ist die Resolution, die früher schon von Abg. Hegenbarth erwähnt wurde, man solle eine Summe zur Verfügung stellen, um einen Teil des Zinsendienstes für Darlehen zu übernehmen, die von öffentlichen Kreditinstituten den Bau- und Siedlungswerbern gewährt werden. Ich hoffe, daß es nicht bei der Resolution bleibt und daß man sich ernst und bald mit dieser Angelegenheit befaßt, damit sie noch in diesem Jahr wirksam werden kann. Wir sind auch der Ansicht, daß Wohn- und Siedlungsdarlehen in erster Linie, aber nicht ausschließlich, an einzelne Bewerber zu geben sind, weil auf diese Art und Weise der Jugend Wohnräume zur Verfügung gestellt werden können, um diese daran zu hindern, sich ein Motorrad oder einen sonst nicht so wichtigen Gegenstand zu kaufen. Dadurch kann erreicht werden, Heime für Familien zu gründen, also die Familiengründung zu fördern und überhaupt die Vermehrung des Volksvermögens zu erzielen.

Das wäre im Großen und Ganzen alles, was ich zu dieser Angelegenheit sagen möchte. Ich hoffe, daß alle diese Mittel, es sind nicht allzu viele, die für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen heute bewilligt werden, in der Form angewendet werden, wie sie bisher angewendet wurden, wenn möglich mit kleinen Verbesserungen und noch initiativer als bisher. (Beifall beim WdU.)

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag! Zu dem Kapitel Straßenbauwesen hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier bereits ausführlich gesprochen. Es bleibt also hier nicht mehr viel anzuführen. Ich möchte mir erlauben, auf die erfreuliche Tatsache hinzuweisen, daß gerade in Steiermark außerordentlich viel getan wurde. Es gibt eine Reihe von Bundesländern, die nicht solche Leistungen aufzuweisen haben. Die großzügige und einmütige Auffassung über die Straßen in der Landesregierung und im gesamten Landtag und die sich konsolidierende Finanzpolitik in unserem Staate erwecken die berechtigte Hoffnung, daß alle oder nahezu alle steirischen Landesstraßen in den nächsten 10 Jahren staubfrei gemacht werden können, wenn unser Herr Finanzreferent Herz und Hand noch weiter öffnet. Die staubfreie Straße ist heute nicht nur eine Erleichterung, sondern für die meisten Gebiete eine wirtschaftliche Lebensfrage und auch eine Existenzangelegenheit. Ich darf es ganz offen aussprechen, daß unsere Steuerschillinge kaum anderswo segensreicher angelegt werden können, als auf dem Gebiete des Straßenbaues. Die Straßen sind eben notwendige Lebensadern, die im weiten Maße unserer Wirtschaft und deren Entwicklung Rechnung tragen müssen. Sie dienen somit unserem ganzen Volk.

Ich darf mir erlauben, nur ganz bescheiden auf einige kleine, aber doch sehr wichtige Dinge hinzuweisen. Durch die rapide Zunahme besonders des motorisierten Verkehrs nahezu auf allen Straßen unseres Landes sind an verschiedenen Stellen gefährliche Verkehrsfälle entstanden, die bevorzugt beseitigt werden sollen. Aber auch völlig unzweckmäßige alte Trassenführungen, besonders bei Bergstraßen, die durch Bergrutsch, Vereisungen und besondere Schattenlage viele Unfälle zur Folge haben, sollen beseitigt bzw. umgelegt werden. Die Erhaltung solcher Straßenstücke verschlingt oft Unsummen von Geld und es ist schon allein aus dieser Überlegung heraus angezeigt, solche Bereinigungen herbeizuführen. Ein konkretes Beispiel dafür ist z. B. das Straßenstück Aibl—Knaupeter Straßenzug Eibiswald—Soboth, in der Weststeiermark.

Nun zur Übernahme von Gemeindestraßenstücken durch das Land. Da kann ich nicht die Meinung des Herrn Landesrates Dr. Stephan teilen. Ich bin der Ansicht, daß man in Zukunft diesen Dingen großzügiger gegenüber stehen muß, weil einerseits durch die stärkere Verkehrszunahme die Gemeinden meist nicht in der Lage sind, die Kosten der Straßenerhaltung allein zu tragen und außerdem infolge der Verkehrsfrequenz diese Straßen ja schon längst den Charakter von Landesstraßen angenommen haben. Andererseits darf ich darauf verweisen, daß vor einigen Jahren über 500 km Landesstraßen vom Bund bereits übernommen worden sind. Die wenigen Kilometer, die bisher vom Land den Gemeinden abgenommen wurden, muß man dem einmal gegenüberstellen. Ich darf daher erwarten, daß man diesen Wünschen, die

von uns immer wieder vorgebracht werden müssen, in Zukunft mehr Rechnung trägt und daß man allgemein mit mehr Verständnis diesen Verkehrsfragen gegenübertritt. (Beifall.)

Abg. Hofbauer: Meine Damen und Herren! Am 19. Juni d. J. haben sich die Bürgermeister von Oberwölz bis Donnersbachwald in der Stadt Oberwölz versammelt. Ich habe von vornherein gewußt, daß der Straßenbau eine Bundesangelegenheit und keine Landesangelegenheit ist. Bei dieser Versammlung waren von der ÖVP Herr Nationalrat Pötsch, vom VdU Herr Landesrat Dr. Stephan und von der SPÖ meine Wenigkeit anwesend. Alle drei wurden wir damals ersucht, die nötigen Schritte zu unternehmen, um in diesem Projekt der Glattjochstraße etwas zu erreichen und beim Land die nötigen Schritte einzuleiten. Bei der großen Straßenenquete in Admont — ich glaube, es war am 10. November — hat Herr Handelsminister Dr. Illig damals die Trassierung dieser Glattjochstraße zwar nicht gerade versprochen, aber doch davon geredet, daß im Jahre 1954 diese Straße trassiert werden soll und daß von seiner Seite aus die größte Förderung gewiß sei.

Ich möchte daher an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier die Bitte richten, daß er diesbezüglich wieder einmal beim Herrn Bundesminister Dr. Illig interveniert und an seine Worte erinnert, daß dieses Projekt irgendwie in die Tat umgesetzt werden soll. Bei der gleichen Straßenenquete hat der Herr Handelsminister auch von der Pötschenstraße gesprochen und auch die Ziffern genannt, was das Einbauen von Kehren kostet. Ich komme vielleicht in den Ruf, daß ich mich deshalb besonders für diese Pötschenstraße einsetze, weil ich dort zu Hause bin. Das ist aber nicht der Grund. Wir haben schließlich im Fremdenverkehr die Erfahrung gemacht, daß die großen Reiseautobusse, die von Deutschland kommen, am Pötschenpaß hängen bleiben und nicht weiter können. Ich bin fest überzeugt, wenn diesem Übelstand abgeholfen wird, wird nicht nur das Ausserland, sondern auch das ganze südliche Ennstal von diesem Fremdenverkehr profitieren. Ich möchte daher an die betreffenden Herren der Landesregierung appellieren, daß das, was uns der Herr Handelsminister Dr. Illig schon irgendwie zugesagt hat, immer wieder vorgebracht wird, damit es nicht in Vergessenheit gerät. Nach den Ausführungen des Herrn Handelsministers wird es nicht möglich sein, das Projekt der Glattjochstraße vom Bund allein auszuführen, er spricht von einer Aktiengesellschaft, die gegründet werden müßte. Was die Pötschenstraße anbelangt, glaube ich, daß diese allen Orten im Ennstal und in der ganzen Steiermark zugute kommen würde. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Schlacher: Hohes Haus! Zum Straßenbau möchte ich folgendes feststellen: 1937 hatten wir noch keine Landesstraßen. Es ist sehr wenig bekannt, daß es damals nur Bundes-, Be-

zirks- und Gemeindestraßen gegeben hat. Im März 1938 wurden die Bezirksstraßen vom Land Steiermark übernommen. Der schlechte Zustand dieser Bezirksstraßen ist wohl deshalb sehr leicht erklärlich, weil die Bezirksvertretungen, die damals aufgelöst wurden, keine technischen Möglichkeiten hatten, die Straßenerhaltung so durchzuführen, wie es gehört. Die Straßenerhaltung ist zur Zeit der Bezirksvertretungen sehr häufig von Laien durchgeführt worden, daher war das Land Steiermark bemüsst, Straßen zu übernehmen, wie sie nicht sein sollen. Dann kam der Krieg. Naturgemäß ist da für unsere Straßen so viel wie nichts übrig geblieben. Die Beanspruchung der Straßen wurde immer ärger, es wurde aber nichts daran gearbeitet. Infolgedessen ist das Land Steiermark im Jahre 1945 in der unangenehmen Lage gewesen, ein Straßennetz zu übernehmen, das geradezu katastrophal war und es war auch kein Apparat für diese große Aufgabe der Landesstraßen vorhanden. Wenn wir heute jemandem sagen, das Landesstraßennetz ist 2800 km, nimmt er es zur Kenntnis, überlegt aber nicht, daß dies 14 Mal der Strecke Graz—Wien gleichkommt. Das Land hat also für Straßen zu sorgen, die 14 Mal von Wien nach Graz führen könnten und in diesem Straßennetz sind mehr Brücken zu erhalten, als im Bundesstraßennetz bei gleicher Länge. Es ist eine besondere Leistung des Landes Steiermark mit seiner Landesbaudirektion, daß es in kurzer Zeit gelang, einen Straßenzustand herzustellen, der uns als Straßenbenützer zwar noch nicht befriedigen kann, aber trotzdem schon erlaubt, die Straßen ohne weiteres mit Kraftfahrzeugen zu befahren. Dabei ist zu beachten, daß vor dem Kriege die Motorisierung noch nicht so verbreitet war, wie heute, daß damals, 1937, ein Lastkraftwagen mit 10 Tonnen überhaupt nicht existierte, sondern nur solche bis zu 5 bis 6 Tonnen. Heute haben wir Lastenfahrzeuge mit 10 und mehr Tonnen, Lastenzüge mit einer Tragfähigkeit von 15 Tonnen, die über die Landesstraßen rollen, wodurch die Straßen in ganz erheblichem Maße belastet werden. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier hat schon erwähnt, daß die Bundesstraße Bruck—Semmering in absehbarer Zeit modernisiert werden muß, weil der Zustand als miserabel anzusprechen ist. Diese Feststellung ist richtig. Da aber dieses Bauvorhaben viele Millionen kosten wird, muß es natürlich in gewissen Zeitabschnitten durchgeführt werden und wird es nicht möglich sein, in ein bis zwei Jahren dieses Straßenstück in Ordnung zu bringen.

In diesem Straßenstück liegt auch die Industriestadt Kapfenberg. Wenn man mit einem Ausländer mit einem Auto die Steiermark durchreist und durch Kapfenberg durchgefahren ist, sagt er: „Die Obersteiermark ist schön, ich bin aber überrascht, daß es in Österreich eine Bundesstraße gibt mit einer solchen Durchfahrtsstrecke wie Kapfenberg“. Es gibt im Hohen Hause wohl niemand, der nicht mit einem Kraftfahrzeug oder mit einem Fahrrad durch

Kapfenberg durchgefahren ist. Jeder einzelne weiß von Glück zu reden wenn er halbwegs günstig durchkommt bei der Schnelligkeit, die unser Verkehr verlangt. Kapfenberg ist ein derartiger grimmer Verkehrsschreck, daß von den Ausländern nicht begriffen wird, daß 1953 diese Stadt noch immer nicht umfahren wird. Ich gestatte mir, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier zu bitten, daß beim Bundes-Straßenstück Bruck—Semmering die Umfahrung von Kapfenberg in erster Linie in Angriff genommen wird. Die übrige Straße ist noch in einem Zustand, daß man sie noch einige Jahre befahren kann, während bei der Dichte des Verkehrs in dieser großen Industriestadt die Durchfahrt fast unmöglich geworden ist. (Beifall.)

Abg. **Bammer**: Hoher Landtag! Die Mitteilung, daß die Bundesregierung im Budget 1954 Mittel für die Staubfreimachung der Straße von Murau bis zur Salzburger Grenze vorgesehen hat, hat die Bevölkerung dieses Gebietes mit Freude erfüllt. Es wird dadurch ein Zustand behoben, der für die Steiermark besonders beschämend war. Ich möchte aber, weil die Beratungen des Budgets dazu da sind und weil die Weihnachtszeit besonders für Wünsche geeignet ist, an den zuständigen Referenten Landeshauptmannstellvertreter Ing. Udier das Ersuchen richten, bei der Erhöhung von schon angekündigten Dotationen für Leistungen auf Bundesstraßen ein Stück nicht zu vergessen, das noch sehr im argen liegt, das Straßenstück von Weißkirchen bis zur Kärntner Grenze. Alle Straßenbenutzer die von Kärnten nach Steiermark auf dieser Straße fahren, sind in einem schweren Depressionszustand, wenn sie an die Möglichkeit einer in Zeltweg oder Knittelfeld notwendig werden Reparatur ihres Kraftfahrzeuges denken. Die Straße in ihrem jetzigen Zustand ist eine Katastrophe. Auch die Bürgermeister der Gemeinden dieses Gebietes haben des öfteren auf diesen tristen Zustand hingewiesen. Ich möchte das Ersuchen noch einmal eindringlichst wiederholen, dieses Straßenstück als eines der nächsten wichtigen Vorhaben des Bundes in der Steiermark zu behandeln und ebenfalls staubfrei zu machen. (Beifall.)

Abg. **Schabes**: Hoher Landtag! Es ist klar, daß der Ausbau des Straßennetzes nach den Gesichtspunkten der Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit vorsichgehen muß. Es wurden tatsächlich riesige Mittel zum Straßenausbau verwendet, aber nichtsdestoweniger werden von einzelnen Abgeordneten Wünsche auf Grund ihrer Tätigkeit in den betreffenden Wahlkreis geäußert. Ich will nicht mißverstanden werden, wenn ich die Worte, die Landeshauptmannstellvertreter Udier hier in seiner Einbegleitung über einige Vorhaben in unserem Bezirk gesprochen hat, zum Anlaß nehme, auch einiges über die Notwendigkeit dieser Bauvorhaben zu sagen. Ich bitte, mich zu entschuldigen, wenn ich nur über den Deutschlandsberger Bezirk spreche und nicht auch über den Voitsberger Bezirk.

Deutschlandsberg ist ein wirtschaftlicher Notstandsbezirk und nicht erst heute, sondern schon nach dem ersten Weltkrieg wurde eine Reihe von Betrieben im Bezirk Deutschlandsberg eingestellt. Im Jahre 1923 war ein großes Sterben der Betriebe im Gange, die Glasfabrik Wies, das Kohlenbergwerk Kalkgrub, die Gerbstofffabrik Frauenthal, ferner die Solo-Zündwarenfabrik Stallhof und noch mehrere kleinere Betriebe. Es war ein wahres Industriesterben in unserem Bezirk und dieser Zustand ist auf keinen Fall besser geworden. Man kann sagen, dieser Zustand hat angehalten bis zur Kriegsproduktion. Die Not dieser Menschen war sehr groß. Es waren viele ausgesteuert und mußten Arbeit in auswärtigen Bezirken, in anderen Bundesländern und wenn es möglich war, auch im Ausland suchen. Ich weiß nicht, worauf dieser Zustand zurückzuführen war. Ich nehme an, daß der Bezirk Deutschlandsberg als Grenzbezirk damals die wirtschaftlichen Beziehungen, die er in der Monarchie mit Jugoslawien hatte, verloren hat. Es hat niemand Lust gehabt, sich dort selbständig zu machen oder einen Betrieb aufzubauen. Die gleiche Entwicklung war nach dem jetzigen Krieg festzustellen. Wir erinnern uns der Grenzlandkundgebungen in Soboth und Leibnitz und in anderen Gebieten und wir erinnern uns daran, wie wir täglich gebangt haben, daß am nächsten Tag jugoslawische Truppen in Deutschlandsberg sein werden nach den Absichten, einen Teil der Soboth und von Leibnitz abzutrennen. Ich glaube kaum, daß dieser Zustand damals beigetragen hat, Wirtschaft und Industrie in diesem Gebiet zu fördern. Seither ist dieser Zustand latent. Im Sommer gehen Arbeitskräfte aus unserem Bezirk vielfach in die Obersteiermark, nach Kaprun oder auch nach Vorarlberg, aber auch sehr viele gehen ins Ausland. Das können Sie feststellen, wenn Sie in das Passamt in Deutschlandsberg gehen. Sie sehen dort, wie viele Menschen sich Pässe ausstellen lassen in die Schweiz, nach Kanada, nach Übersee, wohin immer es nur möglich ist. Schon viele tüchtige, junge Menschen sind auf diese Art aus unserem Bezirk abgewandert. Deutschlandsberg ist ein ausgesprochener Notstandsbezirk und ich muß wirklich sagen und meiner Freude Ausdruck geben, daß sich endlich die Erkenntnis durchgerungen hat, daß man auch den Bezirk Deutschlandsberg, vielmehr den Fremdenverkehr in diesem Bezirk fördern soll und daß dazu in erster Linie die Herstellung von Straßen gehört.

Der Zustand der Straßen in unserem Bezirk war ja schon nicht mehr tragbar. Die ganze Bevölkerung dieses Gebietes hat immer wieder mit allen möglichen Unternehmungen versucht, das Augenmerk auf diese Straßen zu lenken. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Autofahrer-Protestkundgebung in Stainz, zu der auch der inzwischen verstorbene Handelsminister Böck-Greisau gekommen ist. Man hat auch in den Zeitungen darüber geschrieben, aber es hat alles nichts geholfen, die Löcher auf der Straße sind geblieben. Es ist vorgekommen, daß Aus-

länder, die mit einem Wagen gekommen sind, stehen blieben, als sie diese Straße sahen und lieber mit einem Taxi weiterfahren, weil es ihnen um ihren Wagen leid war. Wenn auch immer wieder versucht wurde, den Fremdenverkehr zu heben, wenn man versuchte, Betriebsausflüge dorthin zu organisieren, so nützt das alles nichts, so lange die Straßen nicht in Ordnung sind. Denn so hat niemand Lust, dorthin zu fahren trotz der Schönheit der Weststeiermark. Ich bin kein Lokalpatriot, ich bin gebürtiger Wiener, aber ich muß sagen, ich könnte mir kein schöneres Stück Erde vorstellen als die Weststeiermark von Lannach angefangen bis in die Soboth. Und wenn der Herr Landeshauptmann Udier diese Straße erwähnt hat von Eibiswald, die nach Lavamünd führen soll, dann muß ich sagen, es ist wirklich eine zukünftige Großglocknerstraße. Man muß diese Schönheit dort einmal genossen haben, diesen wunderbaren Fernblick zur Drau, um zu wissen, daß diese Straße wirklich eine Zukunft haben wird. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, zu erwähnen, in welchem rapidem Tempo der Ausbau der Bundesstraße vor sich gegangen ist. Man spricht davon, daß der Herr Handelsminister Illig dabei auch etwas zu reden gehabt und sich für diese Straße eingesetzt hat. Ich bin so ehrlich, zu gestehen, daß es mir gleichgültig ist, von welcher Seite Straßenbau betrieben wird, wir sind nur daran interessiert, daß sich auch in der Weststeiermark ein Fremdenverkehr entwickelt. Ich möchte daher meiner Befriedigung Ausdruck geben und zugleich die Hoffnung aussprechen, daß auch die Weiterführung der Bundesstraße über Deutschlandsberg und die Verbindung nach Eibiswald unter keinen Umständen vernachlässigt wird. Ich möchte nur wünschen, daß dieses Straßenstück von Leibenfeld über St. Martin, das eine Verbindung zur Sulmtalstraße herstellt, nicht stiefmütterlich behandelt, sondern bald fertiggestellt wird. Es freut mich, daß dadurch die Leute auch Arbeit bekommen. Es ist ja der Betrag an und für sich nicht sehr hoch, aber es kann eben nicht anders sein, denn man muß sich nach den vorhandenen Mitteln richten. Die Wünsche und Aufgaben sind eben noch zu groß, aber wir werden vielleicht doch in zehn Jahren — das hat schon der Herr Vorredner bemerkt — so weit sein, daß sämtliche Landesstraßen der Steiermark asphaltiert sein werden. Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß auch in der Weststeiermark unsere Verbindungsstraßen so bestellt sein werden, daß den Wünschen der dortigen Bevölkerungskreise Rechnung getragen wird. (Beifall bei SPÖ.)

Präsident Wallner: Jeder einzelne, der im Lande Gelegenheit hat, herumzukommen oder der genötigt ist, herumzufahren, wird wohl zustimmen, daß in den letzten Jahren in der Steiermark auf dem Gebiete des Straßenbaues zweifellos viel geschehen ist. Wir haben in der vorigen Gruppe den notwendigen Aufwand für

die Krankenhäuser beschlossen. Wir wissen alle, daß es notwendig ist, hier die Einrichtungen so zu schaffen, wie sie eben verlangt werden. Aber es ist so im Leben, am meisten zu schätzen weiß man immer nur das, was man am häufigsten braucht und darum werden auch die Straßen und deren Ausbau von der Bevölkerung deshalb so sehr geschätzt, weil man hier die Erfolge täglich vor Augen hat. Es ist heute hier das Wort gesprochen worden, daß der Ausbau der Straßen gerecht vor sich gehen müsse. Ich stimme dem auch bei. Ich muß nur immer wieder feststellen, daß ein großer Teil des Landes in der Vergangenheit weit in die Hinterhand gekommen ist, weil eben das Gebiet des Mittellandes und das große Gebiet südlich von Graz — das gilt für die West- und Oststeiermark — lange Jahre keine Möglichkeit hatte, die Straßen auszubauen, solange wir noch im Zeichen des Fuhrwerksverkehrs standen. Es ist eben einmal so, daß in diesen Gebieten fast keine Menschen zur Verfügung stehen und erst jetzt durch die Entwicklung des modernen Verkehrs und auch durch die Steigerung der Produktion auf allen Gebieten — auch in der Landwirtschaft — ist auch der Ausbau der Straßen in diesen so lange vernachlässigten Gebieten dringlich geworden. Wir haben vor vier Jahren hier in diesem Landtag den Ausbau des Straßenzuges von Graz nach Mureck beschlossen und ich muß sagen, die Bevölkerung weiß es zu schätzen, daß bisher schon ungefähr 40 km dieses Straßenzuges zum Ausbau gelangt sind und wir hoffen nur, daß auch der restliche Abschnitt von ungefähr noch 20 km bis zum Murtal bald erreicht sein wird.

Ich möchte einen Straßenwunsch hier noch besprechen für die Zukunft, wenn uns die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, das ist die Weiterführung der Sulmtalstraße in die Oststeiermark. Es wird den wenigsten Mitgliedern des Hohen Landtages bekannt sein, daß der Ausbau einer Bahn von Leibnitz in das Gebiet von Feldbach 1913 im Plan vorlag und den beteiligten Körperschaften wesentliche Kosten verursacht hat. Der erste Weltkrieg und die Motorisierung haben diesen Plan zunichte gemacht. Es ist notwendig, den südlichen Teil des Sulmtales in direkter Linie mit der Oststeiermark zu verbinden und ich möchte bitten, daß in Zukunft dies vom Landesbauamt in Aussicht genommen wird.

Nun zu den Hochbauten: Ich bin als Vorsitzender einer kommunalen Behörde genötigt gewesen, einen Schulhausbau zu planen und teilweise zur Durchführung zu bringen. Wir wissen zu schätzen, welcher Vorteil den Gemeinden erwächst, wenn wir im Landesbauamt nicht nur jene Stelle finden, die bei der Planung mitwirkt, sondern wissen auch zu schätzen, was es für die Gemeinden bedeutet, wenn vom Bezirksbauamt die Bauaufsicht geführt wird, weil da den Gemeinden manche Mittel erspart werden. Ich möchte feststellen, daß wir nur die besten Erfahrungen mit dem Landesbauamt

machen konnten und hier meinen Dank zum Ausdruck bringen. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Ich bedaure, daß im Berichte des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Udier zum Kapitel Bundesstraßenbau nicht größerer Aufschluß darüber gegeben wurde, welche Gedanken sich eigentlich die Landesregierung darüber macht, was für Steiermark von Seite der Bundesregierung bezüglich des Ausbaues der Bundesstraßen erwartet werden kann. Es ist ein bißchen wenig, was uns der Herr Landeshauptmannstellvertreter hier mitgeteilt hat. Wenn man der Diskussion gefolgt ist, kann man zu folgendem Schluß kommen: Daß die Wiener Bundesstraße den modernen Verkehrsansprüchen in keiner Weise entspricht, daß die Umfahrung Kapfenberg dringend erforderlich ist, daß also eine wesentliche Straße für die Steiermark nicht in Ordnung ist, daß sie dringend einer Generalreparatur bedarf. Die Umfahrung von Kapfenberg ist ziemlich kostspielig, aber unvermeidlich und notwendig. Wir mußten bei der weiteren Diskussion feststellen, daß sich die Ennstaler Bundesstraße in einem Zustande befindet, der als absolut unzulänglich bezeichnet werden muß. Die große Einfallstraße von Nordwesten her befindet sich in einem Zustand, der weder dem Fremdenverkehr noch den allgemeinen Verkehrsbedürfnissen entspricht. Wenn wir weiter gehen, so müssen wir feststellen, daß auch die Frage der Wechselstraße von allergrößter Bedeutung für den innerösterreichischen Urlaubsverkehr wäre. Weil wir nicht damit rechnen, daß der internationale Fremdenverkehr der Oststeiermark erschlossen werden kann, können und müssen wir damit rechnen, daß der Urlaubsverkehr von Wien sich zum großen Teil in die Oststeiermark lenken läßt, wenn eine gute Verkehrsverbindung da wäre. Auch diese Straße wird wohl etwas verbessert werden müssen. Es sind Bestrebungen im Gange, die Straße, so weit sie noch nicht neu gebaut wird, wenigstens staubfrei zu machen. Wir haben wenig Hoffnung, daß in nächster Zeit die neue Bundesstraße über den Wechsel Wirklichkeit wird.

Abg. Schabes hat von einem Projekt gesprochen, das in der Weststeiermark von allergrößter Bedeutung ist, die Straße nach Lavamünd. Wenn man das Straßenstück von Weißkirchen hinzunimmt, kommt man eigentlich zum Ergebnis, daß ein wesentlicher Teil des Bundesstraßennetzes in Steiermark völlig unzulänglich ist. Müßte das nicht dazu führen, daß die Landesregierung und der Landtag einen dringenden und energischen Appell an die Bundesregierung richten, hier in Bezug auf die Bundesstraßen mehr zu tun als bisher. Es ist uns bekannt, daß die Bundesregierung an einem Projekt arbeitet, das vier Milliarden Schilling kostet, der Autobahn Wien—Salzburg. Überlegen wir, was es vom Gesichtspunkte der Reparatur und Herstellung der wichtigsten Straßenverbindungen auf dem Gebiete der Bundesstraßen bedeuten würde,

wenn für das gegenwärtige Bundesstraßennetz und seine unbedingt notwendige Ergänzung in ganz Österreich diese vier Milliarden Schilling, die nun plötzlich aufzubringen sind, verwendet würden. Würde der gesamten österreichischen Wirtschaft, dem Fremdenverkehr die Streuung dieser Geldmittel auf das ganze Land nicht dienlicher sein, als für ein einziges Projekt, das heiß umstritten ist, vier Milliarden Schilling einzusetzen? Dabei kann man gar nicht wissen, ob dieses Projekt wirklich der gesamten Wirtschaft Österreichs das bringt, was beispielsweise sicherlich die Aufwendung von vier Milliarden Schilling in einem kurzen Zeitraum für die Bundesstraßen, die wir in Österreich gegenwärtig schon haben, bringen würde.

Ich möchte noch einige Fragen zur Sprache bringen, so insbesondere die Frage des Siedlungsbau. Jede Anregung, Wohnräume zu schaffen, ist begrüßenswert. Die ÖVP, das ist schon in der Generaldebatte zum Ausdruck gekommen, schwört auf den Bau des Siedlungshauses. Ich glaube, es gibt keinen Städter, der nicht glücklich wäre, in einem Häuserl zu wohnen, wo die notwendigen Voraussetzungen einer modernen Wohnkultur gegeben sind, umgeben von einem Obst- und Gemüsegarten. Ich glaube, es gibt keinen Städter und schon gar nicht bei uns in Steiermark, der dieses Ideal nicht hätte. Der Siedlungsbau, wie er gegenwärtig üblich ist, ist unbefriedigend. Wen beispielsweise durch eine Kreditaktion die Initiative zum Siedlungshausbau unterstützt wird, müßte eigentlich von der öffentlichen Hand mehr getan werden, um dieses Siedlungswesen auf eine gesunde, rationelle und vernünftige Basis zu stellen. Da wäre zunächst die Frage des Baugrundes. Es fängt damit an, daß die meisten Siedler und gerade jene, die das notwendige Geld nicht haben, gezwungen sind, sich auf Baugründe zurückzuziehen, die man faktisch nicht als solche ansprechen kann. Ich habe schon in der Generaldebatte gesagt, es handle sich da meist um dem Verkehr noch nicht erschlossene Gebiete und schattige Leiten, wo verzweifelte Versuche gemacht werden, irgend ein unzulängliches Siedlungshaus zu bauen. Es wäre also Pflicht, wenn man den Siedlungsbau wirklich fördern will, seitens der öffentlichen Hand, erst einmal Baugründe in entsprechender Zahl zur Verfügung zu stellen und zu einem erträglichen Preis und damit der privaten Spekulation einen Riegel vorzuschieben. Zweitens wäre es notwendig, die verkehrsmäßigen Voraussetzungen für einen Siedlungsbau und drittens endlich, die sanitären Voraussetzungen zu schaffen. Denn Siedlungen bauen, das bedeutet auch, daß man dort eine Wasserleitung braucht. Meine Damen und Herren, wir stellen uns alle auf den Standpunkt, daß jeder bäuerliche Hof eine Wasserleitung braucht und haben soll. Aber sollen wir jetzt anfangen, Siedlungen zu bauen, wo ein Siedler neben dem anderen in irgend einem Graben auf einer schattigen Leiten ein Haus hinbaut und sich dort auch mit unzulänglichen Mitteln einen Brunnen errichtet? Also auch die Wasserversor-

gung ist dabei unzulänglich und das, was hier erzeugt wird, das hat mit Eigentum im guten Sinne des Wortes gar nichts zu tun, das ist nur eine Art neues Elend. Sehen Sie, meine Damen und Herren, hier in dieser Hinsicht haben weder die Stadtgemeinde Graz, noch die Gemeinden draußen, noch das Land irgend eine wirklich vernünftige Vorsorge getroffen. Bezüglich der zinsfreien Kredite, die gefördert werden sollen und von denen der Herr Abg. Hegenbarth gesprochen hat, muß ich sagen, daß auch diese Idee durchaus positiv zu werten ist, nur glaube ich, daß das etwas zu eng ist, wenn man zinsfreie Kredite, bei denen das Land den Zinsendienst übernehmen würde, nur an solche Bauwerber gibt, die ein Siedlungshaus bauen. Bei der Wohnungsnot, die wir haben, muß es doch klar sein, daß wir diese Wohnungsnot nicht durch den Siedlungswohnhausbau allein bewältigen können. Siedlungshäuser, wenn man sich das so betrachtet, sind ja zweckmäßig, wenn es gelingt, auch verkehrsmäßig und in jeder anderen Hinsicht auf wirtschaftliche Weise Siedlungshäuser und Siedlungswohnungen zu bauen. Ich weiß aber nicht, ob wir es uns jetzt schon leisten können, Gartenstädte oder Gartensiedlungen im modernen und positiven Sinne des Wortes zu errichten und ob es möglich sein wird, jetzt schon auf das Mehrfamilienwohnhaus zu verzichten. Ich bin der Überzeugung, wenn man die Wohnungsnot überwinden will, kann man nicht verzichten auf den sozialen Wohnhausbau durch die Gemeinden. Und da ist wieder der ungesunde Gedanke, der bei Herrn Abg. Hegenbarth auftaucht, daß nur derjenige der ein solches Siedlungshaus baut, gefördert werden soll. Ich glaube, das Land hätte alle Ursache, einen Großkredit zu beschaffen und den Zinsendienst dafür zu übernehmen und dann den Gemeinden diese Gelder zur Verfügung zu stellen, zu einem Teil vielleicht auch an Siedlungswerber, damit Wohnraum in jeder Form geschaffen wird. Ich bin selbst dann dieser Meinung, wenn die ÖVP diesen Fonds verwaltet, obwohl bekannt ist, daß sie das vollkommen nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten tut. (Gelächter.)

Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit einem Bauwerber zu sprechen, der versucht hat, die Mittel des Landeswohn- und Siedlungsfonds für sein Siedlungsvorhaben in Anspruch zu nehmen. Der gute Mann hat alle Voraussetzungen erfüllt, um in den Genuß der Unterstützung durch den Wohnungs- und Siedlungsfonds des Landes Steiermark zu kommen. Er hat das Gesetz studiert und sich ehrlich bemüht, alle Unterlagen zu beschaffen. Es waren auch alle Voraussetzungen gegeben und er ist sich die Schuhe abgelaufen, um diese Unterstützung durch das Land zu erhalten. Als es dem Beamten, der dieses Ansuchen weiter zu leiten hatte, schon zu dumm geworden ist, daß der Mann immer wieder kommt, hat er ihm ins Gesicht gesagt: „Schauen Sie, es hilft Ihnen gar nichts, Sie haben zwar alle Voraussetzungen in sachlicher Hinsicht er-

füllt, um zu dieser Unterstützung zu kommen, aber solange die Landesleitung der ÖVP am Karmeliterplatz Ihr Ansuchen nicht unterstützt, haben Sie keinerlei Möglichkeit, den Zuschuß vom Siedlungsfonds zu erhalten. Und das geht nicht nur Ihnen so, nicht einmal die Sozialisten kriegen einen solchen Zuschuß.“ Ich habe diesem bedauernswerten Menschen, der das geglaubt und wahrheitsgetreu erzählt hat, wirklich nicht sagen können, daß diese Art einer Förderungsmaßnahme, wie das Land Steiermark sie durchführt, die richtige ist, wie man öffentliche Mittel aufwendet, daß da zufällig ein ÖVP-Landesrat sitzt, der eben meint, er könne das Geld so verwenden, daß es nur den ÖVP-Mitgliedern oder ÖVP-Wählern zugute kommt. Ich glaube, daß man mit dieser Methode dem Ansehen unserer demokratischen Einrichtungen im Lande keinen guten Dienst erweist.

Abg. Scheer: Hohes Haus! Ich werde mich sehr bemühen, mich kurz zu fassen. Es ist notwendig, wenn von den Straßen die Rede ist, auf ein Projekt hinzuweisen, das die Nord-Süd-Achse der Straßenprojektierungen in der Steiermark ganz besonders betrifft, nämlich die Nord-Süd-Achse vom Pötschen über Stainach-Irdning —Donnersbachwald über das Glattjoch nach Oberwölz bis zu Einmündung Scheifling. Es ist dies ein Projekt, das sich auch außerhalb des Landtages stehende Persönlichkeiten besonders angelegen sein lassen und die alles Erforderliche unternehmen, um dieses Projekt Wirklichkeit werden zu lassen. Voraussetzung für diese Nord-Süd-Verbindung ist allerdings, daß der Pötschenpaß durch die Bundesregierung entsprechend ausgebaut würde, damit diese Nord-Süd-Verbindung im Sommer und Winter den entsprechenden Anreiz und dadurch die entsprechende Frequenz erfährt. Speziell wegen des Fremdenverkehrs ist der Bau dieser Straße 100%ig zu unterstreichen und zu begrüßen. Der vom Herrn Abg. Pölzl vorgebrachte Appell bezüglich des Ausbaues der Bundesstraßen an die Bundesregierung kommt verspätet, denn diesen Appell hat der Steiermärkische Landtag schon des öfteren durchgeführt. Ich selbst habe seinerzeit in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag eingebracht, die Landesregierung möge an die Bundesregierung appellieren, die Bundesstraße durch das Ennstal einer besonderen Intensivierung und einer besonderen Berücksichtigung zuzuführen. Aber es ist der langsame Trott des Ausbaues der Ennstaler Bundesstraße genau so geblieben, obwohl ein einmütiger und einstimmiger Beschluß des Steiermärkischen Landtages diesbezüglich an die Bundesregierung ergangen ist.

Es ist leider Gottes auf diesem Gebiete sehr wenig von uns Einfluß zu nehmen, es sei denn, daß man sich persönlich mit den einzelnen Referenten in der Bundesregierung in Verbindung setzt. Der Einwand, der von Abg. Pölzl vorgebracht wurde, man möge die Autobahn nicht ausbauen und dafür die Bundesstraßen im vermehrten Maße ausbauen, geht sachlich außer-

ordentlich daneben. Es erweist sich heute in Westdeutschland, daß die Autobahnen in einem gewissen Teilstück nicht mehr in der Lage sind, den Verkehr, der sich so sehr erweitert hat, aufzunehmen, so daß man sich fragt, ob diese so breit und groß angelegte Autobahn nicht überhaupt einer Verdoppelung zugeführt werden muß, diese Straßenzüge so breit gestaltet werden müssen, daß sie einen unerhörten Raum einnehmen werden. Eine vorausschauende Planung, die selbstverständlich eine Autobahn vor Augen hat, wird sich heute schon fragen müssen, ob es sinnvoll ist, die Bundesstraßen in dieser Form und in dieser Breite, wie sie heute bestehen, weiterhin auszubauen. Früher oder später werden die Hauptstädte der einzelnen Bundesländer in Österreich zweifellos durch Autobahnen verbunden werden, so daß die Bundesstraßen, so wie sie jetzt bestehen und sofern sie überhaupt bestehen bleiben, nur mehr als Straßenzüge zweiter Ordnung in diesen Verkehr aufzunehmen sind. Es ist vollkommen verkehrt, zu sagen, diese Bundesstraßen sind auszubauen und die Autobahn ist nicht zu bauen, weil der Verkehr zweifellos früher oder später zusammenbrechen würde und an einen geordneten Verkehr in unserem Lande nicht zu denken wäre.

Darüber, was Sie bezüglich des Wohnungs- und Siedlungsfonds und der Aussage eines Beamten der Steiermärkischen Landesregierung sagen, dazu wird sich wohl der Referent äußern. Die Art und Weise dieser Aussage erscheint unwahrscheinlich, es ist unwahrscheinlich, daß Beamte in dieser Form jemals etwas sagen würden. Auf der anderen Seite kann ich aus eigener Anschauung ohne weiteres feststellen, daß ich von diesem Referate, das von Herrn Landesrat Prirsch verwaltet wird, weiß, daß viele Siedlungswerber nicht der ÖVP angehören, aber (Zwischenruf: „Leider“) doch von diesem Wohnungs- und Siedlungsfonds des Landes ihre Unterstützung bekommen und Darlehen erhalten haben. Im übrigen werden diese Beschlüsse von der Landesregierung gefaßt, sind also innerhalb des Schoßes der Landesregierung der Kritik der dort anwesenden 3 Regierungsparteien unterworfen, wo es ohne weiteres festzustellen ist, wenn die Sache hier nicht in Ordnung geht.

Abg. Pölzl hat im übrigen nicht verabsäumt, große Klage darüber zu führen, daß unser Straßennetz durchaus nicht in Ordnung und das und jenes zu kritisieren wäre. Vor zwei Jahren haben wir vom selben Herrn Abgeordneten gehört, daß diese Bundesstraßen nur gebaut werden im Auftrage des amerikanischen Imperialismus, als Vorbereitung für den nächsten Krieg, heute haben wir das Zeugnis erhalten, daß wir diese Kriegsvorbereitungen in seinem Sinne nicht entsprechend gemacht haben und haben diesbezüglich eine Fünf erhalten. Diese Fünf nehmen wir zur Kenntnis, es tut uns furchtbar leid, daß Abg. Pölzl im Augenblick nicht hier ist, um auf diese Einwendung zu antworten, denn vor zwei Jahren hörten wir es anders als

heute, wo er es für notwendig erachtet hat, hier vor dem Landtag lebhaft Klage zu führen. (Beifall und Bravorufe.)

Landesrat Prirsch: Hoher Landtag! Wenn man all die begreiflichen Straßenwünsche hört, fallen einem natürlich auch die eigenen Wünsche ein. Es ist hier gesprochen worden, daß der Ausbau der Bundesstraßen zu wenig rasch vorwärtsgesht und vor allem auf alle Bundesstraßen verzettelt wird. Ich glaube, daß hier die finanzielle Bedeckung für einen rascheren Ausbau nicht gefunden werden kann. Daß man aber auf allen Straßen baut, halte ich deshalb für gut, weil auch die Beschäftigungsmöglichkeiten auf das ganze Land verteilt werden können. Ich hoffe, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ing. Udier und das Landesbauamt in der Oststeiermark die bisherige Gangart im Straßenbau weiter beibehalten, aber nicht nur für die Oststeiermark, sondern für die ganze Steiermark, soweit dies dem Lande finanziell möglich ist. Auch besteht von Seite des Bundes her jetzt begründete Hoffnung auf vermehrte Arbeit auf den Straßen, weil wir immerhin einen steirischen Handelsminister haben. Das steht außer Zweifel. Ich wünschte nur, daß wir in anderen Ressorts auch steirische Minister hätten! Ich könnte mir vorstellen, daß wir uns auch hinsichtlich der Wohnraumbeschaffung viel leichter täten und beklage, daß die Steiermark aus den Mitteln des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zu wenig beteiligt werden konnte. Ich kann mir vorstellen, wenn wir dort an der Quelle, im Sozialministerium, auch einen Steirer hätten, vielleicht den Herrn Landesrat Matzner, bräuchten wir diese Klage sicherlich nicht zu führen. Das soll keine Aufforderung sein, keine Einmischung, ich würde wünschen, daß auch andere Parteien trachten, maßgebliche Vertreter in die Bundesregierung zu bekommen, dann würden wir manche Klagen hier nicht vorbringen müssen.

Hoher Landtag! Ich weiß nicht, ob ich darauf was der Herr Abgeordnete Pölzl hier gesagt hat, antworten soll. Es erübrigt sich fast! Tatsache ist, daß selbstverständlich nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgegangen wird. Im Gegenteil, mir ist vor einiger Zeit aus einem bestimmten Gebiet in der Weststeiermark der Vorwurf gemacht worden, daß dort ausgerechnet am raschesten 3 Anhänger der KPÖ diese Landeswohnbaubehilfe erhielten. Ich habe gesagt, das macht nichts, wenn die ein Häuschen haben, das sie sich so schwer erarbeiten, dann wird es mit dem Kommunismus bei diesen Leuten aus sein, dann werden die anderswohin gehen, davon bin ich fest überzeugt. Ich möchte den Herrn Abg. Pölzl bitten, wenn Sie solche Fälle haben, schicken Sie sie uns. Ich halte dies für die einfachste und praktischste Methode, die Armen vom Kommunismus loszubringen. Ich halte das für eine absolut sichere Methode. (Abg. Pölzl: „Ich werde davon Gebrauch machen.“)

Hoher Landtag! Ich möchte Ihnen nun in aller Kürze einen Bericht über die Tätigkeit des Wohnbauförderungsfonds für das Jahr 1953 geben. Dieser Bericht soll Ihnen zur Information dienen, aber auch dazu, daß Sie weiterhin diesem Fonds Ihr Wohlwollen bewahren. Das Land Steiermark hat im Jahre 1949 den Wohnbauförderungsfonds errichtet und im damaligen Haushaltsplan einen Betrag von 1 Million Schilling eingesetzt. Da sich diese Einrichtung bewährt hat, wurden die Beiträge des Landes von Jahr zu Jahr größer. Im Jahre 1952 standen 14 Millionen Schilling und im Berichtsjahr 1953 30 Millionen Schilling zur Verfügung. Dies bedeutet, daß das Land Steiermark die ursprünglich vorgesehene Leistung auf das dreißigfache erhöht hat. Angesichts der noch immer riesigen Wohnungsnot kann dieser Betrag leider noch bescheiden genannt werden. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß es sich hier um eine Leistung des Landes handelt, die es ungeachtet seiner zahlreichen anderen Aufgaben, zu deren Erfüllung es auf Grund der Verfassung verpflichtet ist, freiwillig übernommen hat. Das ist eine Tatsache, die manchmal nicht genug gewürdigt wird.

Der Beitrag des Landes im zu Ende gehenden Jahr beträgt 30 Millionen Schilling. Dazu noch die Einnahmen aus Zinsen und Tilgungsbeträgen gerechnet, stand dem Fonds insgesamt in diesem Jahr ein Betrag von zirka 31,803.500 S zur Verfügung. Aus diesem Betrag hat die Landesregierung in 31 Sitzungen einstimmig bewilligt 1055 Darlehen im Betrage von 31,107.000 S, weiters 59 nicht rückzahlbare Zuschüsse im Betrage von 274.000 S, 22 Nachtragsdarlehen im Betrage von 414.500 S und 2 Nachtragszuschüsse im Betrage von 8000 S, insgesamt also 31,803.500 S. Damit wurden die bewilligten Fondsmittel einschließlich der geleisteten Annuitäten zur Gänze verbraucht. Mit diesen Darlehen und Zuschüssen wurden ohne Berücksichtigung der Nachtragsdarlehen und Zuschüsse 1754 Wohnungseinheiten gefördert, die sich auf folgende Art auf Wohnhäuser verteilen: 849 Einfamilienhäuser, 377 Zweifamilienhäuser, 27 Dreifamilienhäuser, 384 Wohnungen in Mietwohnhäusern, 117 Auf-, Um- und Ausbauten, also zusammen 1754 Wohnungen. Die gesamten Baukosten dieser Wohnungen betragen rund 158 Millionen Schilling. Von den aufgewendeten Mitteln wurden an private Antragsteller vergeben 1031 Darlehen mit 26,225.000 S, 59 Zuschüsse mit 274.000 S, 20 Nachtragsdarlehen im Betrage von 134.500 S und, wie ich gesagt habe, zwei Nachtragszuschüsse mit 8000 S, insgesamt erhielten daher die privaten Antragsteller 26,641.500 S. Damit wurden also auf dem privaten Sektor 1329 Wohnungen mit einer Gesamtbaukostensumme von rund 114 Millionen Schilling errichtet. An 11 steirische Gemeinden wurden Darlehen im Betrage von 1,624.500 S bewilligt. Mit diesem Betrag wurden 147 Wohnungen mit einer Gesamtbaukostensumme von 11½ Millionen Schilling gefördert. Schließlich wurde an gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen 13 Darlehen

und zwei Nachtragsdarlehen im Gesamtbetrag von 3,522.500 S gegeben. Mit diesem Betrag wurde der Bau von 389 Wohnungen mit einer Baukostensumme von 32,700.000 S gefördert. Während in den Baukosten der Objekte, die von den Gemeinden und uneigennützigen Vereinigungen errichtet wurden, auch beträchtliche Darlehen des Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds, Eigenmittel der Gemeinden und Bedarfszuweisungen des Landes enthalten sind, haben die privaten Bauwerber ihre Wohnhäuser ohne andere öffentliche Hilfe errichtet. Da die Baukosten dieser von Privatpersonen errichteten Wohnhäuser 114 Millionen Schilling betragen, sind hievon 88 Millionen Schilling durch Eigenleistung aufgebracht worden. Das ist ein für die Bauwirtschaft der Steiermark beträchtlicher Betrag.

Die Landesregierung ist auch heuer bei ihrer bisherigen Auffassung geblieben, daß die Fondsmittel am zweckmäßigsten zur Ausführung von privaten Bauvorhaben eingesetzt werden. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die Landesregierung die Bedeutung des Wohnbaues durch die gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen oder durch die Gemeinden unterschätzt. Dies geht am besten aus den vorstehenden Zahlen hervor, wonach den Gemeinden und gemeinnützigen Vereinigungen rund 5,1 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt worden sind gegenüber einem Betrag von 1,9 Millionen Schilling im Vorjahr. Was die Verteilung der Fondsmittel auf die steirischen Bezirke betrifft, so steht, wie in früheren Jahren, auch heuer wieder das Gebiet der Stadt Graz an erster Stelle. Es wurden in Graz 130 Anträge bewilligt und hiefür ein Betrag von rund 5½ Millionen Schilling bereit gestellt. Hievon entfallen auf den privaten Sektor 3,610.000 S und auf den Wohnhausbau der Stadtgemeinde 1 Million Schilling und auf die Bauvorhaben von 5 Wohnbauvereinigungen 873.000 S. An zweiter Stelle steht der Bezirk Weiz mit 116 bewilligten Anträgen, dann folgt Graz-Umgebung mit 88 Bewilligungen, Deutschlandsberg mit 77 Bewilligungen.

Was die Berufszugehörigkeit der privaten Fondsmittlempfänger betrifft, ergibt sich folgendes Bild: Arbeiter 49,18 %, öffentliche Angestellte 14,74 %, Privatangestellte 9 %, selbstständige Berufstätige 16,8 %, Rentner und Pensionisten 6,7 % und Landwirte 2,9 %. Es ergibt sich daraus, daß diese Mittel, soweit sie an Private verteilt wurden, wenn ich das Wort gebrauchen darf, zu 80 % an unselbstständige Arbeitnehmer ausgeschüttet wurden, während wirtschaftlich Selbstständige — wie sich aus der Darstellung ergibt — davon nur 20 % erhielten. Der Anteil der Arbeiter betrug im Vorjahr 44 % und ist in diesem Jahr auf 49 % gestiegen. Diese Feststellung beweist, daß bei der Verteilung der Mittel ausschließlich nach sozialen Gesichtspunkten vorgegangen wird.

In den Jahren 1949 bis 1953 wurden aus den Fondsmitteln 2200 Anträge bewilligt und hiefür

ein Betrag von 57,724.000 S aufgewendet. Damit wurde der Bau von 2369 Wohneinheiten ermöglicht oder erleichtert. Im Vorjahre konnte die tausendste Bauhilfe vergeben werden. Dank der bedeutenden Erhöhung der Fondsmittel in diesem Jahr konnte heuer das zweite Tausend erreicht werden. Es war dies eine Kriegerswitwe in Friedberg, Mutter von 8 Kindern, die aus der Hand des Herrn Landeshauptmannes den Bescheid auf ein zinsenloses Darlehen von 28.000 S, sowie auf einen nicht rückzahlbaren Zuschuß von 6000 S erhalten hat.

Erwähnen möchte ich auch, daß die Landesregierung bei Verteilung der Fondsmittel bemüht war, die Wünsche der Heimatvertriebenen und Volksdeutschen besonders zu berücksichtigen. So wurde dem Siedlungswerk „Heimat Österreich“ für den Ausbau der sogenannten Kaiserswaldsiedlung bei Unterpremstätten ein Betrag von 750.000 S, der Interessentengemeinschaft „Volksdeutscher Heimatvertriebener“ für den Bau von 4 Doppelwohnhäusern in Graz-Wetzelsdorf ein Darlehen von 160.000 S, der Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Neusiedler“ für den Bau von 12 Doppelwohnhäusern ein Darlehen von 204.000 S und der Österreichischen Wohnbaugenossenschaft für die Errichtung von zwei Wohnhäusern in Graz ein Nachtragsdarlehen von 80.000 S zu dem bereits im Vorjahre gewährten Darlehen von 170.000 S bewilligt. Darüber hinaus wurde einer Reihe von Volksdeutschen als Einzelwerbern eine Fondshilfe bewilligt.

Ich möchte schließlich nicht unerwähnt lassen, daß die Rückzahlung der bewilligten Darlehen sich in durchaus zufriedenstellender Weise entwickelt. Bis zum 30. November 1953 wurden insgesamt 1,854.000 S an Zinsen und Tilgungsraten zurückgezahlt, während die Summe der am 30. August 1953 fälligen Amortisationsraten 1,772.000 S betrug. Es ergab sich daher eine Überzahlung von rund 82.000 S. Diese Überzahlung ist dadurch entstanden, daß eine Reihe von Darlehensschuldern größere Rückzahlungen geleistet haben, als sie laut Schuldschein verpflichtet wären. Allerdings sind auch einige Darlehensschuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen. Doch belaufen sich die rückständigen Beträge sage und schreibe auf nur 7884,85 S. Bei diesen hohen Darlehensbeträgen wirklich ein Zeichen höchster Zahlungsmoral, weniger als $\frac{1}{2}$ % der Fälligkeit. Im übrigen sind von den am 31. Dezember 1953 bisher bewilligten 2200 Fondsdarlehen 1116 zur Rückzahlung fällig, das heißt, die Annuitäten sind fällig, das beweist, daß der Baufortschritt sich in der vorgesehenen Zeit abwickelt.

Wie rege das Interesse der Bevölkerung an der Fortführung der Wohnbauförderung ist, wissen Sie selbst. Trotz der großen Zahl der bewilligten Anträge liegen in der zuständigen Abteilung des Landes noch ungefähr 500 Anträge, die nicht bewilligt werden konnten und unter diese, Herr Abg. Pölzl, mögen Ihre Sorgenkinder gefallen sein. Auch eine Reihe von Anträgen gemein-

nütziger Wohnbauvereinigungen und Gemeinden konnten leider keine Berücksichtigung finden. Wenn der Hohe Landtag dem Vorschlage des Finanzausschusses zustimmt, den Landesbeitrag für die Wohnbauförderung wieder mit 30 Millionen festzusetzen, wird die Landesregierung in der Lage sein, nicht nur die unerfüllt gebliebenen Wünsche aus diesem Jahr zu befriedigen, sondern auch eine erhebliche Zahl neuer Bewerber zu berücksichtigen und einen weiteren Beitrag zur Linderung der herrschenden Wohnungsnot zu leisten.

Hoher Landtag! Glauben Sie nicht, daß wir nicht wüßten, daß das nur ein kleiner Beitrag zur Behebung der Wohnungsnot ist, aber wir sind der Meinung, daß wir diesen Weg weitergehen und selbstverständlich auch alle anderen Möglichkeiten, soweit sie wirtschaftlich vertretbar und tragbar sind, beschreiten müssen. Ich bin der Auffassung, daß wir diesen Weg, diese steirische Wohnbauförderung fortsetzen müssen und wenn hier angeregt wurde, auch im Wege einer Ausfallsbürgschaft zu Kapital zu kommen, darf ich sagen, daß dieser Gedanke nicht von heute und gestern ist, sondern daß wir uns darüber schon vor Jahren bei der Schaffung dieses Fonds unterhalten haben. Voraussetzung ist ein Kapitalsmarkt, die Sicherheit und die Stabilisierung der Währung, Voraussetzung, daß sich in Österreich auch ein Kapital durch das Vertrauen der Bevölkerung bilden kann. Ich hoffe und glaube, daß wir in kurzer Zeit in der Lage sein werden, größere Mittel auf geplante Art den Bewerbern und überhaupt dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Ich darf nicht vergessen zu erwähnen, daß alle diese Privatbewerber natürlich drängen, daß sie ihr Darlehen, von dem oft der Fortschritt ihres begonnenen Werkes abhängt, möglichst rasch erhalten. Ich muß in diesem Zusammenhang auch bemerken, daß es weder für die Beamten dieser Abteilung, noch für den zuständigen Referenten angenehm ist, die Hilfesuchenden und Bewerber zu vertrösten. Aber, Hoher Landtag, wenn Sie heute diese 30 Millionen bewilligen, können wir sie nicht schon am 15. Jänner allen zur Verfügung stellen. Erstens einmal, weil dieser Betrag ja ratenweise freigegeben werden muß und nur ratenweise nach Baufortschritt freigegeben werden kann und zweitens, weil jeder Akt eine sorgfältige Bearbeitung nicht nur aktenmäßig, sondern ich möchte sagen, auch persönlich verlangt. Wenn ich Ihnen heute berichten müßte: Ja, wir haben schnell und rasch und mit vollen Händen, solange etwas vorhanden war, ausgeteilt, aber sehr viele sind steckengeblieben, es bestehen große Außenstände, dann würden Sie mit Recht fragen: „Warum seid Ihr nicht vorsichtiger gewesen?“

Ich möchte hier vor dem Hohen Landtage der zuständigen Abteilung den Dank aussprechen und sie in Schutz nehmen. Ich glaube nicht, daß es in dieser so brav arbeitenden Abteilung einen Beamten gegeben hat, der eine derart unbedachte und unsinnige Äußerung gemacht hat, die Abg. Pölzl schilderte.

Wir müssen — und vielleicht paßt das dem Herrn Abg. Pölzl am wenigsten — uns bewußt sein, daß jeder, der ein solches Vorhaben beginnt und ungeheuer große Opfer auf sich nimmt, sich einschränken muß. Es ist aber nicht so, Herr Abg. Pölzl, daß diese Bauten Hütten des Elends sind. Schauen Sie sich die Bauten an, es sind Häuser, feste Häuser, die bezeugen, daß diese Bewerber einen festen Glauben an die Zukunft unseres Landes haben. Es sind Zeugen dafür — welcher Partei immer sie angehören mögen — die alle überzeugt sind, daß in Österreich Eigentum und ehrliche Arbeit immer ihre Früchte und ihren Bestand haben werden.

Hoher Landtag! es ist durchaus möglich, daß im Eifer, diese Aktion vorwärts zu treiben und den Leuten behilflich zu sein, mancher Fehler unterlaufen ist. Ich habe gestern mit einiger Verwunderung in der „Neuen Zeit“ gelesen, daß die Formularien bei Herrn Dr. Erich Wittmann im Landhaus erhältlich sind. Ich konnte es nicht glauben, daß der Herr Dr. Wittmann meiner Abteilung zugeteilt ist, ich kann aber auch nicht glauben, daß Herr Dr. Wittmann als Befehlsempfänger in irgend einer Art fungiert. Ich hoffe, daß das in Ordnung gebracht wird (Abg. Taurer: „Wird morgen korrigiert!“) und ich bin überzeugt, daß wir mit diesem begonnenen Werk noch manchen Segen zum Wohle unserer Bevölkerung stiften werden. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP, SPÖ und WdU.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. **Wegart:** Ich beantrage, über die Gruppe 6 abzustimmen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 6 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 6 ist somit angenommen.

Bevor ich die Sitzung unterbreche, verlautbare ich, daß der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß zur Beratung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 95, betreffend die summarische Erklärung der in dem vom Landesbauamt vorgelegten Verzeichnis mit dem Stand vom 1. Jänner 1953 näher bezeichneten 302 Straßen mit einer Gesamtlänge von 2.823.026 km als Landesstraßen gemäß § 8 (1) des Landesstraßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 20/1938, zusammentritt. Die Sitzung findet statt im Zimmer 18 neben dem Bibliothekszimmer. Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, die diesem Ausschuß angehören, sich in dieses Zimmer zu begeben. Die Landtagssitzung wird um 19 Uhr fortgesetzt.

Wiederaufnahme der Sitzung: 19 Uhr 05 Minuten.

3. **Präsident Scheer:** Hoher Landtag! Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe bekannt, daß der Verkehrs- und volkswirtschaft-

liche Ausschuß die Beratung über die zugewiesene Regierungsvorlage abgeschlossen hat, so daß wir diese gleichfalls im Hohen Haus behandeln können.

Wir setzen nun die Spezialdebatte fort und kommen zur Gruppe 7 des Voranschlages, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung. Berichterstatter ist Abg. Ertl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Ertl:** Hoher Landtag! Der Finanzausschuß hat sich mit der Gruppe 7 eingehend und verantwortungsbewußt befaßt. Er hat auch die in dieser Gruppe zahlreich gestellten Erhöhungsanträge entsprechend behandelt und untersucht. Die Abänderungsanträge sind:

Förderungsbeiträge, eine Erhöhung um 500.000 S auf 3.000.000 S,

Beihilfen für Eigenheimbauten landwirtschaftlicher Arbeiter und Angestellter, eine Erhöhung um 50.000 S auf 450.000 S,

Technisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft, eine Erhöhung um 200.000 S,

Familiengründungsbeihilfen für landwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte, eine Erhöhung um 40.000 S auf 240.000 S,

Beihilfen zur Selbsthaftmachung und Sicherung von landwirtschaftlichen Arbeitern, Pächtern und Kleinlandwirten, eine Erhöhung um 1.800.000 S auf 2.800.000 S,

Forstaufschließungswege in bäuerlichen Wäldern, eine neue Post mit 250.000 S,

Technisierung im bäuerlichen Haushalt, ebenfalls eine neue Post mit 1.000.000 S,

Förderung der Tierzucht und Tierhaltung, eine Erhöhung um 250.000 S auf 1.250.000 S,

TBC-Bekämpfung bei Rindern, eine Erhöhung um 100.000 S auf 400.000 S,

Beiträge zu Güterwegbauten, eine Erhöhung um 500.000 S auf 2.500.000 S,

Förderung der Almwirtschaft, eine Erhöhung um 150.000 S auf 650.000 S,

Förderung des Pflanzenbaues um 700.000 S auf 1.550.000 S,

Förderung des Obstbaues, eine Erhöhung um 250.000 S auf 570.000 S,

Beihilfen bei Schäden höherer Gewalt, zusammengezogen mit Darlehen bei Schäden höherer Gewalt, eine Erhöhung um 1.000.000 S auf 2.000.000 S,

Beihilfen an gefährdete Bergbauernbetriebe, eine Erhöhung um 200.000 S auf 1.000.000 S,

Förderungsbeitrag für die Personalerfordernisse der Landwirtschaftskammer, eine Erhöhung um 400.000 S auf 2.500.000 S,

Größere Inventarnachschaffungen, eine Erhöhung um 50.000 S auf 100.000 S,

Studienbeihilfen an landwirtschaftliche Fachschüler, eine Erhöhung von 50.000 auf 180.000 S,

Fernheizwerk Köflach—Graz, Projektierungskosten, eine neue Post mit 100.000 S,

Beitrag für einen Fonds für gewerbliche Darlehen, ebenfalls eine neue Post mit 1.000.000 S, weiters eine neue Post Fremdenverkehrswerbung mit 130.000 S,

die Post Fremdenverkehrswerbung in England mit 30.000 S wurde gestrichen,

Förderung von Veranstaltungen und Pflege von Verbindungen im Interesse des Fremdenverkehrs, eine Erhöhung um 10.000 S auf 130.000 S,

Beiträge für den Wiederaufbau und Ausbau von Schutzhütten, eine Erhöhung um 150.000 S auf 300.000 S,

Ausbau des Sesselliftes auf den Gansstein, eine Erhöhung um 5000 S auf 30.000 S,

Beitrag für die Erschließung der Grassl- und Tropfsteinhöhle bei Weiz sowie Erschließung der Langsteinhöhle, eine Erhöhung um 3000 S auf 13.000 S,

Förderung der Ausbildung von Bergführern, eine Erhöhung um 7000 S auf 10.000 S,

Beitrag für Werbefilme, eine Erhöhung um 10.000 S auf 40.000 S,

Beitrag für den Bau von Kleinskiliftanlagen, eine Erhöhung um 50.000 S auf 90.000 S,

Beitrag zur Errichtung eines Segelflugplatzes auf dem Schöckel, eine neue Post mit 10.000 S,

Beitrag zur Errichtung eines Alpengartens auf der Hohen Ranach, ebenfalls eine neue Post mit 25.000 S,

Druckkostenbeitrag für die Auflage des Steiermark-Buches, ebenfalls eine neue Post mit 30.000 S,

Beitrag zur Erhaltung von Sprungschanzen, eine neue Post mit 10.000 S,

Förderungsbeiträge für die Fremdenverkehrsvereine, eine neue Post mit 50.000 S,

Beitrag zur Errichtung einer Flugverbindung Graz—London, eine neue Post mit 30.000 S,

Beitrag zur Errichtung einer Trabrennbahn in Graz, eine neue Post mit 25.000 S,

ebenfalls eine neue Post ist „Unverzinsliches Darlehen zum Bau eines Sesselliftes auf die Bürgeralm bei Aflenz mit 100.000 S“.

Die Gesamtausgaben in der Gruppe 7 betragen samt den Erhöhungen 43.595.900 S, dem gegenüber stehen Einnahmen von 3.396.300 S.

Wie ich schon eingangs bemerkt habe, hat sich der Finanzausschuß eingehend mit der Gruppe 7 befaßt und empfiehlt dem Hohen Hause, diese Gruppe anzunehmen.

Abg. **Schlacher**: Hohes Haus! Ich habe mir zur Aufgabe gemacht, über Wunsch der Freiwilligen Feuerwehr zu dem Unterabschnitt 716,51 das Wort zu ergreifen. Gerade für mich ist das etwas kitschig deshalb, weil ich früher selbst über ein Vierteljahrhundert der Freiwilligen Feuerwehr angehört habe, zuerst als Spritzenmann, später als Spritzenkommandant und dann sehr lange als Kassier. Daher bin ich über die finanziellen Verhältnisse bei den Feuerwehren gut in-

formiert. Es ist für mich aber auch deshalb nicht sehr angenehm, weil ich als verantwortungsbewußter Abgeordneter sehr wohl weiß, daß man nicht so ohneweiters Gelder zuteilen kann, wenn sie nicht absolut und unbedingt notwendig sind.

Ich kann aber nicht umhin, auf die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr auch in diesem Jahr wieder hinzuweisen. Die Freiwillige Feuerwehr kommt ihrer Aufgabe unter großen Opfern nach, was uns besonders das vergangene Jahr neuerdings bewiesen hat bei der Hochwasserkatastrophe. Ich habe mit Landesrat Pirisch das Gebiet von St. Lorenzen kurze Zeit, nachdem das Gewitter niedergegangen ist, angesehen und ich kann Ihnen nur sagen, wenn damals die Freiwillige Feuerwehr nicht so rasch und so einsatzfreudig eingegriffen hätte, wäre das Dorf St. Lorenzen sehr schlecht weggekommen.

Aber es dreht sich ja nicht nur um Hochwasserkatastrophen, sondern in erster Linie um Brandschäden. Was Brände in der Steiermark für Unsummen an Schäden ausmachen, ist jedem aus den Zeitungsberichten sehr wohl bekannt. Die Feuerwehrleute leisten hier ganz nennenswerte Arbeit für das Land Steiermark, speziell für die Gemeinden, und alles auf freiwilliger Basis. Infolgedessen kann man doch nicht ganz darüber hinweg, um ihnen gewissermaßen das zu geben, was der Finanzreferent im ersten Anwurf zuteilt. Ich möchte hier feststellen und ganz ernstlich darauf aufmerksam machen: Die Freiwilligen Feuerwehren sind nicht zu vergleichen mit irgendeinem Kegelklub oder Schachklub, hier sind Leute bereit, unter Einsatz ihrer Gesundheit mit bedeutender Zeitversäumnis dem Nächsten zu helfen. Die Freiwillige Feuerwehr ist eine Institution, wo jede Politik ausgeschaltet ist. Man nimmt keine Rücksicht auf den Beruf, dort heißt es noch „Der Kamerad“ und die Kameradschaft spielt im Feuerwehrwesen eine nennenswerte Rolle. Wenn hier einige leistungsfähige und ambitionierte Kameraden am Werke sind, reißen sie alle mit und infolge ihrer Kameradschaft unterwerfen sie sich auch einer gewissen Disziplin.

Ich möchte zurückkommen auf die Katastrophe von St. Lorenzen, auf das Hochwasser von St. Lorenzen. Wir haben dort gesehen, welche Unmasse Holz der im Sommer kleine Bach mit herausgebracht hat, weil das Holz sehr häufig neben der Straße liegt und der Bach neben der Straße fließt. Er hat sehr viel Holz mit herausgeschwemmt und wenn nicht aus dem ganze Müürztale die Feuerwehrleute so intensiv zusammengearbeitet hätten, wäre es zu einer Katastrophe im Orte St. Lorenzen gekommen, die Millionenschaden verursacht hätte. Ich möchte hier folgendes aufzeigen: Der Feuerwehrkommandant war ein Tischlermeister, der zwei Gesellen beschäftigt. Mit seinen zwei Gehilfen gehörte er der Feuerwehr an. Das Gewitter war am Abend eines Mittwochs niedergegangen, um 8 Uhr abends wurde die Feuerwehr

alarmiert und hat der Einsatz begonnen. Die Feuerwehr St. Lorenzen hat bis Samstag nachmittag fast ununterbrochen gearbeitet. Jetzt will ich etwas aufzeigen, was besonders gravierend ist: Der Feuerwehrhauptmann und Tischlermeister hat mir gesagt, er habe 36 Stunden gearbeitet, ohne zu ruhen, und so auch seine beiden Gehilfen. In dieser Feuerwehr sind nicht nur Gewerbetreibende, sondern auch junge Bauern, aber auch Arbeiter von der Industrie Kapfenberg. Der Feuerwehrhauptmann und Tischlermeister hat eingesehen, daß sein Opfer, zwei Tage in seiner Werkstatt nicht zu arbeiten, nicht ausgereicht hat, er hat das soziale Empfinden gehabt, auch seinen beiden Tischlergehilfen für die versäumte Zeit den Lohn auszubezahlen und auch das Werk Rüdgers in St. Marein hat es eingesehen und hat den bei ihm beschäftigten Feuerwehrleuten den Lohn ausbezahlt, ja sogar mit Überstundenentgelt. Siehe da, die verstaatlichten Werke Kapfenberg und auch die Alpine haben sich nicht bereit gefunden, die versäumte Zeit den bei ihnen beschäftigten Feuerwehrmitgliedern zu bezahlen. (Rufe: „Hört, hört!“) Das ist gewissermaßen bezeichnend. Wenn die Leute das Ideal aufbringen, hier bei der Feuerwehr mitzuarbeiten und dann noch ihr Einkommen verlieren, das sie doch für ihre Familie brauchen, dann glaube ich, darüber kein weiteres Wort verlieren zu müssen.

Es ist mir sehr leid, daß der Vorschlag meiner Partei, den eingesetzten Betrag unter Post 716,70 von 2.500.000 S um 1 Million Schilling zu erhöhen, im Finanzausschuß nicht durchgedrungen ist und daß meine Parteifreunde um des lieben Friedens willen nachgegeben haben und mit 500.000 S sich abfertigen ließen. Ich bekomme heute schon Vorwürfe seitens der Feuerwehren, die immer wieder kommen werden und darauf hinweisen, daß es ja eine freiwillige Angelegenheit und keine Pflichtangelegenheit ist. Ich kann nicht umhin, aus der letzten Landtagssitzung einige Sätze des Herrn Landesrates Horvatek zu zitieren. Er hat gesagt: „Der Appetit nach der Feuerschutzsteuer wird immer größer, je mehr diese Steuer trägt.“ Zum Schluß hat er noch den Satz geprägt: „Ein Mehr wäre von Übel, denn wer nur von öffentlichen Mitteln lebt und selbst nichts dazu beiträgt, der rostet.“ Da möchte ich folgendes sagen: Mir ist als gewesenen Kassier der Freiwilligen Feuerwehr bekannt, daß wir im Jahre 1923 folgendes unternommen haben, um die erforderlichen Mittel durch eigene Tätigkeit aufzubringen, als wir die erste Autospritze gebraucht haben. Diese Spritze hat 66 Millionen Kronen gekostet. Ich habe die Spritze persönlich von der Firma übernommen. Herr Taurer, ich spreche nicht vom Mittelalter, denn auf das Jahr 1923 kann ich mich sehr wohl zurückerinnern. Als wir diese Spritze gekauft haben, muß ich Ihnen offen sagen, waren wir sehr stolz darauf, als erste im Mürztal mit der Spritze von Rosenbauer anzufahren. Das war damals eine Sehenswürdigkeit, eine solche Fahrt von Linz nach Kindberg, und hat sehr viel zur Motorisierung der Feuerwehren beige-

tragen. Die Firma Rosenbauer hat gesagt: „Ich gebe Ihnen den Treibstoff von hier bis Kindberg, wenn ein Ingenieur von uns mitfahren und diese Spritze an mehreren Orten vorführen kann.“ Darauf sind wir eingegangen. Wir kommen in den ersten größeren Ort zum Feuerwehrkommandanten, der sagt Alarm an und auf einmal ist er mit seinen Feuerwehrleuten hier und hat uns schlaue zur Brücke geführt, wo 6 m hoch das Wasser anzusaugen war und hat gedacht, daß beim Ansaugen sicher ein Versager kommen wird. Siehe da, diese Spritze, die damals ein schönes Stück Geld gekostet hat, das wir aus Sammlungen zusammengebracht haben, hat sehr gut funktioniert, aber wir hatten Pech. Wir hatten die Feuerwehrschräuche angekuppelt, ich selbst gab das Kommando, aber unter einem Druck von 10 atü sind uns die Schläuche der Länge nach eingerissen, so daß die örtliche Feuerwehr gesagt hat, geht, liebe Kameraden, wieder fort, sonst haben wir bald keinen Schlauch mehr da. Aber man hat doch gesehen, es war der Zeitpunkt gegeben, wo man mit der Motorisierung der Feuerwehr beginnen mußte.

Leider hat uns im Jahr 1945, als die Motorisierung der Feuerwehr schon ziemlich weit fortgeschritten war, ein schwerer Rückschlag getroffen, weil die Besatzungsmacht, die als erste Österreich besetzt hat, sehr interessiert an diesen modernen Feuerwehrspritzen war. Ich hatte Gelegenheit, mit einigen Soldaten darüber zu sprechen und die sagten: „Ah, das ist schon eine Sache, das ist ein schönes Beutegut“. Daher: „Gehn ma“ und weg waren sie. (Heiterkeit.) Und sicher haben damals eine große Anzahl Feuerwehren aus diesem Anlaß ihre motorischen Einrichtungen verloren. Naturgemäß war dann der Geldbedarf, um wieder so schlagkräftige Feuerwehren zu bekommen, nicht gering. Wenn man schon einen Lastwagen bekam — so war es 1946 und 1947 —, so haben wir doch kein Spritzenaggregat bekommen, das mußte doch fabriksneu gekauft werden. Und das waren ganz gewaltige Ausgaben. Und nun verstehen es die Feuerwehrleute nicht, warum man ihnen nicht die gesamte Feuerschutzsteuer zur Verfügung stellt. Ich muß offen sagen, ich könnte ja auch nicht den Antrag einbringen, daß die Feuerschutzsteuer eine Zwecksteuer wird, weil wir da nicht wissen, wo wir aufhören. Aber eines ist sicher, daß wir die Feuerwehren doch so dotieren müssen, damit sie sich ihre Maschinen wieder beschaffen können, um schlagkräftig zu werden.

Nun noch etwas anderes. Alle diese Veranstaltungen, die die Feuerwehren machen, wie Tombola oder irgendwelche andere Volksbelustigungen, kosten die Leute sehr viel Arbeit. Und alles ist freiwillig. Der Mann muß sich dazu bereit erklären, mitzuarbeiten, damit aus diesen Veranstaltungen Geld einfließt. Mir hat der Herr Landesfeuerwehrkommandant gesagt, daß schätzungsweise ungefähr der Betrag von rund 3.000.000 S in Form von Reinerträgen aus solchen Veranstaltungen zustande kommt. Das ist gewissermaßen auch wieder eine Arbeit der Feuerwehrmitglieder. Ich weiß ganz genau, daß

man immer wieder lächelt, wen man im Hohen Haus von der Feuerwehr spricht, weil sie uniformiert und dabei doch keine militante Formation ist. Die Leute wollen diese Uniform gar nicht ausziehen, denn wenn sie auch sonst dieser oder jener Partei angehören, durch die Uniform hört sich jeder Parteiunterschied auf, er ist Kamerad und damit ist jeder Unterschied ausgeschaltet.

Die Worte des Herrn Landesrates Horvatek sind nicht dazu geeignet, es gewissermaßen den Feuerwehrleuten verständlich zu machen, daß wir hier höchstes Interesse haben an den Feuerwehren. Spaß beiseite, aber stellen Sie sich einmal vor, wir verlieren die Freiwilligen Feuerwehren. Feuerschutz ist eine Gemeindeaufgabe. Aber was ist, wenn die Gemeinden Berufsfeuerwehren einsetzen müßten? Die Berufsfeuerwehrleute müssen stundenweise bezahlt werden, die Überstunden würden genau verrechnet werden. Es würde da ein Betrag herauskommen, den weder das Land noch die Gemeinden tragen könnten. Denn wenn wir die Leistung dieser Feuerwehrleute zusammenzählen, so macht das ein Vielfaches dessen aus, was wir ihnen hier zur Verfügung stellen. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Koller: Meine Damen und Herren! Die in der gestrigen Generaldebatte zum Ausdruck gebrachte Feststellung, daß die für die Landwirtschaft ausgewendeten Beträge durch die hohe Produktionssteigerung derselben vollauf gerechtfertigt seien, möchte ich meinen Ausführungen über einen der wichtigsten Produktionszweige in der Landwirtschaft, dem Obstbau, voranstellen.

Wir haben zur Zeit in der Steiermark zirka 7 Millionen Obstbäume. Dieser Baumbestand verteilt sich vor allem auf mittel- und kleinbäuerliche Betriebe. Der Großteil der tragfähigen Bäume ist überaltet und daher nur mehr minder ertragsfähig. Bei einem mittleren Preis von S 1.30 für 1 kg Äpfel betrug in den letzten drei Jahren der Ertrag aus den Obstgärten rund 90 Millionen Schilling jährlich. Dieser Ertrag stellt die Haupteinnahme vieler kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe dar. Die zunehmende Produktionserschwerung durch die San-José-Schildlaus, die Verteuerung der Spritzmittel sowie die kostspieligen Produktionsmethoden in Verbindung mit der großen ausländischen Konkurrenz im Obstbau stellen die Rentabilität sehr in Frage, wenn es uns nicht gelingt, die bisherige Betriebsweise in nächster Zeit radikal abzuändern. Der durchschnittliche Ertrag pro Baum muß unbedingt auf ein Vielfaches erhöht werden und die Qualitätssteigerung müßte mindestens 70% A-Ware ergeben. Hiezu sind folgende Maßnahmen notwendig: Alle minderleistungsfähigen und alten Bäume müssen gerodet oder umgepropft werden. Die übrig gebliebenen Obstbäume müßten neben dem wirtschaftseigenen eine ausreichende Menge künstlichen Düngers bekommen. Dazu wären zirka 6 Millionen Kilogramm Thomas-

mehl, ebensoviel Kali und 12 Millionen Kilogramm Kalk erforderlich; ferner müßte eine gründliche und rechtzeitige Spritzung einsetzen, gründlich deshalb, weil nur diese einen wirklichen Erfolg verspricht, und zwar müßten nach dem heutigen Stand 6 Spritzungen im Jahr erfolgen. Und rechtzeitig ebenfalls, weil nur der, der rechtzeitig spritzt, Aussicht auf Erfolg hat. Diese rechtzeitige Spritzung würde bedingen, daß neben den jetzt vorhandenen Spritzen, die zirka ein Drittel des Baumbestandes versorgen und die mit Hilfe des Landes, des Bundes und aus ERP-Mitteln angeschafft wurden, noch zirka 3000 Motorspritzen beschafft werden müßten, die rund 40 Millionen Schilling kosten würden. Da die Einnahmen aus dem Obstbau nicht nur die Produktionskosten decken sollen, sondern oft die Grundlage des ganzen Betriebes sind, ist es verständlich, daß die Mittel zur Anschaffung der erforderlichen Dünge- und Spritzmittel sowie der Spritzen von den meisten klein- und mittelbäuerlichen Betrieben nicht selbst aufgebracht werden können. Eine notwendige Umstellung des leider bisher extensiv geführten Obstbaues auf eine intensive Betriebsweise kann nur durch Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln des Bundes, des Landes und der Gemeinden bewerkstelligt werden. Gelingt diese kurzfristige Ertrags- und Qualitätssteigerung nicht, so werden tausende klein- und mittelbäuerliche Existenzen den Konkurrenzkampf mit dem Ausland nicht gewachsen sein und unter die Räder kommen.

Die vielen Kurse durch die Landwirtschaftskammer reichen bei weitem nicht aus, um die Obstbauern mit dem notwendigen Wissen über die heutigen Produktionsmethoden auszustatten. Wenngleich zu den hauptberuflich tätigen Obstbauwanderlehrern — es sind im ganzen 8 an der Zahl — noch zirka 100 neue Obstbaumwärter auf freiwilliger Basis jährlich hinzu kommen, so ist auch diese Zahl noch viel zu gering. Von diesen 8 hauptberuflichen Obstbauwanderlehrern, die vor allem in den Gebieten der West- und Oststeiermark tätig sind, muß jeder durchschnittlich zwei Bezirke betreuen. Es wäre eine selbstverständliche Voraussetzung für eine intensive Beratung, daß ein Lehrer nur einen Bezirk zu betreuen hätte. Bei allen bisher durchgeführten Hilfsmaßnahmen hat sich gezeigt, daß öffentliche Mittel, die für diesen Zweck eingesetzt sind, nur dann Erfolg bringen und die notwendige Wirkung erzielen, wenn vorher eine Beratung und eventuell eine Kontrolle durch die Förderungsorgane durchgeführt wurde. Gerade in den Bezirken Feldbach und Fürstenfeld, die von der San-José-Schildlaus am ärgsten befallen waren, sind einige Beispiele hierfür vorhanden, daß bei intensiver Spritzung und überhaupt bei intensiver Betreuung der Obstbäume einige Landwirte ihre Obstgärten nicht nur gerettet, sondern auch ganz lausfrei und damit wieder konkurrenzfähig gemacht haben. Das gleiche was hier für den Obstbau gilt, gilt auch für die übrigen Schädlinge in der Landwirtschaft, besonders für den Kartoffelkäfer. Überall

dort, wo in der Gemeinde die nötigen Fachleute und Geräte zur Verfügung standen, war es nur eine Frage kurzer Zeit, um den Befallsherd auszurotten und die Pflanzenschutzwarde haben hierbei Hervorragendes geleistet. Leider ist hier noch viel zu tun.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß der steirische Obstbau, der für die ganze Volkswirtschaft von großer Bedeutung ist und als Hauptversorger des österreichischen Obstmarktes gilt, noch gerettet werden kann, wenn rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergriffen und hiefür auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft hat einen großzügigen Plan ausgearbeitet, der als erste Etappe für das heurige Jahr einen ziemlich hohen Betrag von zirka 5 Millionen Schilling zur Voraussetzung gehabt hätte. Ich muß aber mit Bedauern feststellen, daß für die Obstbauförderung nur ein Betrag von 570.000 S zur Verfügung gestellt werden konnte. Jedenfalls steht fest, wenn wir alle, die wir an diesen Dingen irgendwie verantwortlich sind, nicht in allernächster Zeit die ungeheure Bedeutung und auch die Bedrohung, die unseren Obstbau betreffen, richtig erkennen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, ist es um unseren Obstbau geschehen und wir werden der übrigen Konkurrenz nicht standhalten können. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Rösch: Hoher Landtag! Die Debatte bei Gruppe 7 hat in den vergangenen Jahren im Steiermärkischen Landtag immer einen sehr breiten Raum eingenommen, ich nehme an, es wird heuer nicht anders sein. Ich bin mir aber andererseits der Ehre bewußt, daß die gesamten agrarischen Abgeordneten der ÖVP mir den Vortritt gelassen haben, um diese agrarische Debatte im Steiermärkischen Landtag zu eröffnen. (Zwischenruf: „In Fluß zu bringen!“) Die vergangenen Debatten haben immer wieder von Seite der bäuerlichen Abgeordneten die verschiedenen Probleme der Landwirtschaft und hier besonders der steirischen Landwirtschaft aufgezeigt. Es sind große Sorgen und Nöte, die die Landwirtschaft in unserem Lande hat, aufgezeigt worden. Es wurden sicherlich zum überwiegenden Teil berechtigte Wünsche auf diesem Sektor geäußert, leider sind alle Jahre ein Großteil dieser Wünsche, wie schon in der Generaldebatte hervorgehoben wurde, an den Budgetgrenzen gescheitert.

Ich bin der Auffassung, meine Herren, daß aber eine Debatte über die Sorgen und Nöte der steirischen Landwirtschaft nur dann einen Erfolg haben kann, wenn es eines Tages gelingt, eine Diskussion und eine Durchberatung der Probleme der gesamten österreichischen Landwirtschaft zu erreichen. Gerade in unserem Lande stehen sich hier auf dem agrarischen Sektor zwei große Gebiete in der Landwirtschaft gegenüber, die sogenannten Hörndel- und Körndelbauern. (Landesrat Prirsch: „Das ist schon sehr alt!“) Diese Fragestellung zwischen der Landwirtschaft im Bergland und

der Landwirtschaft im Flachland beschäftigt, wie Landesrat Prirsch gesagt hat, schon seit längerer Zeit die Köpfe. Ich bin der Auffassung, daß es zu wirklich entscheidenden Beratungen, wie man diese Frage lösen will, bis heute in Österreich noch nicht gekommen ist. Ich weiß, welch große Erwartungen man hatte, als der frühere Landwirtschaftsminister Kraus durch den steirischen Minister Thoma, ein früheres Mitglied dieses Hohen Hauses, abgelöst wurde. Wir können heute schon sagen: Grundsätzlich hat sich nichts geändert in der Agrarpolitik. (Zwischenruf: „Ja doch!“) Schauen Sie, es wird zwar immer wieder sowohl in der Presse als auch in verschiedenen Reden der Versuch unternommen darzulegen, daß in der Agrarpolitik eine Änderung vorsichgegangen ist. Wenn Sie jedoch tatsächlich die Maßnahmen auf dem agrarpolitischen Sektor in der letzten Zeit betrachten, müssen wir feststellen, daß eine entscheidende Änderung nicht durchgeführt wurde, daß wir im Gegenteil noch immer agrarpolitischen Grundsätzen huldigen, wie sie schon in der Monarchie in diesem Lande aufgestellt wurden in einem ganz anderen Wirtschaftsraum und unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen. Es wird der Schwerpunkt noch immer auf die Getreidewirtschaft gelegt. Ich weiß, es gibt verschiedene Auffassungen darüber, ob man den Getreidebau stärker oder weniger stark fördern soll, ob der Getreidebau autark werden soll oder nicht. Ich glaube, daß es uns schwer gelingen wird, eine Autarkie auf dem Getreidesektor zu erreichen, weil die Produktionsverhältnisse in den wirklichen Kornkammern der Welt immer wesentlich günstiger sein werden. Es wird uns nicht gelingen, diesen wirklich günstigen Voraussetzungen nachkommen zu können. (Landeshauptmann Kraier: „Die Wissenschaft muß die zweite Ähre am Korn erfinden und alles ist gerettet!“) (Heiterkeit.) Es ist die Frage, ob wir solange zuwarten sollen, bis die Wissenschaft die zweite Ähre am Korn gefunden hat oder ob es besser ist, sich mit dem Stande der heutigen Wissenschaft abzufinden, wo wir nur eine Ähre haben, Maßnahmen darnach zu treffen und sich abzufinden mit den Tatsachen, wie sie heute in unserem Lande sind.

Schauen Sie, es wird hier gleich zu Beginn meiner Ausführungen der Versuch unternommen, darauf hinzuweisen, daß sich schon viel in der Agrarpolitik geändert hat und daß schon die entscheidenden Maßnahmen für die Bergbauern getroffen worden seien. Darf ich Sie, bitte, ganz kurz an eine nicht sehr schöne Zeit, aber an eine notwendige Zeit, an die Abg. Stöffler in der Generaldebatte angeknüpft hat, an die Zeit der Lohn- und Preisabkommen erinnern. Gerade das zuletzt abgeschlossene Lohn- und Preisabkommen wurde in einem Teil der landwirtschaftlichen Preise besonders in den westlichen Bundesländern als ein Erfolg für die Landwirtschaft schlechthin dargestellt, weil es gelang, die Agrarpreise auf ein Niveau zu bringen, das annähernd kosten-

deckend gewesen sei. Sie erinnern sich sicher, man hat damals den Weizen auf S 1-95 hinaufgesetzt. (Präsident Wallner: „Viel zu spät, es hat immer zwei Monate gedauert, bis dies wirksam wurde!“) Es hat immer eine Zeit gedauert, bis es wirksam geworden ist. Aber es wurde immerhin erklärt, daß die Hinaufsetzung des Weizenpreises um 60 Groschen stellenweise eine wirklich fühlbare Hilfe für die Landwirtschaft darstellte. Ja, meine Herren, für alle diejenigen, die Weizen zu verkaufen hatten, war es sicherlich ein Erfolg. (Landesrat Pirsch: „Da reden Sie vorbei. Solange Stützungen da sind, ist dies nicht der Preis!“) Der Weizenpreis und der Preis einer Ware im allgemeinen ist immer nur für den interessant, der diese Ware auch zum Verkauf hat. Es ist die Erhöhung des Weizenpreises unzweifelhaft eine erfolgreiche Aktion für die Getreidebauern gewesen. Aber für die Bergbauern in unserem Land hat dieser Weizenpreis praktisch keinerlei Bedeutung gehabt, denn für den Bergbauern in unseren Gebieten z. B. war es vollkommen gleichgültig, ob das Kilogramm Weizen nach dem amtlichen Kurs mit S 1-95 oder mit S 1-35 berechnet war. Es ist nicht mehr als 1 kg geworden. Er ist nicht mehr satt geworden davon, er hat nicht mehr gehabt deswegen. Auf der anderen Seite ist jedoch zugleich mit dem 5. Lohn- und Preisabkommen ein Teil der Stützungsmaßnahmen abgebaut worden, unter anderem auch auf dem Futtermittelsektor. Dort ging um etwa denselben Betrag die Preisrelation in die Höhe. Die Futtermittelpreise sind von S —90 auf S 1-55 gestiegen. Derselbe Bergbauer also, oder der viehzüchtende Bauer, der von dem Weizenpreis nichts oder fast nichts gehabt hat, mußte jetzt wohl den erhöhten Futtermittelpreis bezahlen. (LH. Krainer: „Dafür wurde auch der Milchpreis erhöht!“) Auch der Milchpreis ist im gleichen Ausmaß hinaufgegangen, das war aber an sich kein Ausgleich dafür, daß der Futtermittelpreis für ihn höher geworden ist. Von dem großen Erfolg dieser Preiserhöhung hat er nichts gesehen. Warum ich diese Zahlen anführe, sehr verehrte Damen und Herren? Nicht deswegen, um an der Vergangenheit irgendwelche Kritik zu üben. (Abg. Pölzl: „Das waren ja gemeinsame Maßnahmen!“) Ja sicher, es waren gemeinsame Maßnahmen aus der Zeit heraus bedingt. Aber Sie können versichert sein, der Einfluß, wie die landwirtschaftlichen Preise und in welchem Verhältnis zueinander sie erhöht wurden, dieser Einfluß ist wohl zum überwiegenden Teil von den agrarischen Vertretern der anderen Partei ausgegangen. Denn unsere Vertreter hat man dabei kaum mitreden lassen.

Ich erwähne dies — das möchte ich noch einmal betonen — nicht, um eine Kritik zu üben an diesen Zuständen, sondern nur, um aufzuzeigen, daß man aus dieser Zeit nun herausgekommen ist, und es absolut notwendig war, zu der von Herrn Abg. Stöffler für die gewerbliche Wirtschaft und überhaupt für die gesamte Wirtschaft geforderten Planung zu kommen, daß man einen solchen Weg auch in der Landwirt-

schaft finden muß. Und zwar deswegen, weil eines schönen Tages, ob jetzt oder in einer späteren Zeit, wir doch unsere Landwirtschaft werden einbauen müssen in ein größeres Wirtschaftsgebiet.

Ich glaube, es genügt nicht, daß man den Bestrebungen der grünen Union einfach Bedenken entgegenstellt, denn die Zeit wird weiter arbeiten und eines schönen Tages werden wir, ob wir wollen oder nicht, Mitglied dieser grünen Union werden müssen. Ich selbst und eine große Anzahl von Fachleuten sind überzeugt, daß unser Bundesland ein äußerst wertvolles Mitglied dieser grünen Union werden kann, wenn wir rechtzeitig einen Plan für die Landwirtschaft aufstellen, wenn wir uns rechtzeitig darüber klar werden, für welche Produktionszweige in der Landwirtschaft wir das gegebene Land sind, für welche Produktionszweige sich unser Land am besten eignet. Ich maße mir nicht ein Urteil darüber an, dazu sind berufene Kräfte da. Es wird z. B. von machen Fachleuten erklärt, wir könnten in Europa „das“ Viehzuchtgebiet werden. Wir haben die klimatisch besten Voraussetzungen für die Aufzucht von Jungvieh (LH. Krainer: „Obersteier“), während es in einer Reihe anderer Länder an solchem Vieh mangelt. Vielleicht ist das einer der Wege, die man begehen könnte. Ich glaube, das ist nicht so in den Vordergrund zu stellen, entscheidend ist, daß man sich dazu durchringt, einen solchen Plan aufzustellen oder zumindest ihn zu beraten. (Abg. Stöffler: „Entscheidend ist aber auch, daß wir in Krisenzeiten dann als ausgesprochenes Viehzuchtland kein Brot haben!“) Ich habe ausdrücklich betont, welchen Weg man einschlägt, das steht nicht so sehr im Vordergrund, man muß sich nur einmal darüber klar werden, weil ich der Überzeugung bin, wir können in der Steiermark landwirtschaftliche Förderungsmaßnahmen beschließen soviel wir wollen, wir werden nie die Geldmittel aufbringen, um auf uns allein gestellt die Landwirtschaft so entscheidend fördern zu können, daß sie absolut krisenfest und ein in der Wirtschaft stark verankerter Faktor wird. Das ist nicht meine Erfindung, der Herr Landesrat Pirsch hat das im Finanzausschuß in einer sehr klaren und deutlichen und ich möchte hier offen sagen, in einer absolut verständlichen Weise selbst festgelegt. Er hat erklärt, es sei unerhört schwer, unseren Kleinst- und Kleinbauernbetrieben wirklich entscheidend zu helfen. Was wir tun können, ist, ihnen immer wieder kleine Injektionen zu geben und ihren Lebensmut zu stärken und aufrecht zu erhalten. Das ist alles, was wir von der Steiermark aus mit den beschränkten Budgetmitteln machen können. Aber eine wirkliche Basis, eine Grundlage für die tatsächliche Lebensfähigkeit dieser Betriebe zu schaffen, wird uns nicht vom Land aus gelingen sondern wird entweder nur im Bundesrahmen oder darüber hinaus in einem noch größeren Wirtschaftsraum „Europa“ überhaupt erst möglich sein. Ich habe das an die Spitze meiner Ausführungen über das Kapitel

„Landwirtschaft“ deshalb gestellt, weil ich der Überzeugung bin, daß alle verantwortlichen Funktionäre und alle, die an diesen landwirtschaftlichen Fragen interessiert sind, darauf hinarbeiten sollten, daß es zu solchen grundsätzlichen, das gesamte Bundesgebiet umfassenden Beratungen kommen soll und daß diese Beratungen möglichst rasch mit wirklich positivem Erfolg durchgeführt werden mögen.

Das steiermärkische Budget sieht nun eine große Anzahl von Förderungsmaßnahmen vor, von denen ich überzeugt bin, daß sie von den einzelnen Rednern sicherlich noch näher beleuchtet werden. Gestatten Sie mir, daß ich ganz allgemein dazu etwas sage, was ich im Finanzausschuß schon ausgeführt habe. Ich bin der Überzeugung, daß diese Förderungsmaßnahmen auf Dauer und Sicht gesehen nicht der richtige Weg sind. Ich glaube, daß man mit dem System der Beihilfen aufhören soll. Diese Erkenntnis ist mir nicht gekommen anlässlich des Studiums des Budgets oder anlässlich des Lesens von Büchern, sondern das war die Meinung, die ich im vergangenen Jahr in einer großen Zahl von Versammlungen von kleinen und kleinsten Bauern selbst gehört habe. Mit diesem Beihilfensystem kann man nur einem verhältnismäßig kleinen Teil von Landwirten überhaupt helfen. Die Voraussetzung dafür, daß man wirksam helfen kann, ist jedoch, daß der Mann, dem man helfen will, selbst bereits über notwendige Kapitalien verfügt. Denn die Beihilfe macht in der Regel zwischen 10 und 50% aus, das heißt also, der Mann selbst muß auch 50 bis 90% an Mitteln aufbringen. Und von wo soll nun dieser Kleinst- oder Kleinbauer diese Mittel hernehmen? Es heißt also mit anderen Worten, daß man nur denen helfen kann, die schon ein Kapital haben und denen, die nichts haben, im allergünstigsten Fall — wie der Herr Landesrat sagt — kleine oder kleinste Injektionen geben kann. Ich möchte diese Tatsache, daß wirklich bei diesen Beihilfen nur für diejenigen etwas herauskommt, die schon selbst über etwas Kapital verfügen, durch einige Zahlen, die aus den letzten Berichten der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft stammen, beleuchten. Der Bericht der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft Bruck a. d. Mur — man könnte jeden anderen Bezirk genau so nehmen — bringt unter anderem eine Aufstellung, welche Aktionen für die Stallverbesserung in diesem Bezirk durchgeführt wurden.

Darf ich eines festhalten: Ich bringe das nicht, um vielleicht einen Verdacht wegen ungerechter Verteilung auszusprechen, ich bringe es nur, um sachlich darzustellen, daß die Gelder nur für den da sind, der schon etwas Entsprechendes hat. An Anträgen für diese Beihilfen für Stallverbesserungen wurden 59 eingereicht mit einer Baukostensumme von 1.568.000 S. Ausgegeben wurden insgesamt 112.200 S und damit 51 von den 59 Ansuchen erledigt. Nun rechnen wir, daß noch das Geld vorhanden gewesen wäre für die restlichen 8 und nehmen wir an, daß der Betrag

von 150.000 S zur Verfügung gestanden wäre, so blieben 1.400.000 S übrig. Also einem Betrag von 150.000 S standen aufgebrauchte Eigenmittel von 1.400.000 S gegenüber, also 90% sind die Eigenleistungen dabei. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, daß man bei der Struktur unseres Landes, daß man von den Kleinst- und Kleinbauern diese 1.400.000 S bekommen kann. Das müssen zwangsläufig schon größere Bauern gewesen sein. Im Bezirk Bruck gibt es 1494 Bauern unter 10 ha und 915 über 10 ha. Ich kann und will nicht untersuchen, wieviel Bauern unter 10 ha hier in den Genuß dieser Beihilfe gekommen sind. Das dürften nicht erschütternd viele gewesen sein aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht das nötige Kapital, das als Voraussetzung erforderlich war, um eine Beihilfe zu bekommen, selbst aufreiben konnten. Wenn man dem gegenüberstellt, daß rund 3½ Millionen Schilling für Förderungsmaßnahmen der Land- und Forstwirtschaft der Kammer zur Verteilung übergeben wurden und außerdem noch aufgeteilt auf die große Anzahl von Sparten, kann man sich leicht ausrechnen, wie wenige von den wirklich Bedürftigen hier etwas bekommen haben. Man muß sich wirklich fragen, ob es nicht zweckmäßig wäre, dieses System in ein Kreditsystem umzuändern, daß auch dem Kleinen und Kleinsten die Möglichkeit gibt, bei entsprechender Tätigkeit und unter erträglichen Bedingungen solche Kredite in Anspruch zu nehmen und sie wieder aus seinem Betrieb herauszuwirtschaften.

Ich möchte klarstellen, daß ich mich nicht gegen alle Beihilfemaßnahmen pauschaliter wende, also auch gegen eine Reihe von Förderungsmaßnahmen und Beihilfemaßnahmen, die gerechtfertigt und notwendig sind. Bei Grundzusammenlegungen, wo 50 Prozent Zuschuß von Bund und Land gegeben wird, ebenso bei Ersatzfutterflächen bei Grundzusammenlegungen, bei allen diesen Beihilfemaßnahmen ist es meiner Ansicht nach selbstverständlich, daß man Zuschüsse gewährt. Hier kann nichts verloren gehen, sondern es werden dauernde Werte dadurch geschaffen, daß der Grund jetzt wieder für den neuen Zweck verwendet werden kann. Hier bestehen keinerlei Bedenken, mit diesem System kann man ruhig weiterfahren. Für Ödlandkultivierungen, Waldrodungen, Entwässerungen, für alle diese Maßnahmen ist das Beihilfesystem für die Landwirtschaft und für die Kleinen und Kleinsten von entscheidendem Wert.

Ich bin aber nicht der Auffassung, daß dieses Beihilfensystem für die Technisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft einen Wert hat. Denn diese Technisierungsmaßnahmen, die allenhalben gefordert werden und von denen immer wieder behauptet und mit Recht behauptet wird, daß sie notwendig sind, um die Produktivität in unserem Lande zu steigern und die Produktivität der Landwirtschaft noch höher zu bringen, diese Technisierungsmaßnahmen kosten enormes Geld. Hier mit Bei-

helfen zu arbeiten, erschiene mir wirklich als ein äußerst gefährliches Beginnen. Wir können mit Recht und mit Begründung auf unsere Technisierungsmaßnahmen in Österreich bis zu einem gewissen Grade sehr stolz sein. Es sind sehr beachtliche und sehr imponierende Ziffern, die zum Beispiel der Presse-Informationsdienst vom 10. November 1953 veröffentlicht hat. Wenn ich aus dieser langen Liste einige Zahlen erwähnen darf: 21.402 Traktoren, 13.973 Motor-mäher, 13.000 Bindemäher, 71.000 Mähmaschinen, 38.000 Heuerntemaschinen, 186.000 Dreschmaschinen. Ich kann nicht sagen, daß wir in der Technisierung im Vergleich zu anderen Ländern ein rückständiges Land sind. Es ist Entscheidendes und Vieles auf diesem Sektor geschehen und — das möchte ich ausdrücklich betonen — sehr viel auf diesem Sektor geschehen dank der Hilfsmaßnahmen, die sowohl die einzelnen Bundesländer durchgeführt haben, als auch dank der Mittel, die aus dem gesamten Steueraufkommen des Bundes zur Verfügung gestellt wurden und natürlich auch dank der ERP-Mittel und verschiedener anderer Gelder, die von allen Seiten zusammengetragen wurden. Das Problem der Technisierung wurde auch im Finanzausschuß von Herrn Präsidenten Wallner in einer absolut sachlichen und klaren Weise behandelt. Ich möchte mich hier nicht mit den Argumenten des Generalberichterstatters der ÖVP beschäftigen, die aus der alten Propagandakiste herausgeholt wurden. Sie haben bei 3 Wohlkämpfen praktisch versagt und sind deshalb nicht lebendiger geworden, weil er sie gestern hier im Hohen Hause wiederholt hat. Ich möchte mich mit den sachlichen Argumenten, die von den bäuerlichen Vertretern der ÖVP im Finanzausschuß vorgebracht wurden, beschäftigen. (Landesrat Pirisch: „Nach dem Prinzip: Teile und herrsche. Es wird Ihnen aber nicht gelingen!“) Herr Landesrat, Sie können von mir nicht verlangen, daß ich mich sozusagen mit der schon längst abgestorbenen Roten Katze auseinandersetzen soll. (Zwischenruf.) Das Abdeckerwesen gehört nicht zur Landwirtschaft, es ist eine gewerbliche Angelegenheit. Das Grundproblem dieser technischen Maßnahmen ist nach der Darstellung des Herrn Präsidenten Wallner und nach Feststellungen verschiedener Fachleute die Frage, mit welcher Intensität kann man die Landwirtschaft technisieren. Wann ist also ein sogenanntes Optimum an Technisierung in der Landwirtschaft erreicht? Dieses Optimum wird angegeben, wenn mit einem Traktor 20 Stunden pro Jahr 1 ha bearbeitet wurde. Aus dieser Überlegung heraus ist es erklärlich, daß sowohl die Landwirtschaftskammer als auch alle übrigen Vertreter des Bauernbundes in der Gründung von Maschinen-genossenschaften oder Maschinengemeinschaften den günstigsten Weg für die Landwirtschaft in Richtung eines höheren Grades der Technisierung erblicken.

In der Steiermark wurde dieser Weg sehr weit vorgetrieben. Es wurden hier eine Reihe von Genossenschaften errichtet, und zwar insge-

samt 39. Wie viele Mitglieder diese 39 Genossenschaften haben, bin ich etwas in Verlegenheit, zu sagen, denn in dem Tätigkeitsbericht der Kammer werden innerhalb von drei Seiten 2 verschiedene Ziffern dafür angegeben und ich weiß nun nicht, welche die richtige ist. Einmal heißt es 576 Mitglieder und dann 376. Eine von den beiden Zahlen dürfte vermutlich ein Druckfehler sein. Ich nehme den günstigeren Fall an, nämlich daß in 39 Genossenschaften 576 Mitglieder zusammengefaßt sind. Das gibt pro Genossenschaft rund 15 Mitglieder. 15 Mitgliedern ist also tatsächlich mit der Errichtung einer solchen Genossenschaft geholfen, also mit dem ausgeworfenen Betrag in ihrer Technisierung weiter geholfen worden. Es ist auch richtig, daß diesen 15 Mitgliedern pro Genossenschaft — insgesamt also 576 — eine optimale Ausnutzung des Maschineneinsatzes möglich ist, weil eben nur 15 auf einen Traktor kommen. Die Frage tritt nun auf, was mit den anderen geschieht. Wir haben ja nahezu 80.000 selbständige landwirtschaftliche Betriebe in der Steiermark. Von diesen 80.000 kann man sicherlich einen guten Teil weglassen, weil sie sich selbst mechanisiert haben. Es bleiben aber immer noch viele tausende übrig, die überhaupt nicht in die Technisierung einbezogen sind, die weder optimal, also weder im besten noch im schlechtesten Sinn irgendwie einbezogen wurden. Sie haben von den Genossenschaften nichts verspürt, weil von der Genossenschaft nur die Mitglieder mit Maschinen versorgt werden. Ähnlich sieht es bei den Maschinengemeinschaften aus.

Etwas anderes ist es auf dem Sektor der privaten Maschinenhalter, sei es nun auf dem gewerblichen oder auf dem landwirtschaftlichen Sektor. Darüber habe ich leider keinerlei Zahlenmaterial auftreiben können. (Präsident Wallner: „Ich kann es Ihnen sagen!“) Der Herr Präsident wird sicherlich im Anschluß noch die Liebesswürdigkeit haben, mitzuteilen, wieviele private Maschinenhalter noch dazu kommen, die Maschinen herleihen. Alles in allem wird von allen diesen Maßnahmen — ob es nun Genossenschaften oder private Maschinenhalter sind — immer nur ein gewisser kleiner Kreis erfaßt, wobei der von den privaten Maschinenhaltern erfaßte Kreis vielleicht noch der größere sein wird, weil diese ja nicht an einen bestimmten Personenkreis auf Grund eines Genossenschaftsgesetzes oder sonst irgendwelcher Vorschriften gebunden sind, sondern in ihrem Gebiet praktisch in Reichweite ihres Traktors ohne weiteres diesen einsetzen können, wie und wo sie wollen.

Wir stehen nun auf dem Standpunkt, daß eine weitere Möglichkeit, die Technisierung in unserem Land vorwärts zu treiben, die Errichtung von Maschinenhöfen darstellt. Das ist nichts neues. Diese Maschinenhöfe existieren ja bereits in Kärnten seit einigen Jahren und diese Maschinenhöfe haben sich, entgegen der sonstigen Auffassung oder der Meinungen der Presse, in Kärnten absolut bewährt. Es liegen

jährlich dort viel mehr Ansuchen um Errichtung von Maschinenhöfen vor, als das Land Kärnten mit seinen Mitteln in der Lage ist, errichten zu können. Das Land Kärnten stellt jährlich rund einen Betrag von 1 Million Schilling zur Verfügung. Nun, meine Damen und Herren, der Unterschied zwischen dem System der Genossenschaften und dem System des Maschinenhofes, wie er in Kärnten errichtet wurde, liegt unserer Meinung nach im wesentlichen in folgenden Punkten, die zugleich die Begründung dafür sind, warum wir für die Errichtung solcher Maschinenhöfe eintreten. Es wird erstens das Kapital, das in den Maschinenhöfen investiert wird, bis zu einem gewissen Grad auch amortisiert, das heißt, das Kapital wird gleichsam als ein Darlehen gegeben, nur nicht in der Darlehensform. Aber durch die Gebühren, die die Benutzer zahlen, kommt das Geld nach Ablauf einer bestimmten Zeit wieder zurück und es besteht die Möglichkeit, mit den so angesammelten Geldbeträgen, die durch den Gebrauch zugrunde gegangenen Maschinen wieder ersetzen zu können. Im Finanzausschuß wurde ein Zwischenruf gemacht, daß diese Rechnung nicht ganz aufgeht. Ich glaube, Herr Kollege Koch hat das gesagt. Er sagte weiter, „da braucht Ihr schön lange, bis sich das amortisiert hat“. Ich nehme als Beispiel den ungünstigsten Fall, ich nehme an, daß nur eine 75prozentige Amortisation eines Maschinenhofes im Verlauf von 5—7 Jahren erfolgt. Das ist aber noch immer wesentlich mehr als bei der Genossenschaft, wo überhaupt keine Amortisation erfolgt, bis nach Ablauf der Gebrauchsdauer der Maschine entweder von der öffentlichen Hand oder von den Interessenten auf einmal der Geldbetrag wieder aufgebracht werden muß, um diese Maschine ersetzen zu können. Also wenn man schon nicht zubilligen will, meine Damen und Herren, daß es sich beim Maschinenhof um eine vollkommene Amortisierung handelt, so wird man doch wohl zugeben müssen, daß schon eine Teilamortisation immerhin begrüßenswerter ist als eine vollkommene Abschreibung des investierten Geldes. Das ist der erste Grund, warum wir glauben, daß der Maschinenhof zweckmäßiger ist.

Und nun der zweite Grund: Mit den Maschinenhöfen wird ein größerer Teil von Interessenten erfaßt, während bei der Genossenschaft nur 15 Mitglieder durchschnittlich erfaßt werden, nach der in dem vorhin erwähnten Berichte genannten günstigsten Zahl. Hingegen kommen wir bei den Maschinenhöfen im Durchschnitt gerechnet auf 50 Benutzer. Es wurde mir im Finanzausschuß der Einwand gemacht, als ich von einem steirischen Maschinenhof mitgeteilt habe, „das erzählen Sie jemand anderem, das ist ja nicht wahr“. Ich kann mich dabei nur auf die Unterlagen berufen, die dieser Maschinenhof ehrlich erarbeitet hat, nämlich die Aufzeichnungen über die Einzahlungen der Benutzer, und es steht jedem Mitglied des Hohen Hauses frei, nach St. Stefan ob Leoben zu gehen, dort diese Teilnehmerlisten einzu-

sehen, welche Einzahlungen getätigt wurden und er wird feststellen, daß in St. Stefan ob Leoben im letzten Jahr 74 Benutzer gewesen sind, die diese Einrichtung in Anspruch genommen haben, und zwar aus den drei Gemeinden St. Stefan, St. Michael und Kraubath. Für diese drei Gemeinden arbeitet dieser kommunale Maschinenhof in St. Stefan. Eine ähnliche Benutzerzahl ist festzustellen in Gratkorn. Dort kann man sich überzeugen, wieviele Benutzer an diesem Maschinenhof partizipiert haben. Ich gebe offen zu, daß der Intensitätsgrad der Mechanisierung natürlich geringer ist, aber scheinbar hat dieser Grad der Mechanisierung für die dortigen Bauern schon eine gewaltige Hilfe bedeutet, weil es so viele waren, die ihn beansprucht haben und eine große Anzahl gar nicht daran kommen konnte. Politisch interessant ist dabei, daß weit über die Hälfte Mitglieder des österreichischen Bauernbundes sind, daß also eine Reihe von Funktionären des Bauernbundes diese Maschinenhöfe benutzen und gar nicht so die Gefahr der Kolchosisierung empfinden, wie sie der Herr Abg. Stöffler geschildert hat, denn sonst hätten sie ihn nicht benützt. (Landeshauptmann Krainer: „Sind die bei Euch auch politisch registriert?“) Man errichtet jetzt in derselben Gemeinde wiederum mit öffentlichen Mitteln eine Maschinen-genossenschaft als Konkurrenzunternehmen. (Landesrat Pirisch: „Nur so können wir dieser Sache die Giftzähne ausreißen!“) Das mit den Giftzähnen ausreißen ist eine eigene Geschichte! Man hat darüber hinaus einen privaten gewerblichen Maschinenhalter gefördert, um dort, in St. Stefan, noch ein Konkurrenzunternehmen hinzusetzen und St. Stephan kommt dadurch in den Genuß einer wirklich guten Durchmechanisierung der Landwirtschaft (Landeshauptmann Krainer: „Der einzige Vorteil!“) 3 Stellen bewerben sich um die Gunst der Benutzer. Ich glaube also, daß wir diese Maschinenhöfe jetzt tatsächlich versuchen sollen, zwar nicht nach dem Kärntnersystem, dort ist es eine Landesmaschinenhilfe, das, was wir in Steiermark versuchen wollen, ist ein Maschinenhof auf Gemeindebasis.

Ich teile die Auffassung der Abgeordneten der ÖVP im Finanzausschuß, die dort erklärt haben, man müsse die Landwirtschaft mit allen Mitteln fördern. Es gibt verschiedene Wege, um zum Ziele zu kommen. Wir glauben, daß einer dieser Wege auch der Maschinenhof ist und man soll diesen nicht — das war meine Bitte im Finanzausschuß — von Haus aus aus politischen Gründen ablehnen, man soll nicht von Haus aus mit einer etwas ramponierten Propagandawalze versuchen, eine sachliche Auseinandersetzung über diese Frage zu ersticken, man soll hier dem sogenannten freien Spiel der Kräfte Raum geben. Stimmen Sie, meine Herren von der ÖVP, doch diesem Versuche zu. Eine Technisierungsmöglichkeit für die Landwirtschaft stellen diese Maschinenhöfe dar, das ist bei sachlicher Diskussion noch nie geleugnet worden: Sie haben es in der Hand, diese 100.000 S,

die wir als zweckgebunden vorschlagen für die Errichtung kommunaler Maschinenhöfe, meinetwegen auch an wenige von der ÖVP verwaltete Gemeinden zu geben. Ich gehe sogar so weit, damit Sie keine Angst haben, wir könnten Kolchosen errichten. (Präsident Wallner: „Der Gedanke ist nicht neu. Schweden, das Land, das Sie so gerne anführen, lehnt das grundsätzlich ab!“) Ich wäre froh gewesen, wenn Sie den Einwand früher gemacht hätten! Der Herr Präsident beruft sich auf Professor Löhr und auf die eigenen Kenntnisse. Ich weiß nicht, wann Sie dort waren. (Präsident Wallner: „Vor 2 Jahren!“) Die letzte Reise zum Besuch von schwedischen agrarischen Einrichtungen fand heuer im Sommer durch einige Mitglieder des Nationalrates statt, darunter war auch Nationalrat Steiner, der Bundesobmann des österreichischen Arbeitsbauernbundes. Er hat dort gefragt: „Sagen Sie, warum macht Ihr Eure Förderungsmaßnahmen auf privater und auf genossenschaftlicher Basis, warum habt Ihr es nicht versucht, mit Maschinenhöfen zu arbeiten?“ Darauf wurde geantwortet: „Ja, wir haben diese Methode der Maschinenhöfe bis jetzt nicht gekannt. Wir wissen, daß es bei Euch in Kärnten und in Österreich solche Versuche gibt. Wir werden studieren, ob wir das ausprobieren sollen. Man soll alle Probleme studieren, alle Wege versuchen, ob wir es machen werden, können wir noch nicht sagen. Wir sind dabei, diese Frage zu studieren.“ Nichts anderes, als das, was die Schweden hier in dieser Frage sagen, möchten wir von Ihnen. (Landeshauptmann: „Einen sozialistischen Versuch!“) Einen ÖVP-Versuch natürlich, wenn Sie mittun, wenn Sie nicht mittun, ist es ein sozialistischer Versuch. Wenn Sie es bekämpfen, dann sagen Sie, die Sozialisten sind es, die diese Methode wollen. Es wäre Ihnen unbenommen gewesen, zu erklären, wir tun bei diesem Versuch in irgendeiner Form mit, wir geben unsere Zustimmung, nach einigen Jahren werden wir sehen, was herausgekommen ist, ob das nicht doch ein brauchbarer Weg war, die Mechanisierung weiter vorwärts zu treiben.

Ich appelliere daher an Sie, die Frage von der sachlichen Seite zu diskutieren, versuchen Sie nicht mit politischen Schlagworten diesen ernstgemeinten Versuch zur Förderung der Landwirtschaft abzutun. Wir werden in wenigen Monaten oder Jahren sehen, welche Maßnahmen geeigneter sind, um den an die Spitze meiner Ausführungen gestellten großen Plan zu verwirklichen, für die Landwirtschaft einen gemeinsamen Weg zu finden, der wirklich über die Steiermark hinaus diesem Produktionszweig in unserem Staate, von dem uns der Generalberichterstatter erklärt hat, er sei als eine der Säulen der Wirtschaft in diesem Staate zu betrachten, der zu Erfolg und dauernder Sicherung verhilft. (Sehr lebhafter Beifall bei SPÖ.)

Abg. Berger: Hoher Landtag! Im politischen Bezirk Weiz, wo ich bäuerlicher Abgeordneter bind, sind noch sehr viele kleine Landwirte und

Pächter zu finden. Es freut mich vom Herzen, daß in der Gruppe 7 der Abschnitt 731,717, Beihilfen zur Selbsthaftmachung und Sicherung von landwirtschaftlichen Arbeitern, Pächtern und Kleinlandwirten, um fast 2 Millionen Schilling höher dotiert ist. Ich glaube sagen zu dürfen, daß der Finanzausschuß, von dem wir diese Erhöhung haben, diesen Betrag leicht wird verantworten können. Ich möchte dies in kurzen Worten begründen.

Die Wirtschaften dieser kleinen Landwirte und Pächter auf steiler oder hügeliger Lage werden sehr oft durch Unwetterkatastrophen belastet. Infolge dieser steilen Lage ist es aber nicht allen möglich, von der genossenschaftlichen Technisierung Gebrauch zu machen. Es müssen sehr viele durch ihrer Hände Fleiß ihr Werk bestellen. Es freut mich, bestätigen zu können, daß es hier namhafte Beihilfen gibt und daß besonders Familien mit großer Kinderzahl damit beglückt werden können. Es ist ja auch in volkspolitischer Hinsicht begründet, daß man diesen Familien eine Unterstützung ange-deihen läßt. Ich bin überzeugt, wenn wir diese Mittel zur Verfügung stellen, werden uns diese kleinen Landwirte und Pächter dankbar sein. Dadurch könnte diesen Pächtern auch ermöglicht werden, Pachtgrundstücke und Wirtschaften, wie solche Ansuchen im Bezirke Weiz schon gestellt wurden, käuflich zu erwerben. Wir aber würden dazu beitragen, daß unser österreichisches Volk einer glücklicheren und gesunden Zukunft entgegengeht. (Beifall.)

Abg. Edlinger: Hohes Haus! Unser Debattenredner hat eingangs seiner Rede ausführlich Stellung genommen zum Verhältnis unseres Klubs zur Landwirtschaft. Er hat erklärt, daß wir eindeutig und bestimmt und vor allem positiv eingestellt sind zur Landwirtschaft, und zwar nicht nur der Landtagsklub, sondern unsere ganze Partei. Wenn Sie die Rede unseres Kollegen Rösch jetzt gehört haben, müssen Sie wohl daraus ersehen, daß dies nicht nur eine Rede war, sondern vor allem ein wirklicher Wille da ist, bei der Landwirtschaft mitzuarbeiten, die landwirtschaftlichen Forderungen zu bewilligen und sie zu verstehen. Der Finanzausschuß hat sich einen ganzen Tag mit der Gruppe 7 beschäftigt und ich muß ehrlich sagen, es war eine sachliche Auseinandersetzung, sachlich deswegen, weil wir die Nöten der Landwirtschaft kennen und weil wir wissen, daß unsere Landwirtschaft in sozialer Hinsicht auf letzter Stufe steht, das heißt, nicht nur in sozialer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. So ist es gelungen, daß wir im Finanzausschuß verschiedentlich zusätzliche Erhöhungen der seinerzeit veranschlagten Beträge durchsetzen und sogar neue Posten in diese Budget hineinbringen konnten. Es ist für die Technisierung ein Betrag von 200.000 S als Erhöhung auf 550.000 S eingesetzt, weiters eine neue Haushaltspost „Forstaufschließungswege in bäuerlichen Wäldern“ mit 250.000 S und noch

eine neue Haushaltspost von 1.000.000 S für die Technisierung bäuerlicher Haushalte.

Sie ist besonders erfreulich, diese Post zur Technisierung in bäuerlichen Haushalten mit dem ganz schönen Betrag von 1.000.000 S, der dazu verwendet werden soll, unsere bäuerliche Hauswirtschaft zu technisieren, zu verbessern. Kollege Ertl hat bereits in dieser Sache von den Nöten und der schweren Arbeit unserer Bäuerinnen gesprochen. Ich kann das nur hundertprozentig unterstreichen. Sind doch unsere Bäuerinnen die am meisten beschäftigten Frauen, tagaus, tagein, jahraus, jahrein, vom frühen Morgen bis zum späten Abend sind sie beschäftigt. Sie haben keinen Urlaub und vor allem keine Freizeit und es ist höchste Zeit, daß man diesen Frauen durch Technisierung ihre Haushaltsarbeit entsprechend erleichtert. Es war vor zirka drei Wochen eine Vorführung in unserem Ort mit einer Waschmaschine. Es waren dort 10 oder 15 Frauen, die mit Bewunderung dieses Werk besichtigt und betrachtet und den Erfolg gesehen haben und wie leicht mit einer Uhr in der Hand die Arbeit vor sich gegangen ist. Als nun dieser Vertreter gefragt hat, wer so eine Maschine kaufen will, da wollte natürlich jede, aber sie konnten ja nicht, denn die kleine Waschmaschine kostete über 4000 S und über 8000 S die große. Ich bin überzeugt, daß auch diese Waschmaschinen nicht genossenschaftlich angekauft werden sollen oder können, sondern eben auch wieder, wie wir vorschlagen, kommunal angeschafft werden sollen, damit sie allen zugänglich sind und jedem, der sie notwendig hat, zur Verfügung steht.

Wir haben unter anderen Förderungsmaßnahmen auch im Güterwegbau den Betrag um 500.000 S auf 2.500.000 S erhöhen können. Hohes Haus! Ich glaube nicht viel reden zu brauchen, wenn ich sage, daß gerade der Güterweg für unsere Bergler, vor allem auch in der Hügellandgegend, wo der lehmige Grund bei jedem kleinen Regen die Wege unbefahrbar macht, von größter Wichtigkeit ist und daß man unbedingt entsprechende Hilfe leisten muß, damit diese Streusiedlungen auch einen entsprechenden Zufahrtsweg haben.

Als förderungswürdig ist vor allem auch der Obstbau festgestellt worden. Es ist eine Erhöhung von 250.000 S auf 570.000 S angenommen worden. (Abg. Hegenbarth: „Das haben ja alles wir gemacht!“) Ganz richtig, aber mit unserer Zustimmung. Herr Kollege Koller hat besonders über den Obstbau gesprochen und ich möchte dazu, da ich in einem Obstbaugbiet wohne, etwas sagen. Kollege Koller hat von den Schädlingen gesprochen, von der San-José-Schildlaus, durch die unser ganzer Obstbestand bereits gefährdet ist. Es gibt Gegenden, in denen der Obstbestand bereits zur Gänze vernichtet ist. Vor zirka drei Jahren waren wohl schon Befallsstellen in der Steiermark festzustellen, da habe ich bei der Bezirksbauernkammer einen Antrag eingebracht, man möge zur Bekämpfung dieser gefährlichen Schildlaus eine entsprechende, zweckbestimmte Steuer

einheben. Diese zweckbestimmte Steuer sollte von jeder Bauernkammer eingehoben werden können, wenn die Landesbauernkammer ihre Zustimmung dazu gibt. Ich habe damals schon aufgezeigt, wie gefährlich diese Schildlaus für unseren Obstbau werden kann, ich konnte aber die Kammerräte der anderen Partei nicht davon überzeugen und sie stimmten meinen Antrag nieder. Wir wollten damals 10 Prozent zweckbestimmte Umlage einheben, das würde beiläufig im Jahr für unseren Kammerbereich 100.000 S ausgemacht haben. (Landesrat Pirisch: „Das hätte nur für eine einzige Gemeinde gereicht!“) Die eigenen Bauern konnten sich nicht entschließen, aus eigenen Mitteln auch nur einen kleinen Betrag dazu beizutragen, um den Obstbau bei uns zu erhalten. Ich habe darauf verwiesen, daß, wenn wir erst Eigenmittel aufbringen, uns die Landeskammer und vor allem auch die Landesregierung sicher behilflich sein werden; damit wir die Bekämpfung dieser gefährlichen San-José-Schildlaus zeitgerecht und ausreichend hätten durchführen können. Nun, Hoher Landtag, ist die Zeit schon vorüber, wir haben das schon versäumt, unsere Gegenden sind total verseucht, wir können nichts anderes mehr machen, als unsere Obstbäume herausschlagen. In dieser Annahme wurde auch von Kollegen Hegenbarth der Antrag ganz richtig im Finanzausschuß eingebracht mit einer wohlüberlegten Begründung und Planung, wie man jetzt über diese Klippe hinwegkommt. Die Obst- und Weinbauabteilung der Landesbauernkammer hat hiezu die entsprechenden Unterlagen geliefert und Kollege Hegenbarth hat sie vorgelesen,

Auf Grund dieser Unterlagen wurde der Antrag* von Herrn Kollegen Hegenbarth auf Erhöhung mit 5 Millionen Schilling eingebracht. Mit 5 Millionen Schilling nur für den Obstbau, wenn wir nur 10 bis 15 Millionen Schilling für unsere Landwirtschaftsförderung zur Verfügung haben, ist natürlich die Sache unmöglich zu machen. Der Erhöhungsantrag wurde auf 250.000 S heruntersetzt, welcher Betrag aber wirklich unsere Auslagen nicht deckt. Es ist nun zu erwägen, ob es nicht doch Wege gibt, die uns Mittel zur Verfügung stellen, um diese große Gefahren für unseren Obstbau eindämmen zu können und wir denken da an die Gemeinden. Die Gemeinden sind verpflichtet geradeso wie das Land, Mittel zur Verfügung zu stellen, um Bekämpfungsmethoden anwenden, um Spritzengeräte und Spritzmittel anschaffen zu können. Aber auch bei den Gemeinden steht es schlecht. Die meisten haben in ihrem Voranschlag, wenn überhaupt so nur einen ganz geringen Beitrag für diese Haushaltspost, für diese Bekämpfungsmittel enthalten. Ich glaube, es ist nicht richtig, wenn man selbst nichts dazu tut und immer nur von Land und Bund fördert und selbst keine Eigenmittel und vor allem nicht den Willen hat, etwas aus seiner Steuerumlage dazuzuzahlen.

Unser Generalberichterstatter erwähnte, daß es vielleicht gut wäre, wenn sich die Bauern

um einen anderen Partner als den der ÖVP umsehen würden, und zwar um den Arbeiter. Wenn sich Bauern und Arbeiter, also Produzent und Konsument, an einen Tisch setzen würden, und zwar ungeachtet der Parteizugehörigkeit, so wäre es wohl zu beider Vorteil.

Man könnte ein Wirtschaftsprogramm ausarbeiten, natürlich müßte hier der unproduktive Zwischenhandel ausgeschaltet werden, jene herzlosen Händler und Schnalzer, die den Bauern in ihrer Unkenntnis der Marktpreise durch falsche Angaben oft noch weniger für Rinder und Schweine bezahlen, als der ohnehin niedrige Marktpreis notiert. (Abg. Schlacher: „Sind das Pauschalverdächtigungen?“) Schnalzer habe ich gesagt. (Abg. Schlacher: „Händler haben Sie gesagt!“)

Ich bin überzeugt, wenn wir Bauern uns als Produzenten mit unseren Konsumenten zusammensetzen, werden wir einen Weg finden, der für Produzenten wie auch Konsumenten zufriedenstellend und gangbar ist. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Weidinger: Hoher Landtag! Ich glaube, es bedarf keiner besonderen Erläuterung, daß gerade der kleine Gebirgsbauer, der schon in seinen jüngsten Jahren, kaum der Schule entwachsen, durch harte Arbeit unter größter körperlicher Anstrengung sein Brot verdienen muß, wohl zu einer der ärmsten aber getreuesten Stützen unseres Landes zählt. Denn gerade die Härte seiner Arbeit, mit der er im Schweiß seines Angesichts den harten Boden bearbeiten muß, um das tägliche Brot aufzubringen, das ist es gerade, was diesen Bergbauern mit seiner Heimat und seiner Scholle auf das engste verbindet. Für diesen Bauern ist oft das Holz sozusagen die einzige Einnahme, die ihm überhaupt seine Existenz droben ermöglicht. Das Holz ist der Lebensnerv dieses Bauern. Das Holz, das grüne Gold unseres Landes, wird aber oft wertlos dadurch, weil sich die Bringungskosten oft höher stellen, als der eigentliche Wert des Holzes ist. Ich möchte das vergleichen mit einem ungeschliffenen Edelstein. Er sieht solange wertlos aus, als er nicht einen Schliff erhält. Erst durch den Schliff bekommt er Anreiz und Wert und ähnlich bekommt dieses Holz dadurch erst seinen Wert, daß die Möglichkeit gegeben ist, es auf ordentlichen Wegen abzuführen. Es ist daher gerade für diese Gegenden der Bau von Wegen das allerwichtigste. Da diese Gemeinden meist Landgemeinden sind, sind sie flächenmäßig sehr ausgedehnt, sie sind aber auch meist finanziell schwache Gemeinden und es fällt ihnen gewiß nicht leicht, mehr als 30 und 40 km Gemeindewege zu erhalten. Nicht selten ist es, daß diese so mühevoll errichteten Gemeindewege durch Unwetterkatastrophen gänzlich unfahrbar gemacht werden. Im heurigen Jahre war es in unserem Gebiete, im Wechselgebiet der Fall, daß eine Unwetterkatastrophe, die vielleicht schwerste seit Jahrzehnten, diese

Wege zum größten Teil vernichtet hat. Nur mit Hilfe des Landes und nicht zuletzt des Bundes war es möglich, die betreffenden Besitzer vor Verzweiflung zu bewahren. Sie waren gänzlich vom Verkehr abgeschlossen, es war nicht möglich, mit einem Fahrzeug auf die Landstraße oder noch weniger auf eine Bahnstation zu gelangen.

Ich möchte daher diese Gelegenheit hier im Hohen Hause benützen, namens dieser betroffenen Bewohner dem Hohen Landtage und vor allem unserer Landesregierung den Dank auszusprechen für die tatkräftige Hilfe, die uns in verständnisvoller Form, aber auch in wirksamer Weise von Seite des Landes entgegengebracht wurde. Ich möchte gleichzeitig ersuchen, daß diese Gemeinden, wenn sie mit der Bitte an den Hohen Landtag herantreten, einzelne Gemeindestraßenstücke zu übernehmen, diese Bitte nicht umsonst getan haben mögen.

Nun wurde seit einigen Jahren eine neue Einrichtung auf dem Gebiete des Straßenwesens eingeführt, die sich aufs beste bewährt hat. Ich möchte da auf die sogenannten Forstaufschließungswege verweisen. Eine Einrichtung, die bisher zum Teil vom Bund, zum Teil aus ERP-Mitteln und zum großen Teil aber auch aus Interessentenleistungen finanziert wurde. Ich erlaube mir, Ihnen hier einen ganz kurzen Bericht über die Leistungen, die auf diesem Gebiet in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit seit der Einrichtung dieser Forstaufschließungswege erbracht wurden, zu geben. Wir haben in unserem Land Steiermark 252 Projekte mit einer Gesamtweglänge von 827 km und einer Vorteilsfläche von 108.588 ha. Die Projektkosten betrugen zirka 41 ½ Millionen Schilling und die Interessentenzahl betrug 3020. Sie sehen schon aus diesen Zahlen, welche gewaltige Leistung gerade hier auf diesem Gebiet vollbracht wurde. Ich möchte auch für die Mittel, die vom Bund für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurden, der Bundesregierung den Dank aussprechen. Der Bericht beweist auch, daß diese Mittel nicht umsonst angelegt wurden, daß diese Beträge vor allem den ärmsten Volksschichten unseres Landes ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit zugute gekommen sind. Wenn wir nun aber bedenken, daß es heute noch sehr viele solche Gebirgsbauern gibt, für die Wege noch nicht erschlossen sind, so vergessen wir nicht, daß dort auch noch Menschen leben, in deren Verhältnisse wir uns gar nicht hineinfinden können, Menschen, denen es fast unmöglich ist, bei Krankheits- oder Unglücksfällen einen Arzt heubeizurufen, die keine Möglichkeit haben, telephonisch Hilfe zu erreichen, die lange Wege gehen müssen, um zu einem Arzt zu gelangen und wo auch dieser keine Möglichkeit hat, mit einem Fahrzeug die Patienten zu erreichen. Es ist auch unmöglich, einen Kranken, auch wenn er in Lebensgefahr schwebt und in ein Krankenhaus überführt werden soll, durch die Rettung aus seinem Haus abzuholen, er muß oft stundenlang auf einer Tragbahre getragen werden, um überhaupt zu einem Rettungsauto zu gelangen.

Stellen Sie sich vor, wie es dort zu leben ist, wenn man weiß, daß einem auch bei Lebensgefahr lange Zeit keine Hilfe zuteil werden kann. Genau dasselbe ist es, wenn dort ein Haus in Brand gerät. Es ist unmöglich, daß ein Löschfahrzeug an diese Brandstätte gelangen kann.

Ich möchte nun aber auch die Vorteile, die durch den Bau solcher Forstaufschließungswege entstehen, hier aufzeigen. Und zwar möchte ich ganz besonders darauf verweisen, daß diese Besitzer dadurch ihre Existenz festigen können, daß sie das Holz, das für sie die einzige Einnahmequelle bedeutet, wieder günstiger verkaufen können. Es hat aber auch noch einen weiteren Zweck. Durch diese Forstaufschließungswege sind schöne Teile unseres Landes erschlossen worden. Es ist daher möglich und vom Standpunkt des Fremdenverkehrs zu begrüßen, daß dorthin nicht nur Touristen, sondern auch alte und kranke Leute gelangen können, die einer Erholung in guter Luft bedürfen.

Ich begrüße es daher von diesem Standpunkt aus, daß auch im heurigen Landesbudget das erste Mal unter Gruppe 7 in der Post 731,720 ein Betrag von 250.000 S eingesetzt wurde. Es kann versichert werden, daß dieser Betrag nicht nur nutzbringend für den Gebirgsbauern, sondern auch nutzbringend für Land und Bund und daher für unser gesamtes Heimatland angewendet werden und sich sehr wohltuend auswirken wird. Ich möchte nur den einen Wunsch aussprechen, daß diese Post im Haushaltsplan 1955 nicht verschwinden, sondern mit einem noch höheren Betrag aufscheinen möge. (Beifall.)

Abg. Brandl: Hohes Haus! Nachdem einige Abgeordnete von den agrarischen Problemen gesprochen haben, erlaube ich mir als Vertreter der Land- und Forstarbeiter auch einiges zu sagen. Es ist sehr erfreulich, daß für die Eigenheimbauten der Land- und Forstarbeiter unter den Förderungsmaßnahmen ein sehr bedeutender Betrag eingesetzt worden ist. In der Debatte über den Wohnungs- und Siedlungsbau ist ja bereits im allgemeinen darüber gesprochen worden. Ich möchte hier nur im besonderen hinzufügen, daß besonders für die Land- und Forstarbeiter alle diese Probleme zutreffen. Denn es herrschen dort oft Wohnverhältnisse, die sich nicht mit jenen messen können in den städtischen Randgebieten. Sehr erfreut bin ich vor allem über einen Betrag, der wirklich zur Berufsausbildung von Land- und Forstarbeitern wesentlich beiträgt.

Hohes Haus! Sie werden ja wissen, daß das Parlament das Berufsausbildungsgesetz beschlossen hat, nach dem es Sache des Landes ist, das Ausführungsgesetz dazu zu beschließen und ich möchte daher die Landesregierung ersuchen, dem Landtag demnächst eine Vorlage über das Berufsausbildungsgesetz vorzulegen. Die verantwortlichen Kammern haben sich bereits mit diesem Berufsausbildungsgesetz be-

schäftigt und es wäre an der Zeit, auch in der Steiermark in den Genuß dieses für die Land- und Forstarbeiter so wichtigen Gesetzes zu kommen, denn durch die Modernisierung und durch die Mechanisierung unserer Wirtschaft, sowohl der Land- als auch der Forstwirtschaft, entstehen für die Land- und Forstarbeiter ganz neue Arbeitsbedingungen. Sie müssen mit allen Maschinen vertraut werden und es ist nicht mehr so, daß man den Land- und Forstarbeiter als einen Arbeiter betrachtet, der ganz am letzten Ende steht. Er muß genau so wie der Industriearbeiter, wie der Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft seinen Posten restlos und richtig ausfüllen können. Und dazu brauchen wir ein Berufsausbildungsgesetz, brauchen wir Mittel, die diese Berufsausbildung fördern, denn alle jungen Kräfte, die heranwachsen, müssen wirklich fachlich geschult werden, damit sie den kommenden Anforderungen einer neuen Zeit auch gerecht werden können. Wenn der Herr Abg. Weidinger über die Forstaufschließungswege einiges gesagt hat, so möchte ich mir erlauben, dies zu ergänzen. Es ist nicht damit abgetan, daß wir unsere Wälder nur erschließen, sondern es ist auch notwendig, Maßnahmen zu treffen, daß in diesen Wäldern eine solche Waldwirtschaft betrieben wird, die auch für die Zukunft zweckentsprechend ist.

Es ist in diesem Hause schon wiederholt über Hochwasserkatastrophen gesprochen worden und glauben Sie mir, meine Damen und Herren, daß diese Hochwasserkatastrophen zum Teil darauf zurückzuführen sind, weil an unseren Wäldern Raubbau betrieben wird. Ich möchte hier nicht Pauschalangriffe auf unsere Waldbesitzer richten. In Ermangelung forstlicher Betreuung ist eine falsche Forstwirtschaft betrieben worden, Wälder sind abgetrieben worden, die Schutzwälder gewesen wären. Ich glaube, nicht mißverstanden zu werden, wenn ich die Anregung gebe, daß es in Zukunft für die bäuerliche Forstwirtschaft notwendig werden wird, genau wie in den großen Betrieben, wie es etwa die Bundes-Forstbetriebe oder die großen Privatforste sind, Forst-Fachleute einzusetzen, die zum Nutzen der Bauernschaft selbst und zum Nutzen der Volkswirtschaft Wertvolles leisten könnten. Die Mittel hierfür werden geringer sein als die Mittel für die Hochwasserbauten, die wir ausgeben müssen, wenn wir Abhilfe nicht zeitgerecht schaffen.

Es ist auch über die Landflucht in diesem Hause schon einiges gesprochen worden. Ich möchte nicht neuerlich auf alle diese Vorschläge eingehen und nur eines herausgreifen. Es ist in der vergangenen Zeit seit 1945 hauptsächlich gelungen, auch für die Land- und Forstarbeiter eine wirklich moderne Gesetzgebung zu schaffen und ich vertrete hier in diesem Hohen Hause den Standpunkt, wenn nach den Grundlinien dieses Gesetzes gehandelt würde, dann würde auch die Landflucht dementsprechend eingedämmt werden können. Wir als Sozialisten sind seit eh und jeh für eine Besserstellung der Land- und Forstarbeiter eingetreten und es ergeht,

seien Sie mir nicht böse, an alle Herren Abgeordneten der ÖVP die dringende Aufforderung, hier wirklich erzieherisch mitzuwirken, damit auch in Ihren Wählerkreisen sich mehr und mehr die Erkenntnis durchringt, daß auch der Landarbeiter ein Mensch ist, der Anspruch auf Freizeit, auf Urlaub und auf alle die kulturellen Güter hat wie jeder andere Arbeiter. Wenn sich diese Erkenntnis mehr und mehr durchsetzt, dann, meine ich, wird für die Landflucht das Gegenmittel gefunden sein.

Ich hoffe, daß künftighin der Steiermärkische Landtag, der sich ja hauptsächlich mit der Gesetzgebung, mit der Ausführungsgesetzgebung für die Land- und Forstarbeiter beschäftigen muß wie in anderen Landtagen, wirklich erfreuliche Arbeit leisten wird. Dann wird uns um die Zukunft der Land- und Forstarbeiter nicht bange sein. Vergessen Sie nicht, Hoher Landtag, die Wälder sind ein wertvoller Bestand unserer Volkswirtschaft. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Abg. Ebner Leopold: Hoher Landtag! Wenn ich mich zur Gruppe 7 zum Worte melde, so will ich das möglichst kurz tun, nicht vielleicht, weil ich mich abgekämpft fühle, sondern weil ich annehme, daß sich die Debatte noch auf eine geraume Zeit erstrecken wird. Als ich im Voranschlag im Unterabschnitt 731 Beihilfen für Eigenheimbauten zur Seßhaftmachung landwirtschaftlichen Personals sah, habe ich das mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis genommen. Mit einem lachenden Auge darum, weil man wenigstens den gleichen Betrag wie im Vorjahre hineingenommen hat und mit einem weinenden Auge, weil es nicht mehr geworden ist. Wenn wir uns mit der Seßhaftmachung der Landarbeiter beschäftigen, so sind einige grundsätzliche Voraussetzungen dafür maßgebend, zunächst die Unterbringung dieser Land- und auch der Forstarbeiter. Es wurde in der Presse seit Jahren immer wieder darüber geklagt, daß die Unterbringung der Land- und Forstarbeiter, vor allem der Landarbeiter nicht zweckmäßig sei, gerade in der Presse, von der man annehmen könnte, daß sie vielleicht etwas bessere Einsicht in die Verhältnisse haben sollte. Eines steht fest, der Landarbeiter geht zum Teil nur darum vom Lande weg in die Stadt, weil er als solcher vielleicht allein, nicht aber dann noch Platz hätte auf dem Hof, wenn er sich eine Familie gründen will. Wenn die Möglichkeit gegeben wird, wirklich entsprechende Unterkünfte für die Landarbeiter zu schaffen, wird dieser Teil der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft leicht zu bewegen sein, auf dem Hof zu verbleiben. Ich spreche hier nicht von den großen landwirtschaftlichen Gründen mit einer Reihe von Nebenbauten, von Wirtschaftsgebäuden, wo zum Teil tatsächlich schon eigene Wohnräume für die Familien der Landarbeiter geschaffen worden sind. Ich möchte mich hier mehr auf die kleinen Landwirte konzentrieren, die nicht in der Lage waren, bisher aus eigenen Mitteln solche Wohnungen

herzustellen. Denken wir an die kleinen Wirtschaftsbetriebe am flachen Lande, wo der Inhaber dieser Wirtschaft den besten Willen hat, durch Bauten oder Zubauten in seiner Wirtschaft vielleicht nur für seinen Sohn, vielleicht aber auch für einen seit Jahren treuen Arbeiter eine Wohnung zu schaffen. Am flachen Lande kann nur äußerst schwer der Ausbau eines Dachraumes mit Holz durchgeführt werden, weil das Holz weit vom Berg heruntergeführt werden muß. Wenn der Mann nun geplant hat und sich vornimmt, heuer wird dieser Bau durchgeführt, dann genügt eine einzige Nacht, der Reif macht seine Einnahme zumindest aus der Obsternte zunichte und es ist vielleicht im ganzen Jahr nichts mehr zu machen. Das gilt aber nicht nur in Bezug auf den Obstbau, das gilt auch in Bezug auf den Getreidebau. Ein einziges Unwetter und die Arbeit eines Jahres ist umsonst und die Hoffnung, diesen Ausbau tätigen zu können, ist vorbei.

Daher hat sich die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft schon seit 1948 mit diesem Problem beschäftigt und bisher für 254 Landarbeiter Wohnungen bereitgestellt. Wenn die Land- und Forstwirtschaftskammer seit 1950 Beihilfen für 188 Eigenheime gegeben hat, so kann man mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß man vielleicht doch einen Weg gefunden hat, der als Beitrag zur Eindämmung der Landflucht gelten kann.

Hohes Haus! Obwohl es für heuer leider schon zu spät ist, möchte ich doch an Sie für das kommende Jahr den Appell richten, weiterzuhelfen, die Barrikade gegen die Landflucht aufzurichten. Geben Sie einen mächtigen Baustein dazu und erhöhen Sie den Voranschlagsansatz für das kommende Jahr um das dreifache, dann haben Sie eine soziale Tat vollbracht. (Beifall.)

Abg. Ing. Kalb: Hohes Haus! Es ist erwiesen, daß die österreichische Bauernschaft von allen europäischen Bauernschaften am meisten vernachlässigt ist. Das ist erwiesen und durch keinerlei Worte aus der Welt zu räumen. Die Ärmsten der Armen jedoch — ich muß die Bauernschaft als arm bezeichnen — sind die Bergbauern. Wenn wir uns mit diesem Problem auseinandersetzen und wirklich zu einem Ergebnis kommen wollen, müssen wir versuchen, ihn in seiner Produktion, in seiner Lebenshaltung zu charakterisieren. Wie charakterisiert man den Bergbauern? Den Bergbauern zeichnet in erster Linie die hohe und steile Lage seines Grundes, in zweiter Linie das rauhe Klima und in dritter Linie die ungünstige verkehrstechnische Lage aus. Wie lassen sich nun diese einzelnen Punkte am ehesten bekämpfen bzw. wie kann man am besten helfen?

Zum ersten Punkt scheint mir die Technisierung die beste Maßnahme zu sein, zum zweiten Punkt, dem rauhen Klima, eine gewisse Spezialisierung der Betriebe auf Forstwirtschaft oder Viehzucht und zum dritten Punkt, der ungünstigen verkehrstechnischen Lage, ein wirk-

lich großzügiger Güterwegausbau. Der Güterwegausbau ist schon deshalb so notwendig geworden, weil gerade in letzter Zeit die Anwendung von Kunstdünger, von bestimmtem Saatgut, von Kalk usw. in den Waldgebieten eine wirkliche wirtschaftliche Notwendigkeit geworden ist. Bei besseren Güterwegen kann der Bauernstand durch leichtere Holzabfuhr bessere Preise erzielen.

Neben den Bergbauern sind noch die Kleinbauern zu erwähnen, die in unseren Gebieten einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz ausmachen. Ein bekannter europäischer Politiker hat unlängst die Feststellung gemacht, daß rund 50% der mitteleuropäischen agrarischen Betriebe Kleinbauernbetriebe unter 10 ha sind. Diesen Kleinbetrieben, meine Damen und Herren, und auch den Bergbauern können wir weder durch Beihilfen noch durch Maschinenhöfe, ob privater oder kommunaler Natur, entscheidend helfen. (Landesrat Priirsch: „Wissen Sie was das bedeutet, in der Steiermark oder in Österreich zu sagen, denen können wir nicht helfen?“) Ich möchte das so verstanden wissen, daß das keine endgültige Lösung bedeuten kann, denn meine Damen und Herren, wenn sich jemand um die Erfolge der Maschinenhöfe kümmert, wird er feststellen müssen, daß das keine endgültige Lösung bedeuten kann. Die Herren, die aus der Landwirtschaft kommen, werden wissen, daß sich in der Ernte- und Anbauzeit die Arbeit beim Bauern auf wenige Tage und Stunden zusammendrängt. Es muß unsere Aufgabe sein, bäuerliche Verhältnisse zu schaffen und Höfe zu erstellen, die lebensfähig sind. Ich denke hier z. B. mit der Zeit an eine spezialisierte Landwirtschaft, in der sich die einen nur mit Vieh- oder Waldwirtschaft, die anderen wieder nur mit Ackerbau, Getreidebau beschäftigen, entsprechend der Beschaffenheit ihres Bodens und die so in Zukunft nur einen bedeutend kleineren Teil von Maschinen benötigen werden. (Abg. Dr. Pittermann: „Sie schwimmen ja!“)

Auf jeden Fall ist in der österreichischen Landwirtschaft eine ausgesprochene Zersplitterung des Grundbesitzes festzustellen. Hier muß entscheidend geholfen werden, wir müssen lebensfähige Höfe schaffen. Ich verstehe unter einem lebensfähigen Hof einen Besitz von etwa 10 bis 50 ha, je nach Lage. Leider Gottes wird das ein sehr schweres Problem sein. Wir haben hier etwas gut zu machen, was ein schlechtes Grundverkehrsgesetz in jahrhundertelanger engstirniger Auffassung verbrochen hat. Ich bin auch der Auffassung, — wie heute hier schon einmal geäußert wurde — daß weniger Beihilfen, also sogenannte Injektionen — als vielmehr langfristige und nieder verzinsliche oder überhaupt unverzinsliche Darlehen besser am Platze wären. Diese Darlehen sollten dazu führen, den Höfen die Spezialisierung zu erleichtern und andererseits den gut bewirtschafteten Höfen die Möglichkeit zu geben, frei gewordene Grundstücke aufzukaufen oder schlecht bewirtschaftete Grundstücke ihrem Besitz einzuverleiben.

In diese Kerbe schlägt eine Maßnahme, d. h. eine Post im Landesbudget, nämlich die Post 703 „Förderung von agrarischen Operationen“. Leider ist diese Post mit 200.000 S viel zu niedrig eingesetzt. Sie müßte auf ein Vielfaches erhöht werden.

Ähnlich ist es mit der Post 702 „Elektrifizierung der Landwirtschaft“. Sie ist mit 600.000 S auch viel zu niedrig. Die Elektrifizierung ist eine der wichtigsten zivilisatorischen Errungenschaften der gesamten Menschheit. Ganz besonders erleichtert die Elektrifizierung aber die Aufgaben der bäuerlichen Bevölkerung. Sie bringt Licht, Kraft und Wärme und ermöglicht eine lange Vorratshaltung, desgleichen bringt die Elektrifizierung auch den Rundfunk, der das einzige Bindeglied der einschichtigen Höfe zur übrigen Welt darstellt. Er allein bringt in vielen Fällen Freude und Abwechslung, fachliches Wissen und fröhliche Weisen in die Einsamkeit besonders der Bergbauernhöfe. Zu bedauern ist nur, daß das Land keinen Einfluß auf die Programmgestaltung des Rundfunks hat. Ich möchte daher an die maßgeblichen Vertreter des Rundfunks hier den Appell richten, den Rundfunk wieder seinen ernsten kulturpolitischen Aufgaben zuzuführen und dafür zu sorgen, daß er auch in seiner Programmgestaltung darauf entsprechend Rücksicht nimmt.

Zum Schluß möchte ich noch der Erwartung Ausdruck geben, daß die Kammer die in diesem Voranschlag ausgewiesenen Mittel auch wirklich den vorgesehenen Zwecken zuführt, das heißt, daß die verschiedenen Körperschaften, in diesem Falle die Kammer für Land- und Forstwirtschaft, diese Mittel ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit so einsetzt, daß sie auch wirklich den Bedürftigsten zukommen. Sie sollten im übrigen so eingesetzt werden, daß sie auch wirklich beispielgebende Erfolge bringen. Darüber hinaus möchte ich an die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft den Appell richten, ihre Außenstellen, die Bezirkskammern, so zu besetzen, daß ein wirklich gesundes Verhältnis zwischen Kammer und Bevölkerung möglich wird. Fachliches Wissen von Sekretären und Sachbearbeitern allein genügt nicht, wenn der notwendige persönliche Kontakt nicht da ist. In die Außenstellen gehören Menschen, denen ihrer Arbeit nicht nur ein notwendiger Broterwerb ist, dorthin gehören Männer und Frauen, die neben ihrer Liebe für den bäuerlichen Lebenskreis davon überzeugt sind, der etwas schwerfälligen Bauernschaft raten und helfen zu müssen. Nur so wird es möglich sein, in der Bauernschaft ein umfassendes Vertrauen zu den öffentlichen Förderungsstellen zu erwecken, so wird sich unser Förderungsproblem zum Segen der schwer ringenden und vernachlässigten Landwirtschaft auswirken.

Endlich möchte ich auf die Äußerung des Herrn Abg. Rösch eingehen. Er hat behauptet — schade, daß er nicht hier ist —, es wäre Sache des Bundes, der Landwirtschaft tatkräftigst unter die Arme zu greifen, es sei aber von Seite der Bundesbehörden und ihrer Vertreter noch

nichts geschehen. Ich verweise darauf, daß unsere Vertreter im Parlament bereits zweimal das Landwirtschaftsgesetz eingebracht haben, das nichts anderes beinhaltet, als der Bauernschaft eine wirkliche Kostendeckung für ihre Produkte zu geben und eine gewisse Planung zu ermöglichen. Beide Male ist dieses Landwirtschaftsgesetz im Parlamente von beiden Koalitionsparteien in einmütiger Form abgelehnt worden. (Beifall beim WdU.)

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Ich möchte mich mit einem Satze des Herrn Abg. Rösch zuerst beschäftigen, der festgestellt hat, es habe sich in der Behandlung der österreichischen Landwirtschaft in den letzten Jahren überhaupt nichts Grundlegendes geändert. Es wundert mich, daß er als agrarisch interessierter, aufgeschlossener Abgeordneter es versäumt hat, zur Kenntnis zu nehmen, daß diese österreichische Bauernschaft trotz Landflucht, trotz der Tatsache, daß sie nicht mit jenen Preisen arbeitet, die ihr zukommen, es erwirkt hat, daß wir zu 85 % uns selbst versorgen können. Die Einfuhr der Schlachtrinder und Schweine ist um 60 %, des Weizens um 32 %, des Zuckers um 24 %, von Mehl um 17 % im Jahre 1952 zurückgegangen. Durch die heurige Ernte ist Österreich auch in der Versorgung mit Zucker und Kartoffeln autark. Da von keiner Änderung der österreichischen Landwirtschaft zu sprechen, erscheint mir merkwürdig. In einem hat sich allerdings nichts Grundlegendes geändert, in der Relation der Preise zu den Industrieprodukten, der Löhne und landwirtschaftlichen Preise und ich möchte sehr bitten, auf Ihre Partei den nötigen Einfluß zu nehmen, damit sie mit uns an dieses wirklich dringende Problem herangeht, und das können Sie, weil Sie in dieser Hinsicht mehr Einfluß haben als wir.

Erschüttert haben mich die Ausführungen des Herrn Abg. Kalb, der festgestellt hat, daß den Bergbauern nicht zu helfen ist, er hat sie aufgegeben, obwohl wir der Meinung sind, daß gerade diesen Betrieben unsere größte Aufmerksamkeit gelten muß und diesen kleinbäuerlichen Betrieben trotz großer Schwierigkeiten zu Hilfe gekommen werden muß.

Auf die Initiative meiner Person ist erstmalig in diesem Budget eine Post aufgenommen worden, die die Technisierung des bäuerlichen Haushaltes beinhaltet. Auch dieser Antrag trägt nach verschiedenen Seiten dem Zug der Zeit Rechnung. Er bezieht sich auf die Entlastung des bäuerlichen Haushaltes von ständig wiederkehrenden Hausarbeiten, die beinahe 60 % der Bäuerinnenarbeit ausmachen, die viel Kraft und entschieden immer mehr Zeit erfordern und, meine Damen und Herren, die Zeit wird im Bauernhaus immer rarer und auch die Kräfte, da sie doch verzettelt werden müssen, während die Arbeit, beeinflusst von Boden, Klima und Wetter, mehr oder weniger dieselbe bleibt. Ja, sie verdichtet sich mehr und mehr, weil die

Landwirtschaft an der chronischen Krankheit der Landflucht leidet und weil immer weniger Leute die Neigung haben, sich der Landwirtschaft zu widmen. Zu dieser Ursache, der Landflucht, ist in den letzten Jahren eine Neuerscheinung hinzugetreten, nämlich die, daß die Landflucht auch auf den weiblichen Teil der bäuerlichen Bevölkerung übergreift, und zwar insofern, als der weibliche Teil der Bauernschaft die schwere Arbeit im bäuerlichen Haushalt sehr gern vergleicht mit jener, teils mehr, teils weniger vorgenommenen Modernisierung der Haushalte anderer Berufsstände. Jedenfalls wird kein moderner Bau ohne entsprechende Kanalisierung gebaut, Elektroherd, Kühlschrank, Wasserleitung. Diese selbstverständlichen Prädikate moderner Wohnungen regen das Bauernmädchen zu einem Vergleich an, wenn es sieht, wie ihre Mutter und viele Bäuerinnen wie früher ihre Wäsche noch mit der Hand schlagen und Wasser schleppen, nicht nur für den bäuerlichen Haushalt, sondern auch zur Versorgung des Stalles, wie sie auch die Kinder zu versorgen und zu kriegen haben. Deswegen haben wir es für notwendig gefunden, mit neuen Gedanken diesem Problem der Landflucht beizukommen, vor allem der Bauersfrau entgegenzukommen. Sie haben schon gehört, daß, gemessen an den anderen Berufsständen, die Bauersfrau keine freie Zeit hat, unter Umständen auch am Sonntag das Vieh zu füttern hat und sich auch die wenige Freizeit, die notgedrungen sich die anderen gönnen, versagen muß. Ich bin dankbar, daß der Finanzausschuß auf diese Anregungen meiner Fraktion eingegangen ist und einen namhaften Betrag für die Technisierung des bäuerlichen Haushaltes ins Budget aufgenommen hat. Er ist vor allem dazu bestimmt, die bestehenden Einrichtungen in dieser Hinsicht weiter auszubauen und den bäuerlichen Haushalt vor allem nach zwei Richtungen zu entlasten: Erstens einmal die Bauersfrau von der schweren Wascharbeit dadurch zu befreien, daß gemeinschaftliche Waschanlagen errichtet werden und daß die Hauswasserversorgung vorwärts getrieben wird. Es ist für uns selbstverständlich, daß wir in unseren Wohnungen Wasserleitungen haben, ohne daran zu denken, daß in vielen der bäuerlichen Betriebe der Ziehbrunnen das einzige Instrument zur Wassergewinnung darstellt.

Wenn Abg. Edlinger sich darüber beschwert hat, daß er nach einer Vorführung von Waschmaschinen sich sagen mußte, da kann ich nicht mit und die Feststellung gemacht hat, daß sich das niemand kaufen könne, daß Gemeinschaften, Genossenschaften errichtet werden müssen, so möchte ich ihn daran erinnern, daß im Lande Steiermark von der Kammer bisher 11 gemeinschaftliche Waschanlagen errichtet und subventioniert worden sind. Sie haben sich bestens bewährt. Einige davon sind auch mit Brausekabinen und mit Trockenräumen ausgestattet und in diesen Gemeinschaftswaschanlagen kann in einer Stunde ungefähr 10 kg Wäsche gewaschen und getrocknet werden. Die Unter-

suchungsergebnisse waren nach jeder Richtung, sowohl in materieller als auch in finanzieller Hinsicht, positiv. Ich kann Ihnen auch sagen, was eine solche Gemeinschaftswaschanlage kostet. Die Kosten können mit 40.000 bis 80.000 S pro Anlage angenommen werden. Das Waschhaus in Vordersdorf kostete zum Beispiel 90.000 S. Zuschuß wurde nur für die Maschinen gewährt. Und einige dieser Gemeinschaftsanlagen sind noch in Vorbereitung. Sehen Sie, Hohes Haus, es ist so gedacht, daß diese Gemeinschaftswaschanlagen sich einmal durch einen sinnvollen Plan über das ganze Land Steiermark erstrecken und den Dorfgemeinschaften kleineren oder größeren Umfanges die Möglichkeit zur Benützung geben und so den Frauen sehr viel Arbeit abnehmen und so Zeit ersparen.

In demselben Sinne wurden auch 33 Hauswasseranlagen von der Kammer errichtet mit einem Durchschnittskostenpunkt von ungefähr 12.000 S und hiezu wurden ungefähr 30.000 S Zuschuß gegeben. Sie sehen, daß auf diesem Gebiete schon einiges geschehen ist. Dabei sind auch schon die Ergebnisse ausgearbeitet worden, die dazu geführt haben, daß meine Fraktion mit einem positiven Antrag vor den Finanzausschuß getreten ist und dieser in Anerkennung der Umstände einen konkreten Betrag bereits dafür bereitgestellt hat.

Ich möchte zum Schluß noch einige Gedanken über die Maschinenhöfe als eines der umstrittensten Kapitel dieses Landtages vorbringen. Ich stehe auf dem Standpunkt — und Sie müssen mir Recht geben —, daß die Landwirtschaft bei allem Streben nach Technisierung in keinen Amerikanismus verfallen soll, weil die Verhältnisse in Österreich anders sind und daher auch der Technisierung gewisse Schranken gesetzt sind. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man hier auf diesem Gebiete vor Übertreibungen warnen und daß das Ganze plan- und sinnvoll vor sich gehen muß. Denn die erwiesenen Tatsachen belegen, daß durch den Einsatz von Maschinen der Ertrag der Kleinstflächen — und um die handelt es sich ja in erster Linie — vermindert wird, daß also die Produktion der Kleinstflächen und damit die Erzeugung von Qualitätsware eine Verminderung erfährt. Es darf also in diesem Falle nicht mit der Tür ins Haus gefallen werden, es muß vielmehr eine planvolle Überlegung angestellt werden, wie und auf welche Weise die einzelnen Anlagen sinnvoll eingesetzt werden und sich so für die Landwirtschaft am besten auswirken können.

Die Sozialistische Partei setzt sich für die kommunalen Maschinenhöfe ein, wie sie in Kärnten schon bestehen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir diese kommunalen Maschinenhöfe ablehnen, vor allem deshalb, weil wir ihre Rentabilität anzweifeln. Denn, Hohes Haus, wenn auch die schriftlichen Ergebnisse von einer Rentabilität dieser Maschinenhöfe sprechen, so sieht doch hinter den Kulissen so manche andere Zahl hervor, die uns an der

Glaubwürdigkeit dieser erhaltenen Berichte berechtigt zweifeln läßt. Dazu kommt unsere ideelle Auffassung. Wir sind der Meinung, daß wir gegen jede zwangsweise Anweisung oder Betreuung durch irgendeine Gemeindebehörde, auch wenn es die eigene Gemeinde ist, auftreten müssen. Wir sind gegen das zwangsweise Angewiesen-sein auf Entscheidungen innerhalb der Gemeinde, weil wir auf dem Standpunkte stehen, daß dadurch dem Mißbrauch Vorschub geleistet werden könnte. Wir haben in der Vergangenheit und auch in der jüngsten Gegenwart Beispiele genug, wie durch irgendeinen Einfluß, der zwangsweise ausgeübt wird, eine Störung der Dorfgemeinschaft entstand. Das soll aber vermieden werden und es soll das Verantwortungsbewußtsein und der Eigentumsbegriff entsprechend unserer Auffassung auch in dieser Hinsicht eine gewisse Stärkung erfahren. Gerade das Beispiel, daß viele Arbeiter sich nach des Tages Mühe und Plage ein Häuschen bauen und dann eine Freude haben an diesem Eigentum, ja selbst den Vorzug der Billigkeit einer anderen Wohnung hintansetzen, beweist, daß der Mensch am Eigentum hängt und daß er gleich ein ganz anderes Selbstbewußtsein fühlt, als dies bei einem kommunalen oder von einer anderen Behörde verwalteten Objekt der Fall ist. Diese wirtschaftliche und moralische Selbständigkeit unserer Bauernschaft zu erhalten, das ist der Sinn unserer Gegnerschaft gegenüber den kommunalen Maschinenhöfen. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Der Herr Abg. Edlinger hat mich in liebenswürdiger Weise der Aufgabe enthoben, die Erhöhungsanträge, die wir von der Volkspartei im Finanzausschuß gestellt haben, hier aufzuzählen. Er hat diese Aufgabe zu unserer besten Zufriedenheit vollzogen und ich muß mich dafür herzlich bei ihm bedanken. (Gelächter bei ÖVP.)

Der Herr Abg. Kalb vom VdU hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, von der Lebensunfähigkeit des Bergbauernturns gesprochen. (Abg. Kalb: „Das habe ich doch nicht behauptet!“) Wir haben es wenigstens so aufgefaßt, Herr Abg. Kalb. Vielleicht haben Sie daneben geredet, aber jedenfalls hätten Sie auch Gelegenheit gehabt, das hier richtigzustellen. Sie haben es aber nicht getan. Wir müssen daher annehmen, daß Sie wirklich an der Lebensfähigkeit unserer Bergbauern zweifeln. Wir haben im Laufe der letzten Tage und Wochen mehrfach von Plänen gehört von anderen Ländern im Norden, daß man den Kleinbauern dort abschreiben will und nur den Bauern — wie z. B. in Schweden —, der mindestens 10 ha Kulturfäche sein eigen nennt, noch als förderungswürdig anerkennt. Wir haben auch vor einigen Tagen im Informationsdienst der Landesbauernkammer gelesen, daß einige solche übereifrige Reformapostel auch in Westdeutschland ihre Propaganda machen. Ich muß dazu feststellen, bei uns im Lande Steiermark sind 80 % aller Bauern solche Kleinbauern, die unter diese

10-ha-Kulturf lächen-Grenze fallen. Es würde die größte innerpolitische Revolution im Leben unseres Volkes darstellen, wenn wir diese 80 % abschreiben wollten, wenn wir sagen wollten, daß Betriebe, die nicht mehr als 10 ha bewirtschaften, nicht mehr förderungswürdig und lebensfähig sind. Wen vorhin ein sozialistischer Kollege gemeint hat, man spreche nun schon seit Jahren von der Bergbauernhilfe, das gehöre schon zum guten Ton bei der Budget-Beratung, so möchte ich dazu sagen, daß gegenwärtig etwas im Werden ist, was über den engeren Raum der beschränkten Mittel, die uns für die Bergbauernhilfe zur Verfügung stehen, hinausgehend eine großzügigere Stützung und Förderung unserer Berg- und Kleinbauern darstellt. Das ist die Kinderbeihilfe für die Selbständigen in der Landwirtschaft, die voraussichtlich im nächsten Jahr verwirklicht werden soll und wodurch der Kleinbesitz, der angeblich nicht lebensfähig ist, mit seiner großen Kinderzahl und mit seinem relativ kleinen Beitrag infolge des geringen Einheitswertes der Hauptnutznießler sein wird. Ich stelle mir vor, daß eine solche Bergbauernfamilie mit 6 oder 8 oder noch mehr Kindern in ihrer wirtschaftlichen Existenz und Lebensfähigkeit erheblich gekräftigt wird, wenn sie jeden Monat 600 bis 800 S aus diesem Kinderbeihilfe-Fonds erhalten wird.

Aber etwas habe ich bis jetzt vermißt. Es ist eine Menge von Rezepten ausgegeben worden, wie man der Bauernschaft helfen könnte. Aber eines der wichtigsten fehlt, die grundlegende Hilfe für die Landwirtschaft ist nicht genannt worden, das ist in meinen Augen ein guter Fachunterricht. Ich kann sagen, wir sind im Lande Steiermark so glücklich, 7 ausgezeichnet geführte ganzjährige Landwirtschaftsschulen zu besitzen, noch dazu in verschiedenen Größenordnungen, so daß jeder Bauer seinem Sohne die Berufsausbildung angedeihen lassen kann, die seiner Betriebstypen und Größe entspricht. Wir haben 3 Grottenhof-Betriebe. Wetzelsdorf, ein Betrieb mit 100 Joch, ist in der NS-Zeit seines Grundes beraubt worden, eine Kaserne, ein Exerzierplatz wurden errichtet. Der Gebäudeüberhang war unmöglich, daher haben wir soviel Grund dazugekauft, um diese Gebäude auszunützen. In Würdigung dieser Tatsache ist ein Maschinen-Lehrhof errichtet worden. Es ist nicht nur von der Bauernschaft, sondern auch von einer großen Masse von Landarbeitern dieser Neuschöpfung großes Interesse entgegengebracht worden. Es ist nicht allein damit getan, daß man dem Bauer Maschinen in die Hand gibt oder die Möglichkeit, Maschinen zu erwerben, die moderne landwirtschaftliche Maschine ist ein anspruchsvolles Gerät und nur der, der sie richtig zu verwenden und zu schmieren weiß, wird sich einer langen Lebensdauer dieser Maschine zu erfreuen haben.

Grottenhof-Hardt, das ehemalige Lustschloß von Reininghaus, das wir vor 15 Jahren erworben haben, und Grottenhof-Hafendorf, der ehemalige Besitz des Staatssekretärs Kraft, bilden

zwei miteinander korrespondierende Betriebe. Jeder Grottenhofer Schüler ist ein Jahr im Oberland, in Hafendorf, und dann zwei Jahre in Grottenhof-Hardt bei Thal. Auf diese Weise ist es dem Schüler möglich, Einsicht zu bekommen in die Wirtschaftsweise des Mittellandes, aber auch in die Betriebsmethoden des rauhen Mürztals. Das ist nützlich und wichtig, denn ein Großteil der Schüler wird nach Absolvierung der Schule nicht die Möglichkeit haben, einen eigenen Bauernhof zu übernehmen, wird als Landwirtschaftsförderungsorgan, wird als Verwalter, Gutsadjunkt sich sein Brot verdienen müssen. Es ist daher gut, wenn er als junger Verwalter oder Förderungsbeamter Einblick hat in die verschiedenen Betriebssparten und Methoden unseres Landes.

Kirchberg am Walde in der Oststeiermark hat einen großen bäuerlichen Betrieb im Gegensatz zur Landwirtschaftsschule Hatzendorf, welcher der Betriebstypen des Raab- und Feistritztales entspricht, dann haben wir noch Grabnerhof und die Weinbauschule Silberberg. Man sieht also, daß wir an Typen keinen Mangel leiden und jeder junge Bauer die Möglichkeit hat, jenem Fachunterrichte zuzustreben, der für seinen künftigen Betrieb der geeignetste ist. Während im Schuljahr 1952/53 508 landwirtschaftliche Schüler diese 7 Schulen besuchten, sind es in diesem Winter 696 Schüler, die an diesen Schulen inskribiert sind, also eine Steigerung von 35 %. Was mich als praktischen Landwirt besonders interessiert, ist die Tatsache, daß die Zahl der Männer, die nicht aus der Landwirtschaft kommen, von Jahr zu Jahr größer wird. Im Laufe der letzten 2, 3 Jahre ist es mir mehrfach passiert, daß junge Leute zu mir gekommen sind, die in Beamtenfamilien aufgewachsen sind, die zu mir sagten: „Mein Vater ist Beamter, mir gefällt der Kanzleiberuf nicht, ist Aussicht bei der Landwirtschaft?“ Ich habe ihnen gesagt: „Wenn Du einen Beruf haben willst, wo man nicht allein nach dem geldlichen Erfolg sieht, wo auch Idealismus notwendig ist, wirst Du in der Landwirtschaft Deine Befriedigung finden.“ Ich bin stolz, daß einige dieser jungen Leute als Schüler Grottenhofs und Silberbergs eingeschrieben sind.

Weil es bei uns ja vielfach Betriebe kleinbäuerlicher Struktur gibt, wo der Bauer bangt und zittert, daß der Sohn 14 Jahre alt wird und dem Vater den Landarbeiter ersetzt, deshalb ist es einem großen Prozentsatz unserer Kleinbauernsöhne nicht möglich, sich eine abgeschlossene zweijährige landwirtschaftliche Schulbildung zu erwerben. Da ist die Landeskammer in anerkennenswerter Weise in die Bresche gesprungen und hat 1947 mit etwas begonnen, was damals wirklich nicht mehr als ein Experiment war, gelingt es oder ist es ein Fehlschlag, dieses Experiment heißt Kammerfachkurs. Die Kammer setzte sich zusammen, um den Punkt zu beraten, wie man den Bauernsöhnen und -töchtern, die nicht die Möglichkeit haben, einen abgeschlossenen landwirtschaftlichen Schulunterricht anzugehen, die modernen Erkenntnisse der

Landwirtschaftsforschung zuteil werden lassen kann. So hat man 1946/47 zum ersten Mal im kleinen Maßstab mit solchen Kursen begonnen. Ich darf Ihnen kurz erklären, wie ein solcher Kurs beschaffen ist. Es ist fast immer ein Winterkurs, beginnt im November und endet im Februar oder März. Es ist vorgesehen, daß jede Woche ein Tag Unterricht erteilt wird, weil man sagt, daß es in der Winterszeit dem Bauer möglich ist, seinen Sohn oder seine Tochter, seinen Landarbeiter wöchentlich für einen Tag freizugeben. An diesem Tage kommen da diese jungen Landarbeiter und jungen Bauern zusammen und hören die Quintessenz der landwirtschaftlichen Forschung von Berufsvertretern der landwirtschaftlichen Wissenschaft, was sie an theoretischem Wissen für ihren Beruf brauchen.

Ich muß sagen, dieser Versuch mit den Kammerfachkursen hat sich gut bewährt. Man kann den Erfolg einer Sache am besten beweisen mit der gesteigerten Ziffer der Veranstaltungen und der Teilnehmer. Während im Winter 1946/47 insgesamt 17 Kammerfachkurse durchgeführt wurden, und zwar für die weibliche Jugend mit 261 Teilnehmerinnen, waren im darauffolgenden Jahre die entsprechenden Ziffern 32 bzw. 400, im Jahre 1948/1949 kamen die Burschen hinzu, in diesem Jahr waren 15 neue Kurse für Männer mit 787 Teilnehmern und 31 Kammerfachkurse für Mädchen mit 294 Teilnehmerinnen, 1952/1953 erreichten wir eine Rekordzahl von 120 Kursen für Männer mit über 4000 Teilnehmern und 101 Kursen für Mädchen mit fast 1000 Teilnehmerinnen, insgesamt seit 1947 677 solcher Kurse mit über 16.000 Teilnehmern. In diesem Winterhalbjahr sind bisher 170 Kurse angelaufen mit zirka 4300 Teilnehmern. Ich glaube, nichts könnte den Erfolg dieser neuen Form landwirtschaftlicher Fortbildung besser erhärten, als diese ständig sprunghaft steigenden Ziffern der Kurse und der Teilnehmer.

Wir haben im landwirtschaftlichen Fortbildungswesen der Steiermark ein Institut, welches ganz zu Unrecht in der Budget-Debatte bisher immer totgeschwiegen beziehungsweise nicht erwähnt wurde, und das ist unsere landwirtschaftlich-chemische Versuchsstation in Graz. Es ist dies ein uraltes Institut, welches bereits seit vielen Jahrzehnten besteht und ich kann sagen, daß alle unsere Erfolge im Pflanzenbau, in der Melioration, in der Trockenlegung nasser Grundstücke einfach undenkbar gewesen wären, wenn in diesem Institut nicht tausende und abertausende von Bodenproben, Kunstdünger- und Futtermittel-Proben untersucht worden wären. Erst die gemeinsame Arbeit von Praxis und Chemie ergab den Erfolg. Und ich muß sagen, daß diese landwirtschaftlich-chemische Versuchsstation in Steiermark eine jener Einrichtungen unserer Heimat ist, von der wir bei unserer bekannten steirischen Bescheidenheit bisher zum Großteil selbst nichts gewußt haben. Als vor einigen Wochen ein illustrierter Besuch zu uns nach Steiermark kam, nämlich der sowjetrussische Agronom Njegorow Iwan

Stefanowitsch und sich überzeugen wollte, ob wir Westeuropäer wohl auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft schon einige Fortschritte gemacht hätten, als ihm dann die Landwirtschaftsschulen gezeigt wurden und als ihm unser Kammeramtsdirektor die Zahl der Kammerfachkurse mitteilte, als er endlich in der Burggasse oben unsere Versuchsanstalt sah, da kratzte sich der gute Iwan Stefanowitsch hinter dem Ohr und sagte, so etwas hätte er da gar nicht erwartet. Ich glaube, daß dieses Lob wirklich ein Lob ist, auf das wir stolz sein können. (Allgemeine Heiterkeit.)

Liebe Freunde, es ist früher auch die Krise des steirischen Obstbaues gestreift worden. Ich muß sagen, daß der steirische Obstbau sich in einem Kampf auf Leben und Tod befindet. Ich habe kürzlich ein nettes Büchlein gefunden aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg mit dem Titel „Steirische Wirtschaftsgeographie“, bestimmt für den Gebrauch an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten. Ich fand hier interessante Ziffern, die auch heute noch sehr aktuell sind. Es stand da zum Beispiel, daß das Raabtal die Perle der steirischen Landwirtschaft sei und als Beweis dafür und als Beweis für die große Bedeutung des Obstbaues im west- und oststeirischen Hügelland führte das Büchlein an, daß im Jahre 1907 auf dem Bahnhof Gleisdorf 530 Waggon Äpfel zum Transport verladen wurden. Diese Verladeziffer eines einzigen großen oststeirischen Bahnhofes zeigt allein, welche Lebensader damals der Obstbau für die Oststeiermark und die Hügelländer der Weststeiermark und des Unterlandes war. Heute exportieren wir nur mehr einen Bruchteil dieser Menge und es ist genugsam darüber debattiert worden, was die Ursache ist. Die San-José-Schildlaus hat gewiß zum Großteil dazu beigetragen, daß der Baumbestand dezimiert worden ist. Aber es ist noch etwas anderes daran schuld und darüber möchte ich als landwirtschaftlicher Praktiker offen sprechen. Es sind uns andere Länder in der Obstbauförderung zuvorgekommen. Es ist keine Schande, einzugestehen, daß man von einer Konkurrenz einmal überrundet wurde, aber das bedeutet noch nicht, daß man sich geschlagen gibt, sondern das gibt uns nur einen Hinweis, in welche Richtung unsere Förderungsarbeit bei diesem landwirtschaftlichen Betriebszweig sich bewegen soll. Die Schwäche des bäuerlichen Obstbaues besteht darin, daß wir erstens größtenteils Hochstammkulturen haben, das war notwendig, weil der Obstbau meistens nur als Nebenbetrieb auf Wiesen oder Ackerrändern betrieben wurde. Diese Hochstämme haben den Nachteil, daß sie sich erstens sehr schwer spritzen lassen und daß die Pflegearbeit ungleich schwieriger ist als bei niedrigen Baumtypen. Und wenn wir uns umschauen, überall, ob in Westdeutschland oder in Südtirol oder in Frankreich, überall bemerken wir das gleiche, nämlich den Übergang vom Hochstamm zum Halbstamm und Buschbaum. Es wird jeder Praktiker bestätigen können — auch der Herr Abg. Edlinger — daß der Buschbaum und Halbstamm auch qualitäts-

mäßig schönere und größere Früchte ergibt. Wir werden uns also beim Obstbau in Zukunft weniger auf eine Vermehrung der Zahl der Bäume als mehr auf eine Verbesserung der Qualität verlegen müssen.

Hoher Landtag! Der Herr Abg. Edlinger hat vorher aufgezählt, daß wir 5 Millionen Schilling beantragt haben für die Obstbauförderung, er hat nur vergessen zu sagen, daß sein Parteifreund Horvatek mit seinem unerbittlichen Rotstift alle die Hoffnungen einem unbarmherzigen Tod ausgesetzt hat. Ich bitte Herrn Abg. Edlinger, daß, wenn in seinem Klub einmal darüber gesprochen wird, er nicht nur schöne Worte finden möge für unsere Anträge, sondern daß er den Herrn Finanzreferenten ein bißchen bearbeiten möge, damit er in Zukunft unseren Erhöhungswünschen gegenüber nicht so schwerhörig ist. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

(2. Präsident **Operschall** hat den Vorsitz übernommen.)

Abg. **Stiboller**: Wenn ich mich zur Gruppe 7 zu Worte melde, so möchte ich besonders über den Titel „Besitzfestigung“ sprechen, in dem die fortschreitende Notlage der Bergbauernschaft besonders zum Ausdruck kommt. Meine Vorredner haben schon in längeren Ausführungen die Notlage der Bergbauern geschildert, ich will noch einige Ziffern dazu anführen. Bis zum 1. Juli 1953 haben bei der zuständigen Abteilung rund 200 Bauern um Beihilfen angesucht und aus Bundes- und Landesmitteln 1.840.000 S an Beihilfen erhalten. Seit dem 1. Juli 1953 sind fast 400 solcher Ansuchen eingebracht worden, also im letzten Halbjahr fast das Doppelte. Der Finanzausschuß hat zu dieser Post eine Erhöhung von 200.000 S beschlossen, welcher Betrag annähernd befriedigen wird, wenn auch der Bund seine Beiträge freigibt. Ich habe diesen Vergleich angeführt, um damit zu zeigen, wie sich die Notlage in der Bergbauernschaft insbesondere in der letzten Zeit gesteigert hat.

Zur Post 733 „Güterwegbauten“ ist zu sagen, daß es erfreulich ist, daß der Finanzausschuß 500.000 S Erhöhung beantragte und somit 2.800.000 S zur Verfügung stehen, wodurch mit zusätzlicher Hilfe des Bundes und Interessentenleistungen zirka 50 km Güterwege gebaut werden können. Es muß hiezu gesagt werden, daß noch rund 400 Ansuchen vorliegen, deren Ausführung unsere Pflicht wäre. Durch diese Güter- und Forstaufschließungswegbauten und durch die Besitzfestigungsmaßnahmen sowie durch die Mechanisierung wird es möglich sein, die Abwanderung vom Gebirge etwas zu verhindern. Es kann dadurch der Bevölkerung in den Städten und Industrieorten die Blutquelle erhalten bleiben.

Schließlich möchte ich als kleines Beispiel aus meiner Berggemeinde Edelschrott anführen, daß dort jährlich 60 Geburten ungefähr 20 Sterbefälle gegenüberstehen. Im Sinne der Volkserhaltung ist die Erhaltung der Bergbauern-

schaft besonders wichtig und ich ersuche daher, diesem Teil der Bevölkerung besonderes Augenmerk zu schenken. (Beifall.)

Abg. **Ebner Oswald**: Hoher Landtag! Im landwirtschaftlichen Beruf spielt die Tierzucht, die Tierhaltung die größte Rolle. Bei uns in Steiermark darf ich das deshalb feststellen, weil der Großteil unseres Landes Gebirgscharakter trägt und im Gebirge andere Produktionsmöglichkeiten, wenn schon nicht ganz so doch zum großen Teil ausgeschlossen erscheinen. Schon vor mehr als 3 Jahren hat der Steiermärkische Landtag in Erkenntnis dieser Tatsache, das die Tierhaltung eine große Rolle spielt, ein Landes-Tierzuchtförderungsgesetz beschlossen, damit einerseits der Landwirtschaft selbst durch ein Mehrertragnis aus der Tierhaltung die Lebensmöglichkeiten gesichert beziehungsweise verbessert und andererseits, damit der breiten Masse der Konsumenten durch verbesserte Produktion in der Tierzucht bessere Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt werden können. Voraussetzung für eine erfolgreiche und verbesserte Tierzucht ist aber, die Futtergrundlage herzustellen. Also ist nicht nur in breitem Maße, sondern in jedem Betrieb die Förderung des Pflanzenbaues von Bedeutung, und zwar so, wie ein altes Sprichwort sagt: Die Rasse geht durchs Maul. Was beim Maul nicht hineinkommt, kann beim Euter und in Form von Fleisch von den Tieren auch nicht erwartet werden. Dieses Sprichwort hat sich bis heute bewahrheitet und wird sich in alle Zukunft bewahrheiten.

Da ich als praktischer Bauer in unserem Lande durch meine öffentliche Tätigkeit ziemlich viel herumkomme, kann ich feststellen, daß gerade die futterbaulichen Maßnahmen da und dort noch sehr im Argen stehen. Wenn man sich vor Augen hält, daß kaum 40 % der landwirtschaftlichen Betriebe in der Steiermark über Düngerstätten verfügen und diese Düngerstätten die Grundlage für einen erfolgreichen Futterbau darstellen, können wir uns ein Bild machen, wie es auf diesem Sektor aussieht. Erfreulich ist, daß hier für die Pflanzenbauförderung erhebliche Posten aufscheinen, es muß aber festgestellt werden, ich muß es wieder sagen wie vor einem Jahr zu einem anderen Kapitel, es ist keine rechte Hilfe von dieser Post von 800.000 S, die durch Erhöhung auf 1½ Millionen gebracht wurde, zu erwarten. Hätten wir 15 Millionen Schilling zur Verfügung, so hätten 30 bis 40 % der vorhandenen Betriebe Düngerstätten errichten können. Hier ist die Voraussetzung für eine rentable Viehzucht.

Es wird Sie interessieren, für welche Zwecke die Tierzuchtförderungsmittel Verwendung finden. Ich will Ihnen hierzu kurz folgendes mitteilen und beginne beim edelsten Haustier, dem Pferd. Im Zuge der Mechanisierung, der Motorisierung der Landwirtschaft hat das Pferd allerdings wesentlich an Bedeutung eingebüßt, nichtsdestoweniger ist es in verschiedenen Betrieben, in Bergbetrieben, wo die Technisierung nicht möglich erscheint, noch äußerst notwen-

dig. Auf dem Gebiete der Pferdezuchtförderung wird sehr viel geleistet und kann mehr geleistet werden, weil die Anzahl der Pferde gering wurde. Im besonderen ist zu erwähnen, daß die in der Steiermark eingeführte Zuchtleistungsprüfung, der Zugwiderstand, aber auch unter dem Sattel in Schritt und Trab allerhand Ansehen nicht nur in Österreich, abgesehen von der Nachahmung in anderen Bundesländern, auch über die Grenzen hinaus gefunden hat. Es ist das eine steirische Erfindung und im besonderen eine Erfindung des Landesstallmeisters Dr. Werner.

Nun spielt wohl die Hauptrolle in der Tierhaltung das Rind, weil wir vom Rind den meisten Nutzen zu empfangen vermögen. Gezüchtet wird auf die Gesundheit, die Fruchtbarkeit, Langlebigkeit als Voraussetzung für die Rentabilität und das sind die Grundlagen, die zu den besten Leistungen vermögen. Beim Rind ist es nicht so wie beim Pferd, daß nur eine einseitige Leistung zu vollbringen vermag. Das Rind verfügt über eine dreifache Leistung. Als erste dürfen wir wohl die Milch nennen, welche als Volksnahrungsmittel unentbehrlich ist und uns bei der Gesamternährung ganz erklecklich hilft. Bei der Milchleistung wird getrachtet, nicht nur möglichst viel von einer Kuh zu erringen, sondern auch eine besonders fettreiche Milch. Die zweite Leistung ist das Fleisch. Hier gilt es, möglichst viel und beste Qualität zu erringen und zu züchten. Die dritte Leistung ist die Arbeitsleistung, welche beim Rind speziell beim Kleinbetrieb und Bergbetrieb nach wie vor eine besondere Rolle spielt, wenn es auch in der Zeit der Technisierung und Mechanisierung so aussehen mag, als sei eine tierische Zugkraft bereits überflüssig. Ich bin davon überzeugt, daß es sich in den nächsten Jahren zeigen wird, daß die tierische Zugkraft unmöglich zu entbehren ist.

Nur um die Verbesserung in der Rinderzucht zu forcieren, sind in Steiermark 92 Viehzuchtgenossenschaften tätig, welche in 7 Viehzuchtverbänden, gegliedert nach Rasse und Gebieten, vereinigt sind und diese 7 Viehzuchtverbände des Landes haben im Rinderzuchtverband des Landes eine Dachorganisation gefunden, so daß die grundsätzlichen Fragen, welche für alle bis zu einem gewissen Grade dieselben sind, hier in der Dachorganisation behandelt werden können und die Förderung der Viehzucht dadurch auf einen einheitlichen Nenner gebracht ist. Die Leistungen, welche bereits zu verzeichnen sind, sind nicht die schlechtesten, weil wir eben bereits in der Lage sind, nicht nur hochwertiges Zuchtmaterial zu exportieren, sondern auch Nutzvieh, welches sowohl von den Nachbarn in Italien als auch von den westdeutschen Brüdern gerne gekauft wird. Es wäre noch zu erwähnen, daß nicht nur die Viehzuchtgenossenschaften, sondern auch die Gemeinden durch Aufstellung der notwendigen Vatiertiere ihre Beiträge leisten. In neuerer Zeit hat auch die Landesregierung durch die künstliche Besamungsaktion sehr viel geleistet. Es wurden im heurigen Jahr bis

Ende November 35.700 Erstbesamungen bei Rindern durchgeführt. Das ist eine Anzahl, welche sich sehen lassen kann. Wenn man dem gegenüber hält, daß im besonderen die Stadtgemeinde Graz, wo die Stierhaltung mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist als am Lande draußen, von dieser künstlichen Besamung sehr viel profitiert und andererseits auch die früher sehr verbreiteten und die Tierzucht hemmenden Deckseuchen sehr zurückgegangen sind, so ersieht man daraus, wie wichtig diese künstliche Besamung für die Tierzucht ist.

Erwähnt werden müssen bei der Viehzucht auch die edlen Schweine. Auch die Schweine sind mit einbezogen in das Tierzuchtförderungsgesetz und besteht auch eine Körungspflicht für Eber. Es war eine schwierige Arbeit, als vor zwei Jahren mit der Eber-Körung begonnen wurde. Es fehlten uns voriges Jahr in Steiermark noch rund 1200 Eber. Auf Grund der Tätigkeit der Tierzuchtförderung der Landeskammer und der einzelnen Tierzuchtleiter draußen in den ländlichen Gebieten war es möglich, diese Zahl von 1200 bis Ende November auf 450 herabzudrücken. Und es wird Aufgabe der einzelnen Gemeinden draußen sein, daß sie sich dafür interessieren, die Schweinezucht in ihrem Gebiete zu verbessern. Sie sind ja schließlich auch durch das Gesetz dazu verpflichtet. Nach den Grundsätzen: Gesundheit, Fruchtbarkeit, Langlebigkeit und besonders um eine gute Fleischqualität heranzuzüchten, ist zu diesem Zweck im heurigen Jahr eine Mastversuchsanstalt errichtet worden im Tiberhof in Gleisdorf. In dieser Versuchsanstalt wird von den einzelnen Linien einerseits die Futterverwertung und andererseits die Fleischqualität genau festgestellt.

Auch in der Schafzucht sind Verbesserungen zu verzeichnen. Ich darf die Schafzucht nur deshalb erwähnen, weil sie für einen Großteil unserer Bergbauern, die Almen besitzen, die von Rindern nicht mehr zu beweiden sind infolge ihrer Steilheit und Felsigkeit, einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung seiner Existenz bildet. Es wurden auch zur Wollverbesserung aus der Schweiz Widder eingeführt. An dieser Stelle muß ich bemerken, daß leider die öffentlichen Stellen, wenn sie größere Quantitäten an Textilwaren brauchen, es bis heute nicht für notwendig befunden haben, von den Textilfabriken zu verlangen, daß bei diesen Textilien auch österreichische Schafwolle mit verarbeitet wird. Ich möchte daher besonders einen Appell an die Fraktion der Sozialistischen Partei richten, sie möge hier Gelegenheit nehmen, über ihr Mitglied, den Herrn Verkehrsminister, in diesem Sinne zu wirken und damit den Bergbauern einen wesentlichen Dienst zu erweisen.

Die gesamte heutige Debatte über die Landwirtschaft erfüllt mich mit Zuversicht, denn es wurde, solange ich die Ehre habe, diesem Hohen Hause anzugehören, noch nie in einem Vorschlag den landwirtschaftlichen Bedürfnissen so wohlwollend gegenübergetreten wie diesmal. Ich will hoffen, daß dies Ihr tiefer Ernst ist und daß es nicht so ist, wie man in verschiedenen anderen

Dingen draußen am Lande feststellen muß. Aber darauf komme ich später noch zurück.

Nun, die Schafzucht spielt eine wesentliche Rolle, aber auch die Ziegenzucht spielt eine Rolle und wird gefördert, indem man von milchreichen Ziegen die Jungböcke zur Zucht zur Verfügung stellt. Ziegenhalter sind in erster Linie Arbeiterfrauen, auch Eisenbahner — die Ziege heißt nicht umsonst Eisenbahnerkuh — und stellt die Ziege das Milchvieh dieser Leute dar. Auch hier wird geholfen unter der Voraussetzung, daß die Leute selbst es wollen und die zuständige Gemeinde das nötige Verständnis dafür aufbringt.

Nicht unerwähnt darf ich lassen, daß auch die Hühnerhaltung eine wesentliche Einnahmequelle für die Landwirtschaft darstellt und andererseits aber auch sehr devisensparend wirken kann. Denn die vielen Millionen Eier, die wir hier in Österreich einführen müssen, um den Bedarf decken zu können, geben uns die Veranlassung, der Hühnerhaltung Auftrieb zu verleihen, um die Eigenversorgung in einem größeren Ausmaße durchzuführen. Die Tierzucht Abteilung der Landeskammer ist hier sehr bemüht und hat im heurigen Jahr 180.000 Eintagsküken, die von besten Legehühnern stammen, zum Versand gebracht und hat junge Hennen ebenfalls an die verschiedenen Betriebe hinausgegeben. Hier hat, das möchte ich besonders erwähnen, die Organisation des Bundes der Landjugend besonders mitgewirkt, die Hühnerhaltung zu heben und zu fördern. Aber nicht unerwähnt darf dabei unser kleinstes Haustier bleiben, das ist die Biene. Sie ist das fleißigste Haustier und wäre wohl oft auch als Beispiel für uns Menschen anzusehen. Es ist daher sehr erfreulich, daß heuer erstmalig ein Beitrag für Bienenzucht im Budget aufscheint und ich darf dem Herrn Finanzreferenten hiefür besonderen Dank sagen und will dabei erwähnen, daß durch die Vermehrung der Bienenzucht auch gleichzeitig eine Verbesserung des Obstbaues herbeigeführt wird.

Alles recht schön und gut! Diese gesamte Förderung, soweit sie in dem Rahmen der vorhandenen Mittel möglich ist, würde auch bald zu einem Erfolge führen, wären nicht die verschiedenen Hemmnisse und Krankheiten. Die TBC-Bekämpfung als solche, die vor einigen Jahren begonnen hat, muß selbstverständlich weiter geführt werden, ansonsten werden wir einen Tages nicht mehr imstande sein, unseren bäuerlichen Berufsstand zu erhalten einerseits und andererseits Tiere ins Ausland zu exportieren. Und schließlich ist auch unser inländischer Konsument daran interessiert, daß er ein gesundes Fleisch zur Verfügung hat. Andere Seuchen habe ich bereits erwähnt. Sie können durch verschiedene Maßnahmen bekämpft werden. Wir haben auch eine Einrichtung in der Steiermark, und zwar die Tierseuchenkasse, welche die Finanzierung der verschiedenen Arten von Tierseuchenbekämpfung übernimmt. Es ist zu erwähnen, daß in diesem Voranschlag

auch ein Betrag hiefür aufgenommen werden mußte. Damit nicht in einigen Köpfen die Meinung auftaucht, die ganze Tierhaltung lasse sich unterstützen mit öffentlichen Mitteln, mache selbst aber nichts, möchte ich ausdrücklich feststellen, daß dem nicht so ist. Sondern den Löwenanteil, ich möchte sagen 98 %, müssen schon die Tierhalter selbst aufbringen und die öffentlichen Mittel werden vielleicht die restlichen 2 % ausmachen. Ich möchte auch erwähnen, daß zu dem im heurigen Jahr von uns beschlossenen Landesbezirkstierärztegesetz noch die Durchführungsverordnung bzw. eine Dienstinstruktion ausständig sind. Erst dann wird es möglich sein, daß man bei Bekämpfung der verschiedenen Tierseuchen die Herren Landesbezirkstierärzte auch heranziehen kann, weil sie eben auf Grund des erwähnten Gesetzes irgendwelche Vorteile davon haben.

Ich möchte nun noch ein paar Worte zu den viel umstrittenen Maschinenhöfen verlieren. Herr Kollege Rösch hat als Sprecher der Sozialistischen Partei über die Maschinenhöfe gesprochen und ich muß sagen, daß ich recht froh darüber bin, daß er mein Vorredner war, so daß ich gleich meine Meinung dazu abgeben kann. Für die Maschinenhöfe ist im Budget ein Betrag von rund 100.000 S vorgesehen. Er soll dazu dienen, um den einzelnen Gemeinden, glaube ich, Beihilfen für die Aufrichtung eines Maschinenhofes zu gewähren. Die Engrosfinanzierung eines solchen Maschinenhofes müssen die Gemeinden selbst aufbringen; weil dem so ist, daß in verschiedenen ländlichen Gemeinden die Grundsteuer die Haupteinnahme für die Gemeinde darstellt, müssen selbstverständlich dort sämtliche Grundbesitzer zu dieser Finanzierung der Maschinenhöfe Beiträge leisten. Darunter auch in Berggemeinden jene entlegenen Bergbauern und Hubenbauern, welchen es infolge der schlechten Wegverhältnisse unmöglich ist, daß sie irgendwelche Maschinen von diesen Höfen benützen können. Heute ist der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß man diese Bergbauern scheinbar abschreiben müßte, es sei ihnen nicht zu helfen. Gerade der Bergbauer ist mit Rücksicht auf den Landarbeitermangel gezwungen, die Technisierung aus eigenem durchzuführen, soweit als überhaupt möglich. Selbst wenn ein Weg zu dem einen oder dem anderen Bergbauern hinführt, auf dem man mit der Maschine fahren kann, würden die Maschinen auf den Steilhängen nicht angewendet werden können. Eine Seilwinde ist kein Gerät für einen Maschinenhof, weiters wäre auch dem Bergbauern die Bedienungsmannschaft zu teuer und eine Rentabilität könnte nicht gefunden werden. Er ist weit günstiger dran, wenn er sich diese Seilwinde selbst kaufen kann und so, wie bisher, ihm die Kammer zum Ankauf eine Beihilfe gibt. Daß das Interesse seitens der Bergbauernschaft vorhanden ist, bestätigen Ihnen folgende Ziffern: Es wurden im vergangenen Jahr mit den Mitteln, welche hier im Budget aufscheinen, von der Landwirtschaftskammer rund 400 Maschinen bzw. Anlagen, Güllepumpen mit 12.000 bis

13.000 m Rohren, Seilwinden mit 4000 m Seilen, Hauswasserversorgungsanlagen, Waschmaschinen gehören hiezu, rund 400 Maschinen mit Zuschüssen beteiligt. Für weitere über 200 Maschinen liegen Ansuchen in der Kammer, nachdem die Mittel nicht weiter gereicht haben. Wenn man weiß, daß nur ausschließlich die Bergbauern solche Zuschüsse erhalten haben, bin ich der Meinung, daß durch die Errichtung der Maschinenhöfe den Bergbauern ein Schaden zugefügt wird, welcher nicht zu verantworten und nicht gerecht ist. Ich bin nicht darauf eingestellt, Großbetriebe im besonderen zu verteidigen, soweit sie nur Landwirtschaft besitzen ja, sie finden ihre Rentabilität nicht, wenn sie nicht Forste besitzen. Ich finde es als Ungerechtigkeit, daß diese großen Betriebe durch ihre hohen Grundsteuern zum Ankauf dieser Maschinen für die Maschinenhöfe mit beitragen müssen und noch größer ist die Ungerechtigkeit den Bergbauern gegenüber, die nicht die Möglichkeit haben, die Maschinen eines solchen Maschinenhofes auszunützen. Ich bin der Meinung, daß all jene, die die Möglichkeit haben, solche Maschinen zu verwenden, sich in den bekannten Gemeinschaften zusammenschließen sollen. Die Leute werden viel mehr Freude daran haben, wenn sie diese Maschinen als ihr Eigentum bezeichnen können, auch wenn sie Geld in Form eines billigen Kredites aufnehmen müssen. Gerechtfertigt bleibt die Sache auf dieser Basis. Ich möchte im besonderen an die sozialistische Fraktion den Appell richten, ihren diesbezüglichen Standpunkt, den sie im Finanzausschuß vertreten hat, im Interesse der Erhaltung unseres Bergbauerntums zu ändern.

Kollege Hegenbarth hat bereits festgestellt, daß das warmfühlende Herz für die Landwirtschaft nicht auf der linken Seite gelegen ist, es sind wohl Ansätze im gleichen Ausmaße wie im Vorjahre zu verzeichnen, aber irgendwelche Erhöhungsanträge, die sind doch von der rechten Seite gekommen, von den wirklich es ehrlich meinenden Bauernvertretern. Bei den anderen muß man deshalb zweifeln, weil verschiedene Parteikollegen draußen in den einzelnen Gemeinden, in den Stadtgemeinden Kapfenberg, Bruck, Leoben und Mürzzuschlag es nicht der Mühe wert gefunden haben, im Interesse der Bergbauern in ihrem Gemeindegebiet an das Finanzministerium das Ansuchen zu richten, daß diese bäuerlichen Gebiete als Bergbauerngebiete deklariert werden auf Grund des Finanzgesetzes 1954. Was ist mit dem Gößgraben? Mit den Betrieben bis 1600 m Höhe? In der Stadt Leoben ist meines Wissens kein Landwirtschaftsbetrieb, es ist alles verbaut. Wenn man die Stadt Leoben als Bergstadt bezeichnet, so kommt damit zum Ausdruck, daß sie zwischen den Bergen drinnensteckt, nachdem aber alles verbaut ist, gibt es nichts anderes als Bergbauern. Ich möchte sehr appellieren, daß sich die Herren Bürgermeister bzw. die Gemeindevertreter dieser Gebiete Leoben, Bruck, Kapfenberg und Mürzzuschlag annehmen. (Zwischenruf: „Teilgebiete kann man nicht erklären, nur

ganze Gemeinden.“) Kann man ohne weiteres, wenn es sich wie in Leoben um eine Bergstadt handelt. Es sind wenige 100 Schilling, was sie mehr an Steuern zahlt, man braucht das nicht so genau zu nehmen. Das Gemeindegebiet von Leoben hat durch die Vergrößerung von Donawitz und Göß fast 300 landwirtschaftliche Betriebe, da zahlt sich schon aus. Es mutet heute die Einstellung der sozialistischen Fraktion zu den landwirtschaftlichen Problemen komisch an, wenn man weiß, daß dort dagegen gearbeitet wird. Man könnte zur Vermutung kommen, hier hat man den Wolf im Schafspelz vor sich.

Wenn der Herr Kollege Brandl sich bemüht hat, der bäuerlichen Seite zu empfehlen, daß waldbauliche Verbesserungen durchgeführt werden, steht es ihm frei, sich an die Forstabteilung der Kammer zu wenden, er wird dann zu einer anderen Meinung kommen. Wenn er weiters glaubt, daß die Landarbeiter bei der ÖVP nicht als richtige Menschen gewertet werden, so muß ich der Meinung Ausdruck verleihen, daß der Kollege Brandl einige Jahre, vielleicht Jahrzehnte geschlafen hat und er möge zur Kenntnis nehmen, daß es gerade die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber waren, die im vergangenen Jahr 2254 Wohnungen für ihre Arbeitnehmer verbessert haben. Ich glaube, das allein bezeugt schon, daß das Herz auch für die Arbeitnehmer offen ist. Ich muß aber gegenteilig feststellen, daß gerade der Herr Abgeordnete Taurer es war, der den Antrag gestellt hat, daß die Post „Eigenheimbauten für Landarbeiter“ um die Hälfte reduziert, also von 400.000 S auf 200.000 S herabgesetzt wird. Im Finanzausschuß wurde dieser Antrag gestellt. Warum? Wahrscheinlich aus Liebe zu den Land- und Forstarbeitern, etwas anderes könnte ich mir nicht vorstellen. (Abg. Taurer: „Da haben aber Sie geschlafen!“) Ich habe nicht geschlafen. (Abg. Taurer: „Dann müssen Sie auch die Begründung gehört haben.“) Der Antrag ist gestellt worden und die Begründung habe ich auch gehört, aber die war nicht stichhältig, denn man kann sich nicht in eine Organisation einmengen, wozu man gar nicht das Recht hat. Da sind ganz andere Stellen dafür zuständig.

Abschließend darf ich feststellen, wenn man die Bergbauern in der Steiermark retten will, so sind weitere finanzielle Beihilfen in Zukunft unbedingt notwendig. Die Notwendigkeit der fachlichen Ausbildung, welche ich an die erste Stelle stellen muß, hat Kollege Hegenbarth bereits unterstrichen. Als zweitnotwendig möchte ich herausstellen die Erschließung der einzelnen Bergbauernhöfe durch entsprechende Wege. Dies wird allerdings einen ziemlich hohen Betrag beanspruchen. So werden die Ansätze, welche wir heuer im Finanzausschuß beschlossen haben, in Zukunft nicht hinreichen, um zeitgerecht vorzusorgen, damit nicht der Großteil der Bergbauern schon früher von der Leitung herunter muß. An dritte Stelle setze ich die Pflanzenbauförderung, an die vierte Stelle die Tierzuchtförderung und an die fünfte, aber

nicht letzte Stelle die Technisierung. Die Technisierungsmaßnahmen sind zwingend notwendig, wie überhaupt diese fünf Punkte außerordentlich wichtig sind. Ich könnte noch fünfzehn bis zwanzig weitere Punkte bringen, das wäre nicht schwer, aber ich will den Hohen Landtag nicht so lange aufhalten. Die Technisierung ist vordringlich und wer gegen die Technisierung der Bergbauernhöfe ist, der ist für den Ruin derselben. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Rösch hat sich so klar und grundlegend mit dem Problem der Landwirtschaft auseinandergesetzt; daß keiner Ihrer Redner, der dazu Stellung nehmen wollte, überhaupt heran konnte. Es ist lediglich dabei geblieben, die Maschinenhöfe zu kritisieren, auch der Bauernphilosoph Hegenbarth hat sich nicht weiter darauf eingelassen, sondern ist dem ausgewichen und hat sich einen anderen Blitzableiter gesucht. Und diese Maschinenhöfe, die der Herr Abg. Ebner I bekämpft hat, hat er andererseits bei der Technisierung wieder verlangt. Es ist doch notwendig, daß man einmal etwas über die Art, wie sich die ÖVP die Verwaltung der Maschinenhöfe und deren Handhabung vorstellt, sagt.

Anläßlich einer Versammlung in irgend einem Bauerngasthaus kam ein Landwirt zu mir und fragte: „Ihr habt doch in Kärnten solche Maschinenhöfe aufgezogen, wie handhabt Ihr diese?“ Ich habe den Kollegen — es war ein junger fortschrittlicher Landwirt — aufgeklärt, da hat er mit dem Kopf gewackelt und ich habe ihn gefragt, was ihm denn da nicht paßt. Daraufhin erzählte er, daß er vor 14 Tagen als Schriftführer der dortigen Maschinengenossenschaft abgesetzt worden sei, nur deshalb, weil er eine Maschine, die gerade frei stand, einem kleinen Bauern geborgt habe, der sie notwendig gebraucht hat und der genau so unter dem Arbeitermangel leidet, wie jeder andere. (Zwischenruf Landeshauptmann Krainer.) Herr Landeshauptmann, Sie glauben wohl, daß ich plausche, aber wenn Sie wollen, könnte ich mit Ihnen hinfahren, damit Sie sich selbst überzeugen, daß das wahr ist. Ich nenne diesen Namen deshalb nicht, weil mich die Erfahrung gelehrt hat, daß dann ein paar Parteifunktionäre hinfahren und über diesen Einzelnen zu Gericht sitzen, wie das schon einmal der Fall war. Soviel wollte ich zu den Maschinenhöfen sagen.

Es wird auch in dem Kapitel über die Seßhaftmachung der Landarbeiter gesprochen, und zwar sehr viel. Ich habe da einen Akt bei mir, wonach ein Landarbeiter, der vorübergehend in Graz gewohnt und hier eine Bettstelle gehabt hat, der eine Frau und zwei Kinder hat und der nun in Hausmannstätten einen Grund mit 5000 m² erworben hat und der dort mit seiner Frau im Sommer bei den Bauern als Landarbeiter arbeitet, sich nun dort ein Hüttchen bauen will als Nothütte, damit er überhaupt

einmal anfangen kann, zu bauen, als Eigenheimsiedler, als Landarbeiter, der sich seßhaft machen will. Aber so einfach geht das nicht. Da wird einmal der Gemeinderat alarmiert, der dagegen ist, weil man einen Fremden nicht ansässig werden lassen will. Weiter wendet man sich an die Grundverkehrskommission, an die Bezirkshauptmannschaft und die findet plötzlich, daß dort überhaupt nicht gebaut werden darf. Man läßt allzusehr die Paragraphen sprechen und weniger das Herz und den Verstand, obwohl der Herr Generalredner der ÖVP gestern so sehr an das Herz appelliert hat. Und als zweites blieb dann die Berufung dieses Mannes an den Herrn Landeshauptmann, den wärmsten aller Bauernfreunde, ebenso erfolglos. So schaut es also in Wirklichkeit mit der Seßhaftmachung aus, daß der Mann schließlich zurück gehen soll in die Stadt, wo er nur eine Bettstelle gehabt hat, also eigentlich das Gegenteil von dem, was man immer verlangt. Man hat ihm auch einen Grundtausch angeboten, der hat aber so aus- geschaut, daß man ihm für 5000 m² guten Grund 1000 m² Sumpfland angeboten hat. Die Aufschließungsarbeiten — hat man ihm gesagt — die werden dann später gemacht werden, oder auch nicht. Kurz und gut, das zeigt, wie die Praxis aussieht. Reden tut man schön und viel, aber handeln tut man in der Praxis anders. So schaut die Seßhaftmachung aus, wie Sie sie sich vorstellen, daß man jemandem, der noch kein Besitzer ist, der nur einen Streifen Grund erworben hat, daß man nun diesen Grund gegen einen schlechteren umtauschen will. Ich weiß, es gibt Gesetze, die das irgendwie verhindern sollen, daß man Kulturland nicht als Baufläche anerkennt, aber man muß doch, wenn man der Landflucht entgegenzutreten will, mehr mit dem Herzen arbeiten und nicht nur mit den Paragraphen.

Im übrigen möchte ich den Kollegen von der ÖVP folgendes sagen: Die Frage der Landflucht und der Entwurzelung des Bauern ist ja viel älter. Schon Peter Rosegger, unser Heimatdichter, hat in seinem Buch „Jakob, der Letzte“ wertvolle Anregungen hierfür gegeben. Da braucht man gar nicht so demagogisch wie der Herr Kollege Ebner hier aufzutreten. Bitte, lesen Sie es. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Wallner: Hohes Haus! Es ist das gute Recht des Landtages, über Mittel, die er beschließen läßt und über ihre Verwendung Rechenschaft zu verlangen. Wen heute über die Art der Verwendung der Mittel der Landwirtschaftsförderung gesprochen und mancher Rat- schlag erteilt wurde, muß festgestellt werden, daß die Aufwendung der Mittel für die Landwirtschaftsförderung des letzten Jahres zweck- mäßig war und größten Erfolg gezeitigt hat. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir noch bis Juli 1952 fleischlose Tage in Österreich hatten und es ist den wenigsten mehr bekannt, in welcher verhältnismäßig kurzer Zeit durch eine über- große Arbeitsleistung der österreichischen Bau- ernschaft diese beseitigt werden konnten. Wir

haben heute bereits genügend Nahrungsmittel in den einzelnen Sparten zur Verfügung. Noch im Jahre 1948 hatten wir erst eine Marktleistung von 650.000 t Milch in Österreich gehabt, in diesem Jahre ist sie schon auf 1.200.000 t angestiegen, fast um 100 %. Der Getreidebau 1948 hat uns nur mit ungefähr 230.000 t versorgen können, jetzt ist die Getreidelieferung auf 400.000 t angestiegen, bis Juli 1952 sind wesentliche Mengen an Fleisch und Vieh aus dem Ausland importiert worden, seit 1. Juli 1952 brauchen wir kein Stück Vieh mehr zu importieren, sondern wir haben im Gegenteil im heurigen Jahr viele 1000 Stück Vieh exportieren, und bei dieser Entwicklung den heimischen Markt ausreichend versorgen können. In dieser Tatsache liegt nicht nur die richtige und zweckmäßige Verwendung der Mittel begründet, durch diese Tatsache wird auch eine enorme Arbeitsleistung der österreichischen Bauern zum Ausdruck gebracht.

Daß aber trotz dieser Entwicklung in der Landwirtschaft die Einnahmengestaltung keineswegs mit dieser Erzeugungssteigerung Schritt gehalten hat, kommt sinnfällig darin zum Ausdruck, daß wir heute — nicht nach unseren Feststellungen, sondern nach den Feststellungen des Statistischen Zentralamtes in Wien — bei 22% Anteil an Berufstätigen nur 15 % Anteil am österreichischen Volkseinkommen haben. Die Ursache liegt eben in der Entwicklung, liegt darin, daß die österreichische Landwirtschaft in ihrer Produktivität und Erzeugungssteigerung nicht jenen Weg beschreiten kann, der heute draußen in der Welt beschritten wird, wo es große Farmen, Flächengebiete gibt, wo in der Landwirtschaft im Verhältnis zur Produktion soviel Menschen verwendet werden, wie heute in der Industrie. Wir sind nun einmal nicht in der Lage und damit will ich auch mit den Maschinenhöfen abrechnen, in unseren Berg- und Hügellagen des steirischen und überhaupt des Alpenlandes Gebiete in erster Linie mit Maschinen und Traktoren und Spezialwerkzeugen zu bearbeiten, die zwar auf Sand- und Schotterboden, auf dem man einen Tag nach starkem Regenfall mit der Maschine schon wieder arbeiten kann, wohl verwendet werden können, nicht aber bei uns in den Alpentälern mit dem lehmigen Boden, wo man tagelang zuwarten muß, um nicht enorme Druckschäden auf den Äckern zu haben, die den Jahresertrag herabmindern.

Ich weiß, daß die Verbesserung der Einkommensverhältnisse nicht erreicht und zum Teil auch die Landflucht nicht dadurch behoben werden kann, daß wir in einer fortschreitenden Agrarpreissteigerung unsere Zuflucht suchen. Ich weiß, daß nicht nur auf Seite des Konsumenten Grenzen gesetzt sind, ich weiß, daß wir mehr und mehr unter dem Einfluß der Agrarwirtschaft Europas und der ganzen Welt stehen und hier keine Insel der Seligen bilden können. Ich weiß aber auch, daß wir in der Produktivität und Steigerung der Qualität unserer Erzeugnisse noch einen weiten Weg gehen müs-

sen und dieser Weg auch nicht der gleiche sein kann wie dort, wo ganz andere Voraussetzungen die Grundlage bilden, wie bei uns. Ich bin der Meinung, daß wir bei Steigerung der Produktivität, das ist nur vulgär gesagt, bei Einsatz geringerer Mittel eine höhere oder gleiche Leistung zu erbringen haben. Um das zu können, brauchen wir zuerst einmal — und darüber ist schon gesprochen worden — die Bildung und Aufklärung durch Betriebsberatung und Schulung.

Es ist Tatsache, daß überraschend schnell für die Landwirtschaft eine Zeit gekommen ist, auf die sie ausbildungsmäßig keineswegs vorbereitet war. In der Landwirtschaft ist es nicht so wie in der Industrie, wo in zwei, drei großen staatlichen Werken neue Ingenieure eingesetzt werden, die nach neuen Vorschlägen und neuen Methoden arbeiten, wo die neuen Betriebseinrichtungen, die den Produktionskosten zugeschlagen werden dürfen, da sind. In der Landwirtschaft ist es nicht so, wie in den fünf Papierfabriken des Landes, wo, wenn die Forschung neue Erkenntnisse bringt, eben neue Maschinen eingestellt werden und der ganze Betrieb in einigen Monaten umgestellt wird. Wir haben es mit 79.000 steirischen Bauern zu tun und da kann es niemand einfallen, zu glauben, daß das überholt wäre, daß wir Wege gehen sollten, wie sie vom Osten gelehrt werden, wo die Angehörigen der oberen Sowjets erklärt haben: Sie waren einmal 58 Bauern im Dorf und sind heute eine Kolchose mit 2100 ha!

Wir haben auch Erzeugungsziffern je Flächeneinheit und Leistungsziffern je Kuh und ich stelle fest, daß wir in den kleinbäuerlichen Betrieben weit über diese Leistung hinaus sind. Wir stehen vor einer Struktur unseres Bauernstandes, die gegeben ist, wir wollen trachten, in der Zukunft durch ein richtiges Grundverkehrsgesetz eine weitere Zersplitterung zu verhindern. Durch Erbteilung in Bauernhöfen greift, weil kein Kapital da ist, jeder Erbe auf Grund und Boden und führt dadurch eine weitere Zersplitterung herbei. Das müssen wir verhindern, durch Zusammenlegung trachten, die Voraussetzungen für eine Mechanisierung zu verbessern. Aber dieser Weg ist schwer und langsam. Wir machen ja Fortschritte, jedoch nur langsam bei dieser Struktur der Landwirtschaft, die dadurch gekennzeichnet ist, daß 46 % der 79.000 steirischen Bauernbetriebe nur bis 5 ha Grundfläche besitzen. Allen diesen Menschen sind Neubelastungen auferlegt worden, an deren guter Auswirkung sie keinen Anteil haben, indirekte Belastungen, die gegeben sind durch die sozialen Maßnahmen, die heute allen Berufsständen zukommen und den Bauern mit jedem Produkt, das er kaufen muß, belasten. Während die Agrarpreise, die Gesamteinnahmen für das Bauernhaus, einen Index von 650 bis 660 zu 1938 aufweisen, liegt der gesamte Betriebsaufwand des Bauernhauses nach den Ergebnissen des Statistischen Zentralamtes bei 780. Es ist also die Belastung auf allen Gebieten viel größer geworden.

Ich will auch zugeben, was die Auswirkungen des Verkehrs mit sich gebracht haben, daß auch das letzte Bauernhaus heute sieht und hört, wie die Menschen in der Stadt leben, was die verschiedenen Berufsstände dort an sozialen Sicherheiten haben, welche Arbeitszeiten sie haben und daß dadurch auch die Forderung nach Erhöhung des Lebensstandards im einzelnen Bauernhof entsteht, die bisher nur deshalb mit ihrer Lage zufrieden waren, weil sie etwas anderes nicht gekannt haben.

Wir haben aber in diesen bäuerlichen Betrieben keine soziale Sicherheit. Unser Leben im Staate ist heute gekennzeichnet durch die Sucht nach absoluter und völliger Sicherheit vom kleinen Kind bis zum Alter. Das mag sehr schön sein für den Menschen, dem man es geben kann, aber diese 50 % steirischen Kleinbauern sind einerseits Unternehmer, die alle Belastungen mitzutragen haben, die hier aufscheinen und sie sind andererseits gleichzeitig Arbeiter, die sich nur durch Mehrarbeit erhalten können, die aber von jeder sozialen Sicherheit ausgeschlossen sind. Ich habe im Finanzausschuß ein Beispiel gebracht, wie es kürzlich einer Kleinbäuerin gegangen ist, die sich bitterlich beklagt hat. Sie verfügt über 9 Joch Grund, 4 Joch davon sind Waldfläche. Der Wald hat schon erhalten müssen, um dem Betrieb als Stütze zu dienen. Die Frau hat 5 Joch Wiese und Acker und damit eine 76 Jahre alte Mutter und fünf Kinder bis zum 15. Lebensjahr zu erhalten. Sie erntet aber nicht so viel, daß sie bei diesem Hausstand das Jahr hindurch mit Nahrung auskommen könnte. Sie bekommt weder eine Altersrente für die Mutter noch eine Kinderbeihilfe, dagegen erwartet sie in drei Monaten das sechste Kind. Für das fünfte Kind ist jedoch die Hebamme noch immer nicht bezahlt. Das sind also die Ursachen, weshalb die jungen Leute nicht auf dem Lande bleiben wollen und die Söhne und Töchter dieser Bauern es vorziehen, in der Stadt Angestellte oder Fabrikarbeiter zu werden, wo sie soziale Sicherheiten genießen. So einfach ist das Problem also nicht, wie sich das manche vorstellen, daß man einfach Maschinenhöfe erstellt und damit wird dann alles gemacht sein. Die Leute haben ja gar nicht das Geld, um die Maschinen zu bezahlen.

Hoher Landtag! Wir haben auf dem Gebiet der Steigerung der Produktion in der Form der Mechanisierung nicht geschlafen. Der Herr Abgeordnete Rösch hat erklärt, daß wir nur 39 Maschinengenossenschaften derzeit haben — das ist richtig — mit einer Teilnehmerzahl von zirka 500. Wir haben aber auch 62 Traktorengemeinschaften, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und die rund 4000 Mitglieder umfassen. Das sind jene Gemeinschaften, die sich einfach in einer losen Gemeinschaft zusammen die Maschinen gekauft haben, bei denen ein Bauernbursch die Bedienung übernommen hat, die aber keine festen Satzungen haben und daher im Handelsregister nicht eingetragen sind. Wir haben von der Kammer aus

in den letzten 4 Jahren 7308 Maschinen, von denen allein 3261 Motormäher sind, durch ERP-Mittel, Landes- und Bundesmittel entweder durch Darlehen oder durch Beihilfen bezuschußt. Gerade durch den Motormäher wird den Menschen die Arbeit sehr erleichtert, denn wenn auch das Zugtier mit dem Pflug geht, so ist doch die härteste Arbeit das Mähen. Wer einmal von 4 Uhr früh, bis die Sonne heiß am Himmel steht, gemäht hat, der weiß, was das für eine Schinderei ist. Früher hat man erlebt, daß 6—8 Männer in einer Reihe mähten, das findet man heute nicht mehr. Heute ist es so, daß auch ein kleiner Bauer sich einen Motormäher kauft, der dann auch noch bei 4 bis 5 Nachbarbetrieben das Mähen durchführt. Was Kollege Ebner gesagt hat, ist richtig, gerade jene Bauern, die großes Interesse daran hätten, kommen gar nicht dazu, Maschinenhöfe zu benutzen, weil man diese ja nur in solchen Gebieten errichten kann, wo der Einsatz der Maschinen auch möglich ist. Am meisten muß uns in der Zukunft aber daran liegen, diesen kleinen Besitzern zu helfen. Wir sind der Meinung, daß man Mittel, die man aus öffentlicher Hand für einen bestimmten Zweck verwendet, als gewählter Abgeordneter nach bestem Wissen und Gewissen so einzusetzen hat, daß man mit diesen Mitteln den größten Nutzen erzielt und die damit angeschafften Maschinen und Geräte am zweckmäßigsten ausgenützt sind. Ich habe schon im Finanzausschuß erklärt, daß so viel von den Maschinenhöfen in Kärnten erzählt wird. Wir wissen genau, daß sie im vorigen Jahr noch bei 42 S Stundenlohn für die Traktorstunde hatten, daß dabei ein Verlust im Jahr herausgekommen ist und daß sie daher heuer auf 28 S zurückgegangen sind. Wir haben in der Steiermark derzeit 21 S Stundenlohn in unseren Maschinengenossenschaften und es muß auch eine Amortisation getätigt werden, weil die Maschinen ständig in Reparatur sein und eines Tages wieder erneuert werden müssen. Wir legen sogar besonderen Wert darauf.

Wir sind der Meinung, daß man in Zukunft die Anschaffung dieser Gemeinschaftsmaschinen fördern soll, daß heißt, gewissen kleinen Besitzern den Ankauf von Maschinen erleichtern soll, die damit rechnen und sich auch verpflichten, mit diesen Maschinen Nachbarschaftshilfe zu tätigen. Diesen Weg ist man z. B. in Schweden gegangen. Man hat dort schon über 7000 solche gemeinschaftliche Maschinenanschaffungen durchgeführt. Ich selbst war dort und habe mich gerade über Fragen der Genossenschaften in der Viehverwertung und in Fragen des Maschineneinsatzes erkundigt und ich habe keinen einzigen öffentlichen kommunalen Maschinenhof in Schweden gefunden, wohl aber unzählige Bauern, die mit staatlicher Hilfe, das heißt mit einem Kredit bis zu 80 % sich diese Maschinen angeschafft haben und die in 5 gleichen Jahresraten diesen Kredit zurückzahlen. Wenn die 4. Rate pünktlich bezahlt ist, wird ihnen die 5. Rate als Prämie nachgelassen. So hat man in Schweden Maschinen-

einsatz betrieben. Ich habe in Schweden zwei junge Bauern gesehen, die überhaupt kein Stück Vieh haben, sondern nur Getreidebau betreiben; jeder hat einen Traktor mit einem Anhänger, damit ist er zur Erntezeit Tag und Nacht unterwegs, um sie in der ganzen Umgebung zum Einsatz zu bringen. Ich bin der Meinung, daß wir nicht zulassen dürfen, daß sich hier ein kapitalistisches Unternehmertum bildet, sondern wir sind der Meinung — genau so wie in Schweden —, daß diese Maschinenkäufe, die aus öffentlichen Mitteln bezuschußt werden und bei denen die Maschinenbesitzer dann vertraglich verpflichtet werden, im Umkreis ihres Besitzes Nachbarschaftshilfe zu leisten, die von der Kammer genau festgelegt wird, den Maschinenhöfen vorzuziehen sind. Wir täten gut daran, über die Genossenschaften hinaus in Zukunft genaue Richtsätze herauszugeben, wodurch nicht nur die Verzinsung, sondern auch die Amortisation und die Erhaltung der Maschinen gewährleistet wird, damit hier nicht Unfug betrieben werden kann und Preise verlangt werden, die nicht gerechtfertigt wären.

In erster Linie müssen wir uns der Verantwortung bewußt sein, öffentliche Mittel so zu verwenden, daß sie am besten zum Einsatz kommen und zweitens wollen wir es aus grundsätzlicher Einstellung nicht, daß man mit der Verstaatlichung, die man in den Großbetrieben bereits durchgeführt hat, in irgend einer Art und Weise auch unten beginnt. Wir wollen bei all unserem Beginnen, ob es sich nun um die Errichtung von Maschinengenossenschaften oder Maschinengemeinschaften handelt, an die Spitze unserer Bestrebungen stellen, einen freien, eigenberechtigten und selbständigen Bauern zu erhalten. Wenn einmal die Gemeinschaft, sei es nun die Gemeinde, das Land oder der Bund, über die Betriebsmittel unserer Bauern verfügen, dann ist es nur noch ein kleiner Weg, um hier eine Entwicklung wie im Osten zu erreichen. Ich will zugeben, daß Sie das heute nicht im Sinne haben, es wird aber eine Entwicklung angebahnt, vor der dann auch Sie nicht Halt machen können. Die nächste Überlegung würde sein, die Maschinenhöfe seien gar nicht ausgenützt, man müsse auch Grund und Boden zusammenlegen und kommunal bewirtschaften. Ich habe schon manche solche Vorschläge bekommen. Man soll nicht glauben, wie diese Gedankengänge so herumflattern, ohne daß die Leute dabei denken, was das Ende sein wird. Wir sind aus grundsätzlichen Erwägungen der Meinung, daß es nicht die Aufgabe der kommunalen Körperschaft ist, die Betriebsmittel zu besorgen. Was Kollege Edlinger gesagt hat, ist richtig. Kollege Lackner hat mitgeteilt, es habe sich jemand an ihn gewandt, der bestraft wurde, weil er eine Maschine unbefugt eingesetzt hat. Ja, glauben Sie denn, wenn die Gemeinde die Maschinen hat, daß das dann erlaubt ist? Es ist schon einmal so in der Landwirtschaft, daß bestimmte Arbeiten zu einer bestimmten Zeit erledigt werden müssen, weil sonst jeder Tag und jede Stunde Aufschub

einen Verlust bedeutet. Glauben Sie, daß es so leicht ist, einfach zu diktieren, wer zuerst daran kommt und wer später? Ich möchte als Bürgermeister es ablehnen, diese Funktion auszuüben und zu bestimmen, wer zuerst drankommt. In der Gemeinschaft der Bauern wird das gegenseitig ausgesprochen, die Körperschaft hat sich nicht damit zu beschäftigen.

So viel zur Frage der Maschinenhöfe, noch mehr zu sagen, würde zu weit führen.

Es ist hier etwas von agrarpolitischen Dingen gesprochen worden. Abg. Lackner hat gesagt, der Herr Abg. Rösch habe sehr klar zu diesen Dingen gesprochen. Wenn er damit die Formulierung der Ausführungen gemeint hat, will ich das gerne zugeben. Aber der Abg. Rösch hat in manchen Dingen etwas vorgebracht, was nicht stimmt. Sie sind der Meinung, daß man in der österreichischen Agrarpolitik zu wenig Ziele und daß man im Streite zwischen Körndel- und Hörndelbauern viel zu gute Getreidepreise erstellt hat. Ich habe erkennen gelernt, was es heißt, wenn der Getreidepreis zu tief ist und wenn sich die Flachlandgebiete Österreichs, die für den Getreidebau geeignet sind und wo Hunderte von Mähdreschern eingesetzt werden können wie im Burgenland, wenn sich diese bäuerlichen Betriebe mit Viehhaltung und Milchwirtschaft zu beschäftigen beginnen. Dann kommt etwas, was wir 1952 erlebt haben, wo sehr viele Schweine und Rinder auf den Markt gekommen und die Preise um 20 bis 30% zurückgegangen sind. Wir haben tausende Stück Vieh ausgeführt und wir mußten 300.000 t Brotgetreide einführen. In der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer ist beschlossen worden, ab neuer Ernte den Preis für Weizen etwas zu erhöhen, um einen vermehrten Weizenbau in jenen Gebieten anzuregen, die hierfür geeignet sind und den Roggenpreis etwas zu senken, weil wir im Roggen über 90% Selbstversorger sind, während beim Weizen wir nur 50% der Eigenversorgung erreicht haben und noch eine große Möglichkeit der Produktionssteigerung gegeben ist. Wir müssen durch agrarpolitische Maßnahmen in erster Linie dafür sorgen, daß in Österreich überall dort die Produktion in den einzelnen Sparten gehoben wird, wo sie die besten Voraussetzungen findet.

Sie haben uns empfohlen, daß man sich mehr spezialisieren und nicht in verschiedenen Sparten alles bauen soll, dann werde man es möglich machen, mehr und billiger zu produzieren. Das ist eine Entwicklung, die man nicht so ohne weiteres mitmachen kann. Die Spezialisierung auf einzelne Gebiete ist in Österreich nur bedingt möglich. Schauen Sie, ich habe in Amerika eine Farm gefunden, auf der 10 ha Zwiebel angebaut waren. Ich habe nun gefragt, welche Frucht im nächsten Jahr auf dieser Fläche folgen soll. „Im nächsten Jahr, da bauen wir eben die Frucht an, von der wir den besten Gewinn haben.“ Meine Herren! Bei uns spielt die Selbstversorgung eine überaus große Rolle. Der Grund und Boden wird von den Klein-

bauern viel besser bearbeitet, als es durch den Einsatz von Maschinen überhaupt möglich ist. Ich behaupte, daß mancher Kleinbesitzer gar nicht bestehen könnte, wenn er seinen Acker so bebauen würde, wie das bei großen Betrieben der Fall ist. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß bei großen Betrieben mit Maschineneinsatz die Erzeugung je Flächeneinheit absinkt. Das können wir uns in Österreich nicht leisten. Wir brauchen von der wenig vorhandenen Fläche die ganze Produktion. Eine solche Entwicklung, wie sie in diesen Gebieten der Welt festzustellen ist, ist für uns unmöglich.

Hier ist auch das Wort gefallen von einem Vertreter des VdU, daß das Landwirtschaftsgesetz von uns nicht so richtig betrieben wird, weil gewisse Kreise in den eigenen Reihen dagegen wären. Das Landwirtschaftsgesetz ist, seitdem in der Schweiz ein solches Gesetz beschlossen worden ist, das Schlagwort geworden. Wir wissen genau, daß in der Schweiz die Umstände schwieriger liegen als in Österreich. Das wird Ihnen Präsident Zerlauth von Vorarlberg bestätigen. Die Schweiz hat ein schönes Landwirtschaftsgesetz beschlossen, worin ausgeführt ist, daß der Bauernstand wichtig ist, des Schutzes bedarf, aber mit den Ausführungsbestimmungen und Verordnungen hängt sie auf der ganzen Linie. Das schöne Landwirtschaftsgesetz, reich an Ideen, ist nicht wirksam. Mir ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach. Wir haben uns mit den Wirtschaftsgesetzen beholfen, um, wo es möglich ist, rasch einzugreifen und rasche Abhilfe zu schaffen. Wir haben durch die Wirtschaftsgesetze eine geordnete Milchversorgung mit der geringsten Spanne, die in Europa bekannt ist, eine geordnete Abnahme des Brotgetreides zu einem einheitlichen Preise und eine geordnete Versorgung. In der Viehwirtschaft haben wir es möglich gemacht, durch verschiedene Maßnahmen, wie das Viehverkehrsgesetz, und das ist eine große Leistung der österreichischen Agrarvertretung, daß bei dem Überangebot von Vieh über 16.000 Stück nach Italien ausgeführt werden konnten und noch immer 2400 Stück wöchentlich auf den Wiener Markt aufgetrieben werden können. Das ist mehr, als was wir brauchen und wurde erreicht durch das Mastverpflichtungsgesetz. Die niederösterreichischen Zuckerrübengebiete wurden verpflichtet, bei über 5 ha Fläche so und so viele Tiere zur Aufmast einzustellen. Durch Interventionstätigkeit auf den Märkten haben wir stabile Viehpreise im Herbst erreicht, wenn auch die Preise nicht so sind, wie viele von uns es wünschten. Wir können froh sein, daß wir bei der Weltsituation diese Preise im heurigen Jahre erhalten haben.

„Nicht so planlos und ziellos wirtschaften“, sagten Sie. So ist es nicht! Die Steigerung der Produktion war das große Wort und dem ist die Bauernschaft gefolgt. Wir wissen genau, daß wir in der Zukunft nicht so sehr in Ausweitung der Produktion als in der Produktivität der Erzeugung und Steigerung der Qualität auf allen Gebieten uns bessere Preise und bessere Ein-

nahmsquellen sichern müssen. Vorläufig gibt es keinen anderen Weg, als den wir bisher beschritten haben, mit den Mitteln so die Landwirtschaftsförderung zu betreiben, daß wir in der gegebenen Situation den bestmöglichen Erfolg erreichen.

Allein durch den Einsatz der Landjugend, deren Mitgliederzahl über 10.000 beträgt, die begeistert hinter der Landwirtschaftsförderung der Kammer steht, ist es allein durch diese Organisation, über die wir auch die Kultur, die Sitten und Gebräuche des Bauerntums pflegen, gelungen, daß Hunderte von Menschen am Lande geblieben sind, die sonst in die Stadt verschwunden wären. Wir wollen die Arbeit und Tätigkeit besonders im Lande Steiermark über die Kammer fortsetzen, um zu geeigneter Zeit jene größeren Maßnahmen, wie das Landwirtschaftsgesetz und weitere Maßnahmen auf lange Sicht, in Angriff nehmen zu können, bis sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich so stabilisiert haben, daß wir mit Sicherheit auf Jahre hinaus planen können. Das war bisher nicht der Fall. (Lebhafter Beifall und Bravourrufe bei ÖVP.)

Landesrat Dr. Stephan: Meine Damen und Herren! Mir kommt immer so vor, es ist schlecht für eine Sache, wenn sich zwei Standpunkte auf das äußerste zuspitzen. Es hat mir gleich zu Beginn dieser Debatte im Finanzausschuß den Eindruck gemacht, als ob hier weniger sachliche als vielmehr politische Hintergründe vorhanden wären, die zu dieser Versteifung der Lage geführt haben. Bestimmt ist kein Mensch hier im Hause, der nicht wüßte, daß wir in einer Zeit leben, in der es einem großen Teil unserer Bevölkerung schwer ist, für sich und ihre Nachkommen etwas zu entscheiden. Es gilt dies nicht, allein nur für den Bauernstand, bei dem ein leises Abbröckeln durch die Landflucht, die leider immer stärker wird, festzustellen ist, sondern es gilt dies sicher auch in einem ähnlichen Maß für das Klein- und Mittelgewerbe.

Wir stehen inmitten einer Entwicklung, die uns dazu verpflichtet, darüber nachzudenken, wie wir dieser Entwicklung Rechnung tragen können. Es ist auch bestimmt hier in diesem Hause niemand, der nicht vom wirtschaftlichen und vom biologischen Wert des Bauerntums im Innersten überzeugt wäre. Wir alle wissen, daß der Bauer seit eh und je der Ernährer des Volkes, aber auch der Blutsquell des Volkes gewesen ist und daß das Verschwinden eines eigenständigen Bauerntums weitgehend sogar den Tod der Eigenständigkeit eines Volkes zur Folge haben würde. Ich glaube aber nicht, daß damit, daß man irgendwelche Prinzipien reitet, an den derzeitigen Dingen etwas geändert wird. Ich glaube, daß wir dazu verpflichtet sind, alle Möglichkeiten abzutasten, um dieser Sachlage Rechnung zu tragen.

Verschiedene Herren, darunter auch mein Vorredner, sind zu einem Besuch in Schweden gewesen, ich glaube, auch Herr Landesrat

Prirsch war dort. Es liegt mir außerdem ein Brief des Herrn Dr. Lör vor, den mir lebenswürdigerweise Herr Präsident Wallner zur Verfügung gestellt hat, der auch aus Schweden kommt. Gerade die schwedischen Verhältnisse sind vielleicht hier ganz interessant zu beobachten. Erstens dürfte allgemein bekannt sein, daß Schweden von der sozialdemokratischen Partei regiert wird. Es ist auch dort so, daß sich dort bezüglich der Besitzgröße der Bauern ähnliche Verhältnisse zeigen und ähnliche Probleme aufscheinen wie bei uns. Sie haben dort Betriebe — ich zitiere den Brief des Herrn Dr. Lör — bis 5 ha und von 5 ha und mehr. Herr Dr. Lör sagt in diesem Brief selbst, daß es sehr, sehr schwierig sein wird, die Betriebe unter einer bestimmten Besitzgröße zu erhalten. Ich muß aber eines zur sofortigen Aufklärung dazu sagen, wir wollen sie aber erhalten, und zwar aus biologischen und kulturellen Gründen. Es ist aber auf der anderen Seite für jeden Kaufmann klar, daß bei einem solch kleinen Betrieb, auch wenn zugegebenerweise auf kleiner Fläche relativ mehr erzeugt wird als in einem großen Betrieb, auf die Dauer nicht der Lebensstandard erzielt werden kann, den der Bauer natürlich mit der Zeit verlangen wird. Er muß ihn ja verlangen, denn der Verkehr, der Rundfunk, die Zeitung, alles bringt ihm die Genüsse, die heute der Städter hat, näher und es ist nicht zu verwundern, wenn die bäuerliche Jugend auch nach diesen Genüssen strebt. Dazu braucht sie aber Geld und wenn sie Geld haben will, dann muß sie einen Verdienst haben und eine dementprechende Arbeitszeit.

Sie wissen, daß in Deutschland und Schweden und in anderen westeuropäischen Ländern immer wieder danach geforscht wird, wie man die Arbeitsleistung des Bauern entsprechend bezahlen kann, damit er pro Leistungseinheit auf denselben Lohn kommt wie sein Kollege in der Stadt. Es werden diesbezügliche Forschungen in Schweden angestellt. Und so wie ich unterrichtet bin, werden dort auf Grund dieser Statistik von Jahr zu Jahr die Agrarpreise neu festgesetzt. Es ist nun ganz klar, daß der kleine Bauer, der je Einheit von erzeugtem Gut eine wesentlich höhere Arbeitszeit benötigt, einen geringeren Lohn dafür bekommt, wenn er dieses Produkt zum selben Preis hergeben muß wie der große Bauer. Das ist so einfach, daß man es gar nicht erst sagen müßte. Man müßte sich nun den Kopf darüber zerbrechen, wie bringe ich diesem Mann die Hilfe der Technik näher. Kein Mensch kann sagen, daß, wenn Maschinenhöfe eingerichtet werden, der Bergbauer dann keine Maschinen mehr bekommen kann, das ist ein Unsinn. Natürlich braucht der Bergbauer seinen Seilzug, seinen Motormäher, Maschinen, die er auf seinem Hof verwenden kann, die er kaufen kann und wozu wir ihn selbstverständlich und gerne Beihilfen geben. Aber warum soll man nicht in Gegenden, wo es möglich ist, versuchen, mit Maschinenhöfen zu arbeiten? Ich sage ja nicht, daß das das Allheilmittel ist. Das wissen wir ja noch gar nicht. Weder der

private Maschinenhalter, noch der genossenschaftliche, noch der gemeinschaftliche, noch der kommunale Maschinenhof werden vielleicht das Allheilmittel sein. Es ist aber sehr gut möglich, es ist eben ein Versuch. Es ist natürlich auch möglich, daß man in fünf Jahren zu der Überzeugung gelangt, daß dieses oder jenes oder alles falsch war. Wir leben in einer lebendigen Demokratie und wenn wir heute etwas beschließen, so sagt das nicht, daß wir gezwungen sind, das 10 Jahre aufrecht zu erhalten, sondern wir sind dazu da, hier einen Versuch zu machen und auf Grund dieses Versuches nach einiger Zeit, ob das nun zwei oder fünf oder sieben Jahre sind, zu beurteilen, ob dieser Versuch glücklich ist oder nicht. Das ist meine Meinung. Es ist die Begründung, die uns dazu veranlaßt hat, in diesem Sinne zu entscheiden, rein sachlicher Natur. Denn, wenn von der Sozialistischen Partei im Ausschuß der Antrag gestellt wurde, 200.000 S — wenn ich mich richtig erinnere — oder 125.000 S für die kommunalen Maschinenhöfe zur Verfügung zu stellen, so hat unser Gegenantrag gelaute, genau so viel Geld für private Maschinenhöfe zur Verfügung zu stellen, damit man die beiden Versuche einander gegenüberstellen kann. Es ist zwar lächerlich, aber nun sind diese beiden Summen auf je 100.000 S heruntergesetzt worden. Man kann daher nicht behaupten, daß man damit überhaupt helfen kann. Es kann bei dieser Summe über einen Versuch ja gar nicht hinausgehen. Und es bleibt dabei ja eines gewahrt, daß nämlich die Landwirtschaftskammer für Steiermark diese Mittel in der Hand behält und verfügen und prüfen wird, wohin sie diese Mittel zu geben hat und sie wird nachher beurteilen, ob dieser Versuch einen Erfolg gehabt hat, ob dieses Experiment gelungen ist oder nicht. Und man wird nachher entweder die kommunalen oder die privaten oder die gemeinschaftlichen oder die genossenschaftlichen Maschinenhöfe einführen. Sie können heute im 20. Jahrhundert oder gar im Jahre 1953 nicht verlangen, daß eine Partei allein einen Stand vertritt. Darüber sollten wir hinaus sein. Weder die SPÖ noch irgendeine andere Partei kann das Recht dazu beanspruchen wollen, die Arbeiter allein zu vertreten, noch kann umgekehrt die ÖVP sagen: „Wir allein sind die bäuerlichen Vertreter.“ Ich kann nur sagen, daß wir alle, die wir hier sitzen, gleichgültig welcher Partei, für das ganze Volk da sind, ob das ein Gewerbetreibender, ein Arbeiter oder sonst jemand ist. (Beifall und Rufe: „Sehr richtig“ bei WdU und SPÖ.)

Es ist selbstverständlich, daß wir uns des Standes am meisten annehmen, der uns aus verschiedenen Gründen im Augenblick am wichtigsten erscheint. Wir haben eben aus biologischen, ernährungspolitischen und noch vielen anderen Gründen derzeit die Pflicht, an den Bauernstand mehr zu denken als an irgendeinen anderen. Wir hängen in der Preisrelation zurück, das ist eine Tatsache, die jederzeit vom statistischen Zentralamt nachgewiesen werden kann. Wir müssen uns die Köpfe zerbrechen

darüber, wie wir die Preise nachziehen können, obwohl wir berücksichtigen müssen, daß die Weltmarktpreise im Absinken begriffen sind. In Amerika hat man derzeit durch eine falsche Agrarpolitik eine Getreideschwemme. Die Silos sind gefüllt, daß sie zu bersten drohen und man wird natürlich versuchen, uns diesen Weizen zu ganz billigen Preisen herüberzuschieben. Denn das glaube ich nicht, daß aus lauter Liebe der Weizen drüben verbrannt werden wird, damit bei uns Teuerungen eintreten. Es wird notwendig sein, hier Schutzmaßnahmen für unsere Landwirtschaft zu ergreifen, davon bin ich überzeugt. Ich bin nur neugierig, was es dann hier für Justamentstandpunkte gibt. Ich bin weder für noch gegen, aber ich sage, ich bin neugierig. Denn wenn wir die Vernunft sprechen lassen, darf man nicht glauben, daß wir das aus irgendeinem politischen Grunde machen. Es wird uns vorgeworfen, wir wenden uns einmal dorthin und einmal dahin, um den Anschein zu erwecken, als ob wir unabhängig wären. Wir setzen uns zusammen und weil wir weniger sind, kommen wir eher zu einem Resultat wie andere Parteien und wenn wir zu einem Schluß gekommen sind, fühlen wir uns verpflichtet, denselben beizubehalten gegen irgendwelche anderen Angriffe. Wir sind aber jederzeit bereit, Gegenargumente, die sachlich sind, anzuerkennen. Ich kann beim besten Willen Ihren Ausflügen (zur ÖVP) in marxistische und kommunistische Manifeste nicht folgen. Das ist alles nicht wahr, Sie überschätzen die Sache maßlos. Es fällt keinen Menschen ein, bei der Errichtung von zwei kommunalen Maschinenhöfen in Steiermark von einem kommunistischen Manifest zu reden. Ich bin davon überzeugt, daß diese Maschinenhöfe, wenn auch die 100.000 S nicht bewilligt würden, doch entstehen würden, ja schon entstanden sind. Dann hat die Kammer nichts mitzureden, aber wenn die Kammer das Geld gegeben hat, hat sie auch das Recht, über die Verwendung desselben sich Rechnung legen zu lassen, ob a) die Sache ordnungsgemäß geführt wird und b) erforderlich ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß bei einigem guten Willen das nicht zu begreifen sein soll.

Ich bitte zu verstehen, daß hier nicht irgendwie ein politisches Spiel von unserer Seite geführt wird. Es kann durchaus sein, daß es bei den beiden anderen Parteien Hintergedanken gibt. Wir nehmen den Standpunkt ein, daß hier lediglich sachliche Überlegungen zu gelten haben, ich kann mir nicht denken, daß durch den Entschluß für die eine Seite untragbare Verhältnisse entstehen, ja, daß nur ein Zehntel der Freiheit des Bauern zugrundegeht. Wir sind auch klarerweise für ein freies Bauerntum, wir sind für die Freiheit des Menschen schlechthin. Der Bauer ist nicht unfrei, weil er bei einer Gemeindeverleihanstalt sich einen Traktor ausborgt und dafür 28 bis 35 S bezahlt. Bei der Genossenschaft macht man ja dasselbe, denn dann wäre jeder Bauer unfrei, der gezwungen ist, seine Milch an die Genossenschaft abzu-

liefern. Organisationsformen werden aus der Zeit geboren, in der sie notwendig werden. Das ist selbstverständlich. Ich brauche nicht mehr darüber zu sagen. Ich habe das gesagt, was ich mir denke. Wenn Sie meinen, es sei dumm gewesen, tut es mir leid. (Starker Beifall bei WdU und SPÖ.)

Abg. Rösch: Hoher Landtag! Nach den Ausführungen der Redner der ÖVP sehe ich mich veranlaßt, in dieser Debatte noch ein zweites Mal das Wort zu ergreifen. Ich fühle mich gezwungen, mich mit den demagogischen Argumenten zu beschäftigen, die wieder in die Debatte hineingeworfen wurden. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß mit propagandistischen Schlagworten diese Fragen nicht beantwortet werden können und bedaure es wirklich sehr, daß der Herr Präsident entgegen seiner Stellungnahme im Finanzausschuß, wo er nur mit sachlichen Grundlagen gearbeitet hat, sich in der Hitze des Gefechtes hat hineinreißen lassen, hier im Hohen Hause die Propagandatrommel zu rühren, statt mit nur sachlichen Argumenten zu operieren. Ich möchte nur auf 4 Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen wurden, eingehen. 1. Dr. Pittermann hat die Rentabilität der Maschinenhöfe angezweifelt. Die Antwort hat der Herr Präsident schon gegeben. Der Herr Präsident hat gesagt ... (Abg. Pittermann: Hoffentlich haben Sie sie verstanden!), in den Genossenschaften werden 21 S verlangt, angeblich mit Amortisation, in den Maschinenhöfen 28 S ebenfalls mit Amortisation. Es wird trotzdem bezweifelt, daß es möglich ist, daß sich mit diesem Satz der Maschinenhof amortisiert bzw. daß er rentabel ist. (Dr. Pittermann: „Nach den jüngsten Erfahrungen bezweifle ich alles, was Sie sagen!“) Herr Dr. Pittermann, Sie dürfen alles bezweifeln. (Stöffler: „Bei einem Theoretiker bezweifelt man alles leichter als beim Praktiker!“)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rösch.

Abg. Rösch (fortfahrend): Ich darf in diesem Zusammenhang gleich einem wirklichen Zweifel des Herrn Dr. Pittermann begegnen. Er hat über die Maschinenhöfe gesprochen und aus seinem Schlußwort ist hervorgegangen, daß er noch nie einen gesehen hat, sonst wäre es unmöglich ... (Dr. Pittermann: „Ich bin früher bei den Bauern gewesen als Sie, noch bevor Sie gelebt haben!“) Jugend ist ein Fehler, der mit jedem Tag besser wird. (Abg. Doktor Pittermann: „Dann werfen Sie mir mein Alter nicht vor!“) Ich stelle fest, daß Sie nicht die Gelegenheit wahrgenommen haben, sich in Kärnten einen Maschinenhof anzusehen, sonst wäre es unmöglich so zu reden. Sie waren nicht in Kärnten. (Dr. Pittermann: „In Kärnten war ich nicht!“) Wo wollen Sie sonst einen Maschinenhof gesehen haben? Sie treten für die Wirtschaftlichkeit und soziale Selbständig-

keit der Bauern ein, die Sie durch den Maschinenhof gefährdet sehen. Gerade die Freiwilligkeit der Maschinenbenützung ist eines der Kernstücke des gesamten Maschinenhofes. In der Genossenschaft ist er gezwungen, die Maschinen zu benützen, im kommunalen oder im Landmaschinenhof ist es ihm vollkommen freigestellt, wenn er nicht will, braucht er die Maschine nicht benützen. Er kann sich selbst eine kaufen, oder, wie in St. Stefan, zur Genossenschaft, zur Gemeinschaft oder zum privaten Maschinenhalter gehen. Wieviel Freiheit wollen Sie hier noch haben? Die Freiheit des Bauern, die wir absolut unterstreichen, von der wir überzeugt sind, daß sie eine der wesentlichsten Grundlagen des Bauerntums ist, diese Freiheit wird von uns nicht angetastet. Sie prophezeien die Antastung seit 8 Jahren und das ärgert Sie, daß diese 8jährige Prophezeiung nicht eingetroffen ist und sie wird auch in Zukunft nicht eintreffen.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen wollte, war eine Bemerkung des Herrn Abg. Hegenbarth. „Es wurden zwar 5 Millionen Schilling beantragt, doch sind sie leider dem Rotstift des Finanzreferenten zum Opfer gefallen.“ Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich Ihnen jetzt aufzähle, welche Beträge noch diesem sogenannten Rotstift zum Opfer gefallen sind. Aber ich glaube, es ist schon wiederholt heute und gestern in der Budgetdebatte festgestellt worden, dieser Erhöhungsantrag ist nicht dem Rotstift irgendeines Referenten, sondern den beschränkten Geldmitteln des Landes zum Opfer gefallen. Wenn nicht mehr Geld da ist, kann auch nicht mehr ausgegeben werden. Es erübrigte sich, dazu eine nähere Begründung zu geben. Ich glaube aber, Kollege Hegenbarth müßte das wissen, weil er ja bei allen Diskussionen des Finanzausschusses anwesend war und doch auch das Ergebnis der Parteienberatungen sicher von seiner Fraktion mitgeteilt bekommen hat.

Der Abg. Ebner hat die Forderung aufgestellt, man möge in den Industriegemeinden zuerst beginnen, Bauernfreundlichkeit zu zeigen, bevor man hier im Hause Forderungen aufstellt. Ich darf darauf hinweisen, daß in der Steiermark sechs kommunale Maschinenhöfe bereits bestehen, allerdings ohne Mitwirkung der ÖVP, ohne Mitwirkung der Kammer. Das Geld für diese kommunalen Maschinenhöfe, die in Bauerngemeinden errichtet wurden, stammt aus den sozialistisch verwalteten Industriegemeinden, die Geldmittel für sozialistisch verwaltete Bauerngemeinden zur Verfügung gestellt haben. (Landeshauptmann Krainer: „Also sozialistische Maschinenhöfe!“) Weil sich die ÖVP ja ausschließt, bleibt uns ja nichts anderes übrig, als das von uns aus zu errichten, was Sie uns jetzt zum Vorwurf machen.

Die zweite Frage, die der Herr Abg. Ebner angeschnitten hat, ist die Grundsteuer in diesen Industriegemeinden. Ich möchte dazu feststellen, daß eine Teilung einer Gemeinde in dem

Sinn, daß in dem einen Teil eine Grundsteuer von 300% und im anderen Teil eine solche von 400% eingehoben wird, nicht möglich ist. Das Finanzverfassungsgesetz verbietet das und auch das Grundsteuereinhebungsgesetz. Es bleibt daher nur übrig, für die gesamte Gemeinde Leoben die gleichen Grundsteuerhebesätze anzuwenden. Wir haben kein Interesse daran, den großen landwirtschaftlichen Besitzungen der Brauerei Göß, des Herrn Mayr-Melnhof oder der Alpine Montangesellschaft auch nur einen Groschen Grundsteuer in Leoben nachzulassen, weil wir der Überzeugung sind, daß diese Betriebe nach Ihren eigenen Ausführungen stark genug sind, um diese Steuerleistung erbringen zu können, zum Wohle der gesamten Gemeinden wie auch zum Wohle der Bergbauern. Sie wissen, daß die Gemeinde Leoben einen Güterweg nach Reitersberg baut und was glauben Sie denn, mit welchen Mitteln? Doch mit dem Steueraufkommen dieser Gemeinde. Wir haben wiederholt erklärt, wir sind der Meinung, daß, wenn in einzelnen Gebieten — ich denke da zum Beispiel an Admont oder ähnliche Gemeinden — wo ein Grundsteuerhebesatz von 400% besteht, wo aber sehr viele Bergbauern sind, — dort in Form einer — wie man das nennen will, ist ja gleich — Bergbauernhilfe oder Subvention eine Rückvergütung der 100% vorgenommen werden soll. Wir wollen jedoch erreichen, daß diese Hilfe nur denen zugute kommt, die sie auch brauchen und nicht denen, die genug haben und diese Steuer tragen können. (Landeshauptmann Krainer: „Aber daß das allein der sozialistische Bürgermeister entscheidet, ist nicht richtig!“) Der Gemeinderat entscheidet das, vom Bürgermeister habe ich nicht gesprochen.

Ich darf noch auf das letzte Argument zurückkommen, das der Herr Präsident Wallner hier gebracht hat. Ich bitte, mir nicht böse zu sein, Herr Präsident, aber ich finde in Ihren Ausführungen einen großen Widerspruch. Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen in einer sehr eindrucksvollen Form die Not und die Schwierigkeiten der steirischen Landwirtschaft dargestellt und haben Ihre Ausführungen geschlossen mit den Worten: „Wir können aber keinen anderen Weg gehen als den bisherigen.“ (Präsident Wallner: „Ja, in der Förderung der Landwirtschaft!“) Wie soll denn diese Not beseitigt werden? Wie soll es dann besser werden? Ich glaube, das berechtigt doch erst recht zu der Forderung, man möge sich über eine wirklich groß angelegte Planung einmal den Kopf zerbrechen. Ich bin überzeugt, daß man das sogar schon tut, denn ich weiß, daß man anlässlich der Präsidentenkonferenz in Wien dieses Problem besprach. Aber man möge sich doch einmal in einem größeren Rahmen zusammensetzen und wirklich gesamtösterreichisch die Probleme für die Zukunft durchberaten. Wenn man nach der Meinung des Herrn Präsidenten Wallner vom bisherigen Weg nicht abgehen kann, so glaube ich nicht, daß man damit das harte Los der Bauernschaft

mildern oder beseitigen kann, wenn sich nichts ändern soll. (Präsident Wallner: „Es werden die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, immer mehr wirksam werden, das wollte ich sagen!“) (Abg. Stöffler: „Entweder wollte oder konnte er das nicht verstehen!“) Herr Abg. geordneter Stöffler, dieser Einwand ist sehr müde. Es ist ja auch Ihnen der Widerspruch schon aufgefallen, wie der Herr Präsident noch gesprochen hat oder vielleicht überschätze ich Sie.

Darf ich abschließend noch einmal feststellen: Wir haben den Antrag auf Errichtung kommunaler Maschinenhöfe gestellt, weil wir ein weiteres Mittel zur Förderung der Landwirtschaft darin erblicken. Und alles, was dagegen gesprochen wird, daß es sich in Bergbauerngebieten nicht anwenden läßt, daß es da und dort Schwierigkeiten gibt, das gilt ja in gleicher Weise für die Genossenschaften und für alle Technisierungsmaßnahmen der Landwirtschaft überhaupt. Auf dem lehmigen Boden, von dem der Herr Präsident spricht, und auf dem man den Traktor des Maschinenhofes gar nicht einsetzen könnte, da kann auch der Traktor der Genossenschaft nicht fahren. Alle Argumente also, die gegen die Maschinenhöfe erhoben werden, können genau so gut gegen die Genossenschaft gelten. Daß Sie sich aber der Ansicht verschließen, man soll doch auch einmal diesen Weg versuchen, das ist Ihre eigene Sache. Nehmen Sie aber zur Kenntnis: sozialistisch verwaltete Gemeinden werden mit oder ohne Ihre Hilfe Jahr für Jahr eine Reihe solcher kommunalen Maschinenhöfe errichten und eines Tages werden auch Sie so weit sein, daß Sie, wie in Kärnten Ihr Parteikollege Ferlitsch, vollkommen loyal für die Maschinenhöfe mitarbeiten und die Mehrheit Ihrer Leute dazu bringen, daß sie auch eines Tages die Notwendigkeit einer großzügigen Förderung dieser Maschinenhöfe erkennen werden. (Lebhafter Beifall bei SPÖ.)

Landesrat **Prirsch**: Hoher Landtag! Nicht um dem Grundsatz zu huldigen „reden wir von etwas anderem“, sondern weil ich es wirklich für notwendig halte, daß vor dem Hohen Landtag eine Sache noch einmal unterstrichen wird, muß ich noch folgendes sagen: Der Herr Abg. Lackner war es — glaube ich —, dessen Satz „lassen wir mehr die Herzen und weniger die Paragrafen sprechen“, mich sehr beeindruckt hat. Ich würde Ihnen raten, Herr Abgeordneter Lackner, schreiben Sie dieses Wort unserem verehrten Herrn Finanzreferenten ins Stammbuch, und zwar auf die erste Seite, damit er seinen Standpunkt bei der Feuerschutzsteuer ändert. (Zwischenruf: „Jetzt entledigen Sie sich hier nur eines Auftrages!“), denn er hat diesen Paragraphen, daß die Feuerschutzsteuer nicht zweckbestimmt ist, auch heuer wieder mit Erfolg vertreten.

Ich muß aufmerksam machen, daß die Feuerwehren und vor allem die steirischen Feuerwehren vor Jahren und Jahrzehnten als Mit-

glieder Angehörige des damals ziemlich blühenden Mittelstandes hatten. Heute bestehen unsere Feuerwehren zu einem großen Prozentsatze aus Bauern und Arbeitern, weil der Mittelstand infolge der Kriege und der Nachkriegspolitik eben weitgehend zerrissen und verarmt ist. Deshalb ist es, wenn wir die Feuerwehren in ihren Bedürfnissen nicht voll und ganz anerkennen, wie das andere Bundesländer tun, begreiflich, daß sie sich mit Resolutionen, mit Eingaben an sämtliche Abgeordnete dieses Hohen Hauses gewendet haben und ich darf diese Sitzung nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen zu sagen, daß der Beitrag, der für die Zwecke der Förderung zur Verfügung steht, ich möchte sagen, in letzter Minute, um 500.000 S erhöht wurde, daß aber trotzdem eine große Enttäuschung unsere Feuerwehrmänner ergreifen wird, wenn sie von dem Resultate dieser Sitzung, soweit sie das Feuerwehrwesen betrifft, hören. Wir müssen für die nächsten Jahre alle zusammenhelfen. Es ist nicht so, daß der Herr Finanzreferent das Geld gibt es ist auch nicht so, — diesen Standpunkt habe ich immer vertreten, auch wenn es nicht ganz leicht war —, daß der Finanzreferent schuld ist, wenn irgendeine Post nicht so dotiert ist, wie man es gerne hätte, die Festsetzung der Kredite ist vielmehr Sache des ganzen Landtages; deshalb möchte ich Sie heute schon bitten im Interesse dieser Idealisten, daß man, wenn schon heuer die Wünsche nicht erfüllt werden konnten, doch für die nächsten Jahre ihren zu einem guten Teil berechtigten Anträgen Verständnis entgegenbringt. Es ist nicht so, daß unsere Feuerwehren keine Bedürfnisse mehr hätten und daß ein Mehr von Übel sei. Es ist so, daß vielfach die Geräte, das Material verloren gegangen ist, vielfach auch so, daß die ersten Anschaffungen eben kriegs- und nachkriegsbedingte Anschaffungen waren, die heute vielfach nicht mehr gebrauchsfähig und einsatzfähig sind. Ich weiß, darüber bestehen keine Zweifel, daß die Feuerwehren in den letzten Jahren — und so wird es noch eine Weile sein — die Truppen waren, die man geschlossen bei Katastrophen zum Wohle der Bevölkerung einsetzen konnte.

Ich darf noch einmal die Bitte aussprechen, für die Zukunft diesem Belange mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Sehr geehrte Damen und Herren! Als der zuständige Referent darf ich auch einige Worte zu den Agrarfragen sagen. Abg. Rösch hat in sehr netter und angenehmer Weise seine Meinung hier im Hause vertreten, er ist sehr weit zurückgegangen, in jene Zeit, als der agrarische Sektor noch ziemlich streng in Hörndel- und Körndelbauern geschieden war. Das ist lange vorbei, es muß auch vorbei sein. Gerade bei den Schwierigkeiten, die von Ihnen und allgemein geschildert werden, ist es notwendig, daß ein richtiger Zusammenklang der österreichischen Agrarproduktion erreicht wird. Ich darf sagen, daß man heute hier im Landtage vielfach das Problem nur von der agrarischen Seite gesehen hat. Wir müssen das Problem der ungesun-

den Abwanderung vom Lande betrachten. Eine natürliche Abwanderung werden wir immer haben, wie Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Stiboller sagt: Wenn nämlich in seiner Gemeinde 60 Geburten 20 Todesfälle gegenüberstehen, werden selbst, wenn die Bevölkerung dort gleichbleibt, immer hin 40 abwandern; eine natürliche Abwanderung wird daher immer sein und muß auch sein, aber eine rasche, ungesunde, eine forcierte Abwanderung, wie es vielfach geschehen ist, würde die gesamte österreichische Volkswirtschaft vor fast unlösbare Probleme stellen und dazu auch noch politische Unruhe und Schwierigkeiten hervorbringen. Wenn ich nur 74.000 Betriebe in Steiermark annehme, von denen 50% zu den Kleinbetrieben gehören, so besteht hier die Gefahr, Herr Abg. Kalb, wenn wir den Leuten sagen würden: „Ihr habt keine Aussicht“, ja selbst wenn man die Sache nur von der materiellen Seite anfassen würde, daß unsere Volkswirtschaft in ungeheure Schwierigkeiten gestürzt wird. Durch die forcierte Meinung, die man sich in anderen Ländern geleistet hat, daß die kleinen Betriebe volkswirtschaftlich unrentabel sind, keine Rolle spielen, man auf sie keine Rücksicht zu nehmen braucht, sie abschreiben müßte, durch eine solche propagandistische Meinung würden nur Zehntausende den Glauben, daß sie von der Keusche noch leben können, verlieren. Aber wir würden Zehntausende Wohnungsuchende mehr haben, aber auch nicht nur 10.000 sondern 50.000 Arbeitsuchende mehr haben in diesem Lande. Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb sind diese Mittel, die zur Stützung, zur Erhaltung, zur Förderung für die Landwirtschaft gegeben werden, nicht verloren für die anderen Bevölkerungskreise in unserer Heimat. Hohes Haus! Es wird mich freuen, wenn die Meinung, die heute von der Sozialistischen Partei so stark und betont vertreten wurde, auch bei den entsprechenden Gelegenheiten durch die Tat bewiesen werden. Die Zeit wird nicht ferne sein, da die Liberalisierung kommt. Das Hereindrängen der Auslandsproduktion wird unsere politische und wirtschaftliche Führung vor die schwersten Aufgaben stellen. Es wird notwendig sein, daß man hier nicht nur eine Klasse, einen Stand, sondern daß man alle sieht, wenn alle leben und eine Zukunft haben wollen.

Hoher Landtag, ich habe mich herzlich gefreut über die allgemeinen Bemühungen, die Technisierung in der ländlichen Hauswirtschaft vorwärts zu treiben, denn es ist wirklich so, daß unsere Bäuerinnen alles in einer Person sein sollen, sie würden es wirklich in jeder Hinsicht verdienen, daß man sie entlastet, weil sie vielfach zusammenbrechen und unsere Spitäler füllen und wir dabei oft noch erleben, daß sie die Kosten gar nicht aufbringen. Meistens ist die Ursache der Erkrankung Überarbeitung. Ich denke dabei daran, wie es schon vor kurzem ein Rauschen im Blätterwald gegeben hat, als man auf die jugoslawischen Eier einige Groschen Zoll legte. Ja, Hoher Landtag, das Stromgeld

für diese elektrischen Geräte, die man da schaffen will, das wird ja vielfach — vor allem was die Hauswirtschaft anlangt — von den Bäuerinnen mit ihrem Eiergeld zusammengebracht werden müssen, weil das eine ständige Ausgabe ist. Ich sage noch einmal, ich würde mich freuen, wenn wir lesen, daß die Meinung, die vor allem der Herr Abg. Rösch heute hier vertreten hat, auch von der seiner oberen Führung vertreten wird. Sind Sie uns aber nicht böse, wenn wir hinsichtlich der Maschinenhöfe, hinsichtlich aller dieser Dinge etwas vorsichtig sind und empfinden Sie das bitte auch nicht als eine Bosheit, wenn ich sage: Ich glaube, Herr Abg. Rösch und auch der Herr Landesrat Dr. Stephan war noch nicht hier, als der Parteifreund des Herrn Abg. Rösch, der Herr Zentralsekretär Abg. Taurer so nett war, uns zu sagen, daß er sogar eine Kartei darüber habe, wer von den Bauern ein Klavier oder ein Radio hat. (Abg. Taurer: „Das ist doch eine Verdrehung!“) Aber Herr Abg. Taurer, streiten Sie das doch nicht ab, stehen Sie zu Ihrem Wort, Sie brauchen sich nicht zu schämen, warum soll man das nicht registrieren. Ich bitte Sie daher, Herr Abg. Rösch, verstehen Sie auch den Standpunkt meiner Kollegen, die noch etwas vorsichtig sind und der Bekehrung und Läuterung noch nicht ganz glauben.

Glauben Sie mir, es wäre sehr nett und es würde für mich ein Vergnügen sein, mit Ihnen über Agrarfragen zu diskutieren. Sie haben gut herauszuarbeiten versucht, daß auf die Bergbauern zu wenig geschaut wird. Ja, das stimmt, aber, wie gesagt, bei der öffentlichen Hand ist, ähnlich wie bei der Feuerwehr, der Daumen zu kurz. Die Lage der Landwirtschaft ist leider Gottes in den letzten Jahren dadurch so, — ich gebe Ihnen hier keine Schuld daran — daß sie von ihrem Standpunkt aus alles unternommen haben, um die Agrarpreise möglichst niedrig zu halten. Ich sage noch einmal, ich gebe Ihnen hieran keine Schuld, ich weiß ganz genau, daß auch die Löhne nicht so sind, wie wir sie gerne hätten. Aber ich konnte es nicht verstehen — vielleicht haben sie zuviel Angst gehabt —, daß in den Jahren, als gerade für das Vieh unserer Bergbauern gute Ausfuhrmöglichkeiten gewesen wären, Sie aus dieser Ausfuhrfrage eine hochpolitische Angelegenheit gemacht haben. (Abg. Wurm: „Wir haben ja selbst zu wenig Fleisch gehabt und mußten es einführen!“) Die Zeit war schon vorüber! Ich sage noch einmal, das Schlechtmachen hat überhaupt keinen Sinn. Ich bin der Auffassung, daß wir uns dazu bekennen müßten, in der Welt der stärksten Konkurrenz, die uns droht, alle einig zu sein, daß wir ausführen müssen, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem es für die österreichische Wirtschaft am günstigsten ist. Nicht nur der Handel, nicht nur der Bauer, wir alle sind daran interessiert.

Hoher Landtag! Nun zur Frage: Der Bauer als Konsument. Es fällt mir garnicht ein, zu behaupten, daß dann, wenn man dem Bauer das Geld gibt, indem man es den anderen weg-

nimmt, alles blühen und gedeihen wird. Es wird die Zeit kommen und sie ist nicht ferne, wo man von Seite der Industrie, und zwar auch der verstaatlichten Industrie, aus nach Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft rufen wird, um bei verschiedenen Maschinen und Geräten, wie z. B. auch beim Traktor, zu einem Absatz zu kommen. Ich habe auf meiner Fahrt in den letzten Wochen — ich möchte nicht sagen wo — tausende und tausende von Maschinen stehen gesehen und man hat uns gesagt, „wenn wir sie hier nicht anbringen, dann um jeden Preis irgend wohin damit“. Ich habe gesagt: „Hoffentlich aber möglichst weit weg von uns.“ Auch diese Seite muß bei all diesen Maßnahmen beachtet werden und wenn wir heute der Landwirtschaft bei verschiedenen Maßnahmen Gelder zubilligen, so bin ich der Überzeugung, daß alle diese Gelder in einem Jahr durch viele Kanäle allen anderen Wirtschaftskreisen zugeflossen sind. Uns wäre es ja auch lieber, wenn wir mit unseren Beihilfen mehr als einen Anreiz geben könnten und wenn wir sagen könnten, „wir geben Dir, wenn Du nichts hast, ausreichend“. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß unsere Mittel nicht nur einen Anreiz darstellen, sondern oft eine wirkliche Hilfe, die dazu geeignet ist, viele kleine Betriebe überhaupt wieder leistungsfähig zu machen.

Der Herr Abg. Brandl hat die Landesregierung aufgefordert, das landwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz zur Tat werden zu lassen. Ich hoffe, daß der Hohe Landtag sich in den nächsten Monaten mit dieser Frage beschäftigen wird. Wir sind auch der Auffassung, daß Landarbeit Facharbeit werden muß. Ich hoffe und glaube, daß es möglich ist, den ländlichen Facharbeiter so zu stellen, daß er nicht mit neidischen Augen auf die anderen Facharbeiter zu blicken haben wird. Es wird ein harter und schwieriger Beginn sein, er wird abhängen von dem, was Sie und wir alle der Landwirtschaft zubilligen.

Ich erlaube mir, auf einen sicherlich wohlgemeinten Ratschlag zurückzukommen, er hat gelaute: „Ja, Ihr vom Bauernbund, Ihr habt Euch den falschen Kampf- und Weggefährten gesucht, Ihr müßt Euch mit dem Arbeiter zusammenschließen.“ Meine sehr geehrten Sozialisten, warum immer in Klassen denken, warum immer in Klassen handeln? Ich bin der Auffassung, daß unser Mittelstand, daß unsere Gewerbetreibenden, unser Handel, unsere freien Berufe überhaupt, ein wesentlicher und wertvoller Bestandteil unseres Volks sind. Wir wollen diese Klassenaufsplitterung nicht, wollen niemals als österreichische Bauern uns dazu hergeben, eine andere so wesentliche Schichte unseres Volkes zum Verschwinden zu bringen. (Abg. Taurer: „Wer hat das verlangt?“) Sie haben das Wort von den Klassen hereingebracht! Vielleicht überlegen Sie sich die Worte, man kann sich nicht voreilig ein Urteil bilden. Ich werde mir meine Worte überlegen, tun Sie das auch! Es sind hier die schwedischen Verhältnisse erwähnt worden. Schweden ist sicherlich ein

schönes und ein wohlhabendes Land. Es ist in zwei Kriegen immerhin auf der Seite der Zuseher gestanden, das ist für einen Staat jedenfalls, ich mag nicht sagen ein Gewinn, aber jedenfalls von großem Vorteil. Ich habe auch in Schweden gefunden, daß es viele Kleinbauern gibt, aber daß diese Kleinbauern meist nebenbei, oft sogar hauptberuflich noch eine Beschäftigung haben, so ähnlich wie unsere burgenländischen Wochenendbauern. Wenn wir die Möglichkeit hätten, eine Heimindustrie auszubauen und den Absatz dazu, oder diese Kleinbauern in Industrie oder Bergbau über die Wintermonate etwas verdienen zu lassen, wenn unsere Wirtschaft das könnte, dann würden wir dieses Problem Kleinbauerntum erfolgreich lösen können. Wir würden dann vielleicht dem schwedischen Beispiel nahekommen. Ich bin seinerzeit, ich glaube von Herrn Abg. Hofmann, angegriffen worden, daß auch ich einer von jenen sei, der manchmal einen Bauernbuben oder ein Bauerndirndl irgendwo hineinhilft. Es geht natürlich nicht, daß man um das Dorf einen Zaun macht und niemand herausläßt. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten.

Darf ich schließlich sagen: Möge sich dieser gute Wille und mögen sich diese guten Vorsätze, die wir gerne zur Kenntnis nehmen, auch auf der höheren Ebene der Sozialisten in die Tat umsetzen, möge unser Volk so denken, daß der Bauer, der Arbeiter, der Mittelstand nicht nur im Rahmen der Parteien sondern als österreichische Menschen zusammenkommen. Das wird das festeste Band sein. (Starker Beifall bei ÖVP.)

Landesrat Brunner: Hoher Landtag! Im Voranschlag für das kommende Jahr finden wir eine große Anzahl von Posten für den Fremdenverkehr direkt und indirekt und man könnte glauben, daß gerade für diesen Zweck namhafte Beträge ausgeworfen wurden. Nun, es ist nicht so! Die Posten, welche eine direkte oder indirekte Verbindung mit dem Fremdenverkehr haben, sind im großen und ganzen genommen, im Verhältnis zur großen Bedeutung des Fremdenverkehrs nicht gar so gut dotiert.

Nun, meine Damen und Herren, wir müssen bei einer solchen Gelegenheit, wie es die Beratung des Budgets ist, einen Rechenschaftsbericht abgeben, was mit diesen Geldern im Laufe dieses Geschäftsjahres geschehen ist. Man wird nicht jeden einzelnen Posten aufzählen, ich will Sie aber daran erinnern, für welchen Zweck diese Gelder, die uns im Vorjahre bewilligt wurden, Verwendung gefunden haben. Da waren in erster Linie Werbereisen mit Vorträgen in Deutschland, in Holland, Belgien mit Bildern, dann die Errichtung eigener Werbestellen in Deutschland, England, Italien, Frankreich. Wir haben den Fremdenverkehrs-Investitionsfonds, der im vorigen Jahr mit 1 Million Schilling im außerordentlichen Haushalt aufgenommen wurde. Von diesen sind 500.000 S in den ordentlichen Haushalt über-

führt worden, also ist dieser Betrag zusätzlich. Der Eingang aus der Fremdenverkehrsabgabe ist bekanntlich teils 20, teils 40, teils 60 g für je eine Übernachtung. Die Differenzierung richtet sich nach ausgesprochenen Fremdenverkehrs-orten und solchen, die weniger als solche anzusprechen sind und 20 g pro Übernachtung für alle übrigen Ortschaften. Die Einnahmen aus diesem Titel betragen ungefähr 800.000 S und 500.000 S wurden überführt, so daß wir in der angenehmen Lage waren, 1.300.000 S für Zwecke des Investitionskredites zu verwenden. Die Hinausgabe dieses Kredites erfolgte unter bestimmten Voraussetzungen. Es brauchte der Bewerber um einen solchen Kredit nicht unbedingt Fremdenverkehrszimmer in einer gewissen Anzahl haben. Wir gaben diese Kredite an Personen, die irgendwelche Einrichtungen benötigten, Kühlschränke u. dgl. . . . oder irgendwelche sanitäre Anlagen. Die Bewerber, die da um einen Kredit ansuchen, werden überprüft auf ihre Kreditwürdigkeit und wenn sie auch keinen Realbesitz haben, so wird das sehr tolerant behandelt und man ist mit Sicherstellungen und Pfandgegenständen formeller Art zufrieden.

Wir haben weiters für die Lurgrotte, für Schwimmbäder, für Veranstaltungen verschiedener Art, für Schutzhütten, Sessellifte, Schlepplifte, für Filme, verhältnismäßig hohe Beträge verausgabt.

Indirekt haben wir auch durch die Pflege unserer Kultur- und Kunstdenkmäler, kurz und gut durch alles, was unter den Titel „Kultur“ fällt, ebenfalls für den Fremdenverkehr gute Dienste geleistet. Ich weise nur auf unser nicht nur bei uns sondern weit über unsere Grenzen hinaus bekanntes Joanneum hin, eine Kunststätte ganz großer Art. Unser Erzherzog Johann hat ja diese Kunststätte geschaffen und tausende und abertausende Menschen besuchen sie jährlich. Oder denken wir an das Schloß Eggenberg, — es muß heute hingewiesen werden auf diese Schätze unserer Heimat — das ja bekanntlich durch wilden Vandalismus zugrunde gerichtet worden ist. Durch jahrelange Arbeit und Bewilligung von ziemlich hohen Mitteln erst ist es gelungen, heuer im Juli Eggenberg wieder seiner Bestimmung zu übergeben. Es ist ein unvergängliches Verdienst meines Vorgängers, des heutigen Herrn Ministers Dr. Illig, daß wir Eggenberg in dieser Aufmachung wieder für unser Land haben, diese Perle auf diesem Gebiet. Über 700 Säle befinden sich in Eggenberg und es stehen zwar nicht alle, aber doch die großen Ausstellungssäle der Bevölkerung zur Verfügung.

Durch Herausgabe von Prospekten, Abhaltung von Bilderwettbewerben, durch pflegliche Behandlung von Anlagen und Wegen, so weit uns dies im Rahmen unserer vorhandenen Mittel möglich war, haben wir auch einen kleinen, ich will nicht sagen, einen großen Anteil an den Einnahmen, die durch den Fremdenverkehr ins Land gekommen sind. Wir haben im Jahr 1953

rund 1500 Millionen an Devisen in die Tresors der Nationalbank abführen können. Jedenfalls ist das eine große Summe und kein Jahr, auch die Jahre vor 1938 haben auch nur annähernd solche Beträge aus dem Titel Fremdenverkehr gebracht. Diese Beträge fließen, wie schon gesagt, der Nationalbank zu. Durch die dort liegenden Devisen werden wir immer freier und unabhängiger von der bisher gebundenen Wirtschaft, von den Importen, die wir durch Kopplungs- oder Kompensationsgeschäfte tätigen mußten. Heute ist die Nationalbank schon in der Lage, auf direkte Devisenanforderungen zur Bezahlung der Importe Devisen zur Verfügung zu stellen. Die Voraussetzung dafür aber waren die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr. Selbstverständlich bringt uns auch der gehobene Export, der unserer gefestigten Währung und der richtigen Relation zum Dollar zu danken ist, namhafte Devisenbeträge herein. Im Beherbergungsgewerbe in Österreich sind 7% aller Arbeitnehmer beschäftigt, sowohl direkt als auch indirekt. Auch das ist also eine Auswirkung des Fremdenverkehrs. Der Fremdenverkehr ist an vierter Stelle Devisenbringer. Er ist als solcher deshalb für uns so wertvoll, weil die Personen, die zu uns nach Österreich kommen, uns die Devisen entweder selbst hereinbringen oder durch den Ankauf des Schillings im Ausland uns die Devisen zufließen bzw. überschrieben werden. Es ist auch so, daß die Menschen, die zu uns kommen, nicht nur die Gaststätten und die Fremdenverkehrsbetriebe beleben sondern auch der Bauer profitiert indirekt davon, weil er dadurch seine Produkte besser absetzen kann. Wenn der Bauer gar in der Lage ist, in seinem Bauernhaus einige Fremdenzimmer einzubauen, so kann er als Urproduzent seine Gäste verpflegen und hat dadurch Mehreinnahmen. Wenn man in die Ramsau kommt, wird man finden, daß fast in jedem Bauernhaus 2 bis 3 Zimmer den Fremden zur Verfügung stehen.

Wir haben außerdem noch Einnahmen, an die gewöhnlich gar nicht gedacht wird. Wir haben z. B. die Mineralölsteuer, die bezüglich der Höhe an die übrigen Staaten ziemlich angeglichen ist. Außerdem haben wir noch einen Zuschlag zur Mineralölsteuer. Dieser Zuschlag ist bekanntlich eine Zwecksteuer und wird nur für die Straßen verwendet. Wenn Fremde zu uns nach Österreich kommen, und sie würden sonst nichts brauchen, so brauchen sie bestimmt Benzin und dadurch haben wir entsprechende Einnahmen, die gerade in diesem Jahr unerwartet hoch gewesen sind. Wenn wir uns das alles sichern wollen, müssen wir uns darüber den Kopf zerbrechen, wie wir den Fremdenverkehr noch mehr ausbauen können. Wir müssen die Unterkünfte, die den Fremden zur Verfügung stehen, weiter ausbauen und hauptsächlich Wert darauf legen, daß auch die Klein- und Mittelbetriebe entsprechend aufnahmefähig sind. Dazu ist es notwendig, daß in diesen Betrieben sanitäre Anlagen geschaffen und sonstige Verbesserungen an den Betrieben vorgenommen werden. Wir haben auch Straßen und Wege und verschiedene

andere Anlagen, die der Fremde benützt; die Straßen, wenn er mit dem Wagen zu uns kommt, die Wege und Anlagen, wenn er auf Spaziergängen sich Erholung verschaffen will. Wir haben daher die Werbung fortzusetzen durch Vorträge, eventuell Bildvorträge und wir haben vor allem die zu uns kommenden Fremden entsprechend zu behandeln. Das gilt nicht nur für den Gastwirt, für den Inhaber eines Hotels, sondern auch für die Bevölkerung. Ich möchte daher sagen, wir müssen schon in der Volksschule damit beginnen, über die Mittelschule, und wenn es notwendig ist, auch noch höher hinauf, unsere Bevölkerung immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir aus dem Titel Fremdenverkehr den sichersten und besten Eingang an Devisen für unsere Wirtschaft haben können. So müssen wir mithelfen, die verbindliche Art des österreichischen Menschen, die ja überall in der Welt bekannt ist, noch mehr zu pflegen, damit sich der Fremde hier wohlfühlt. Dann, wenn dies der Fall ist, ersetzt dieser Fremde viel Prospekte und anderes Werbematerial. Er wird Österreich überall empfehlen und uns dadurch auf dem Gebiet der Propaganda Plakate, Annoncen u. dgl. sparen helfen. Daher müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß die Ämter und alle Menschen, die mit den Fremden zusammenkommen, die Exekutive, die Polizei angewiesen werden sollen, den Fremden gegenüber höflich und entgegenkommend zu sein.

Wir haben in der Nähe von Graz, in Thalerhof, schon seit dem Jahre 1923 einen Flughafen. 5 Fluggesellschaften haben hier ihr notdürftiges Unterkommen gefunden bzw. sind mit ihren Flugzeugen gelandet. Jetzt hat sich vor wenigen Tagen die Fluggesellschaft in Wien konstituiert. Es ist höchste Zeit, daß auch das Land und die Stadt Graz sich bemühen, möglichst rasch das Flugfeld am Thalerhof so auszubauen, daß dann, wenn wir selbst unsere Fluggesellschaft aktivieren können, bei den Linien, die über Graz gehen, der Flugplatz am Thalerhof auch angefliegen werden kann. Zur Zeit haben wir nur Fluggesellschaften aus Italien und Jugoslawien in Thalerhof. Vor 2 Jahren hätten wir die Möglichkeit gehabt, daß eine holländische Gesellschaft Graz angefliegen hätte, doch hatten wir keine Startbahn für schwere Maschinen, die auf eine Betonbahn angewiesen sind. Diese holländische Gesellschaft hätte zur Unterbrechung ihrer Reisen Graz aussersehen. Es werden in den nächsten Jahren, vielleicht sogar schon in einem halben Jahr weitere Flugzeuggesellschaften aus Belgien, Schweden u. dgl. ihre Route so einteilen, daß Graz einbezogen werden kann. Daher ist es Aufgabe des Landes, alles zu tun, um noch im Jahre 1954 mit dieser Startbahn fertig zu werden. Bei der letzten Anwesenheit Minister Dr. Illig wurde darüber eingehend und ernst gesprochen und sowohl die Stadtgemeinde Graz wie auch das Land haben sich durch ihre Finanzreferenten bereiterklärt, der Sache näherzutreten und, wenn wir selbst das Kapital im Lande nicht haben, durch Finanzierung diesen Betrag beizustellen, damit wir möglichst rasch

dazukommen, daß in Thalerhof schwere Maschinen, die jetzt hauptsächlich in Verwendung sind, starten können. Alle anderen Arbeiten, die keine großen Beträge verschlingen, werden langsam im Laufe des Jahres gemacht werden. Jetzt sind wieder 950.000 S im Budget drinnen. Sie können versichert sein, daß die Landesregierung gerade dieser Frage ihr größtes Augenmerk zuwendet, weil der Flugverkehr, wenn er auch keine kommerzielle Sache ist, kein Geschäft, so doch unbedingt zur Förderung des Fremdenverkehrs notwendig ist und wir müssen natürlich der ganzen Angelegenheit, um den Fremdenverkehr zu fördern, raschestens beikommen.

Wir haben die Marshallhilfe, das ist auch eine Sache, die den Fremdenverkehr berührt. Insgesamt wurden seit Bestehen dieser Hilfe, und zwar bis 30. Juni 1953, 1013 Betriebe mit zusammen 271.203.000 S aus ERP-Mitteln mit Krediten beteiligt. Damals war die Voraussetzung, Devisen sparen, Devisen bringen. In dem Falle konnten nur große, keine mittleren Betriebe, wenn sie nicht den Nachweis erbringen konnten, daß 51% ihrer Gäste Ausländer waren, ERP-Mittel bekommen. Jetzt, infolge des Rückfließens dieser Annuitäten und Zinsen ist die ERP-Dienststelle, wo diese Kredite behandelt werden, in der Lage, auch jene zu befriedigen, die überhaupt keine Ausländer haben. Wenn sie bis zu 15 Betten aufstellen können, bekommen sie diesen Kredit zu einem erträglichen Zinsfuß auf die Zeit von 8 bis 15 Jahren. In neuerer Zeit, vor wenigen Monaten hat Minister Dr. Illig eine neue Form des Kredites für Gaststätten von 20.000 S bis 100.000 S auf längere Zeit zu einem verhältnismäßig niederen Zinsfuß eingeführt. Wenn wir den Fremdenverkehr beleben wollen, müssen wir alle diese Dinge in Rechnung stellen und unsere Arbeit auf eine breitere Basis einstellen. Wir haben, wie ich schon sagte, die Voraussetzungen dafür. Wir haben ein herrliches Land und wir bilden uns nicht ein, daß wir vielleicht keinerlei Mängel haben. Aber wenn sie vorhanden sein sollten, müssen wir uns Mühe geben, sie auszuschalten. Wir haben in Europa das Recht, als Fremdenverkehrsland angesprochen zu werden, weil wir besonders dem kleinen und mittleren Mann bei uns einen angenehmen Aufenthalt verschaffen. Ich erinnere Sie heute an die große Reise von deutschen Arbeitern, die zu uns ins Ennstal gekommen sind. Sie haben sich über ihren Aufenthalt sehr gut ausgesprochen, ihr Urteil ist mir maßgeblich gewesen, sie werden wiederkommen. Es wird an uns liegen, daß dieses Wiederkommen sich recht oft wiederholt.

Wenn ich nun noch kurz das Gewerbe, das auch in der Gruppe 7 enthalten ist, streife, möchte ich sagen, daß die gewerblichen Kredite, die schon im Vorjahre behandelt wurden, die im außerordentlichen Voranschlag aufgeschienen sind, in der Höhe von 1 Million Schilling in dieser Höhe nicht in Verwendung genommen werden konnten, weil die Voraussetzungen, ein diesbezügliches Gesetz, nicht vorhanden war. Dieses Gesetz ist fertig, es wird die nächste

Regierungssitzung beschäftigen und dann dem Hohen Haus zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Wir haben heuer im ordentlichen Haushalt diese eine Million Schilling aufgenommen und es kann nach Verabschiedung des Gesetzes schon davon Gebrauch gemacht werden. Es hat dies deshalb besonderen Wert, weil wir den gleichen Betrag von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft in Steiermark bekommen, so daß wir nicht eine Million, sondern eigentlich zwei Millionen Schilling für die Kleinstgewerbebetriebe zu einem sehr, sehr mäßigen Zinsfuß zur Verfügung haben. Es ist dies auch ein Mittel dazu, den gewerblichen Mittelstand zu erhalten und zu stützen und ihm die Existenz zu erleichtern. Besonders jenen Menschen, die durch die Novellierung des Gewerberechtes die Möglichkeit haben, ein Gewerbe zu beginnen, muß man helfen, weil es oft so ist, daß sie in ihrer Gehilfenzeit nicht die Möglichkeit hatten, Beträge zur Anschaffung von Maschinen oder sonstigen Erfordernissen, die man als Gewerbetreibender braucht, zu ersparen. Sie können aber etwas, nämlich die Voraussetzungen erfüllen, die das Gesetz vorschreibt und daher muß man ihnen die Möglichkeit geben, sich eine Existenz zu gründen.

Hohes Haus! Ich habe Ihnen nun kurz über den Fremdenverkehr und im Zusammenhang damit über Kunst und Kultur berichtet. Ich möchte meinen Dank aussprechen als zuständiger Referent den Beamten der Abteilungen 4 und 6 und auch des Landes-Eisenbahnamtes, die mir unterstehen. Die Beamten haben sich wirklich bemüht, alles zu tun, um unserer Sache, die ja auch die ihrige ist und der Sache jedes einzelnen im Lande, aufrichtig zu dienen. (Beifall und Bravorufe!)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Ich werde mich sehr kurz fassen und mich auf drei Minuten beschränken, was sicher allgemeinen Beifall finden wird. (Beifall.) Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, wenn nicht mein Vorredner, Herr Landesrat Brunner, es verabsäumt hätte, einen von mir in der Generaldebatte besonders kritisierten Umstand zu berühren. Ich meine damit den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds, der nach unserer Meinung bisher nicht in der Weise eingesetzt wurde, wie man es füglich von ihm erwarten konnte. Ich habe mich im Ausschuß und auch seinerzeit bei der Sitzung des Fremdenverkehrsbeirates des Landes Steiermark mit dieser Frage eingehend beschäftigt und habe nun nur noch einmal konkret die Frage zu stellen, ob im Gegensatz zur bisherigen Gepflogenheit der Referent für Fremdenverkehr beabsichtigt, die Mittel aus dem Fremdenverkehrsinvestitionsfonds nach einer überlegten Planung zu vergeben.

Landesrat Brunner: Wir haben diesen Fonds für alle Betriebsstätten, die dem Fremdenverkehr dienen, nicht nur für Hotels oder größere Betriebe, sondern auch für den kleinen Mann, und zwar auch dann, wenn er keine Fremdenzimmer hat.

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlußwort hat der Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. Ertl: Ich beantrage, das Hohe Haus möge die im Finanzausschuß einstimmig beschlossenen Ansätze und Erhöhungsanträge genehmigen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 7 mit den in der Beilage 22 enthaltenen Abänderungsanträgen des Finanzausschusses zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8, „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“. Berichterstatter ist Abg. Hegenbarth. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Die Gruppe 8, „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“ weist ursprünglich im Voranschlag Ausgaben in Höhe von 16,786.700 S aus, denen Einnahmen von 8,975.700 S gegenüberstehen. Die Abänderungsanträge im Finanzausschuß und im Kreise der Landesregierung haben diese Ziffern verändert. Die Ausgaben betragen nunmehr 17,038.700 S und die Einnahmen 9,195.700 S im ordentlichen Haushalt und im außerordentlichen Haushalt betragen die Ausgaben 21,500.000 S und die Einnahmen 10,000.000 S. Ich bitte namens des Finanzausschusses, der Gruppe 8 die Zustimmung zu geben.

Präsident Wallner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Abgeordneten, die der Gruppe 8 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, „Finanz- und Vermögensverwaltung“. Berichterstatter ist Abg. Taurer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Taurer: Meine Damen und Herren! Die Ansätze und die Abänderungsanträge des Finanzausschusses sind Ihnen bekannt. Ich beantrage im Namen des Finanzausschusses, vorlagegemäß zu beschließen.

Landesrat Horvatek: Hohes Haus! Wir sind wenige Tage vor Weihnachten. Es ist selbstverständlich, daß die Kinder, ehe sie einschlafen, alle möglichen Wünsche im Traum auftauchen sehen. In manchem Elternhaus ist es üblich, daß die Kinder ihre Wünsche niederschreiben und für das Christkind zwischen die Fenster legen. Eine solche weihnachtliche Stimmung scheint auch bei einem Teil der Herren Abgeordneten zu herrschen. Es sind zwei Tage lang lauter Wünsche geäußert worden, Wünsche, die nur einen interessieren können, nämlich den Finanzreferenten. Er wurde teils in fragendem, teils in schmolldendem, teils in bittendem Ton ersucht, wenn schon nicht im heurigen, so doch wenigstens im nächsten Jahr diese oder jene Post entsprechend zu erhöhen und er wurde getadelt, weil er eine Reihe von Posten gekürzt habe und

mit seinem Rotstift geradezu verderbliches Unheil angerichtet hat.

Ich muß schon sagen, die ganze Art, wie hier Finanzfragen behandelt werden, finde ich nicht wirklich ernst. Denn jeder von Ihnen weiß, daß man nicht mehr ausgeben kann, als man hat. Ich möchte den Herrn Kollegen Landesrat Pirisch dringend einladen, daß er und seine Klubkollegen sich auch ins Stammbuch schreiben: „Willst Du ordentlich wirtschaften, dann gib nicht mehr aus, als Du einnimmst.“ An mich Forderungen zu stellen, die nicht erfüllt werden können, beweist, daß man entweder nur zum Fenster hinaus redet und demagogische Forderungen stellt oder daß man den Voranschlag nicht angesehen hat. Ich habe in meiner Einbegleitung zum Voranschlag ausdrücklich darauf hingewiesen, wie die Finanzlage des Landes ist. Der Herr Abg. Stöffler hat mir damals auch nicht Gehör geschenkt, denn sonst hätte er uns nicht erzählen können von dem herrlichen Baum der Erfüllung, den der Herr Finanzminister Dr. Kamitz aufgestellt hat und unter dem — wie einer der Herren des VdU gesagt hat — wir nicht bereit sein werden, Ringelreihen zu tanzen. Denn dazu wäre kein Anlaß.

Wie steht es nun wirklich? Wollen wir uns die Wahrheit ansehen? Im Jahre 1953 waren an Bundesertragsanteilen nach Angaben des Herrn Finanzministers vorgesehen für Steiermark 321,818.000 S. Das Ergebnis der vereinnahmten Bundesertragsanteile hat betragen 367,540.000 S, d. h. es ist im heurigen Jahr ein Mehrertrag an Bundesertragsanteilen von 45,7 Millionen Schilling zu verzeichnen. Ich habe 1952 bei Beratung des Landesvoranschlages darauf hingewiesen, daß mir die Angaben des Herrn Finanzministers nicht richtig erscheinen, daß er gemessen an dem Gebarungsergebnis 1951 viel zu niedrige Ansätze gemacht hat. Das hat sich nun durch die Tatsachen bestätigt. Heuer können wir nach seinen Mitteilungen an Bundesertragsanteilen 351,146.000 S einsetzen, d. h. der Bundesfinanzminister setzt die Bundesertragsanteile entgegen den Erfahrungen aus dem Jahre 1953 um 16,594.000 S niedriger ein. Nun aber muß ich annehmen, daß er sich mit der Vereinfachung der Lohn- und Einkommensteuer nicht begnügen und er dem ersten Schritte noch weitere folgen lassen will, die die Einnahmen des Landes weiter kürzen würden.

Schauen wir weiter: Ich habe darauf hingewiesen, daß im Jahre 1954 trotz Minderung der Einnahmen aus der Einkommenbesteuerung ein Mehrertrag an Bundesertragsanteilen von 29,3 Millionen Schilling zu bugetieren ist. Das wären die Geschenke, die vom Freudenbaum des Finanzministers für Steiermark zu holen sind. Ich brauche 16,3 Millionen Schilling für die Entlohnung der Beamtengehälter, die der Bund, ohne die Länder zu hören, beschlossen hat. Ich gönne unserer Beamenschaft die Erhöhung. Ich stelle aber fest, ein Geschenk besteht für uns nicht. Wir geben diese Ausgabe als Pflichtausgabe aus und können sie für andere Zwecke

nicht benützen, wohl nimmt uns aber der Bund von diesen 29,3 Millionen Schilling 6,674.000 S an erhöhten Bundesvorzugsanteilen, so daß als Geschenk des Bundesministers auf Grund der hervorragenden Erfolge, die uns Abg. Stöffler eingehend geschildert hat, nach 6,3 Millionen Schilling bleiben. Im Jahre 1952 (Landeshauptmann Krainer: „Solange es mehr ist, ist es ein Erfolg.“) wurde behauptet, ich hätte eine Reihe von Posten mit dem Rotstift ungehörig zusammengestrichen. Wenn ich die Wünsche der Herren auf der Gegenseite damals erfüllt hätte, hätte ich mindestens 40 Millionen Schilling mehr haben müssen, ich habe aber nur 6,3 Millionen Schilling, daher war es von vornherein vollkommen ausgeschlossen, weitergehende Wünsche zu erfüllen.

Wie sieht es beim Voranschlag 1954 aus? Ursprünglich wurden an Ausgaben um 114 Millionen Schilling mehr verlangt, als in der vorliegenden Regierungsvorlage ausgewiesen sind. Ich mußte daher aus den ursprünglichen Ansätzen der Ordentlichen Gebarung nicht weniger als diese 114 Millionen Schilling herausstreichen. Was ist durch die Beratung in der Landesregierung und durch die Beschlüsse des Finanzausschusses geändert worden? An Stelle von den gestrichenen 114 Millionen Schilling sind vom Ausschusse 21,6 Millionen Schilling mehr im ordentlichen Haushalt vorgesehen worden. Das hat eine eigene Bewandnis: Wenn ich aus einer bestimmten Menge für den Zweck A mehr entnehme, als gewollt, kann ich für den Zweck B um das weniger geben. Eine bestimmte Menge Geldes kann ich nicht vergrößern, wohl aber verschieden verteilen. Wir haben zwar den ordentlichen Haushalt etwas ausgeweitet, den außerordentlichen Haushalt aber dadurch auf höchst schwache Beine gestellt. Die Deckung für die ordentliche Gebarung, die um 21,6 Millionen Schilling höher geworden ist, besteht aus den 2 Millionen Schilling Schulbaukosten, die wir aus dem ordentlichen Budget ins außerordentliche verbannt haben, aus 3 Millionen Schilling für Straßen- und Brückenbeiträge, die wir ebenfalls aus der ordentlichen in die außerordentliche Gebarung übernehmen mußten, weiters aus 11,357 Millionen Schilling, die wir zur Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes zur Verfügung hatten, aber im ordentlichen Haushalt verbraucht haben, weiters aus 3,883.200 S, die wir durch Bindungen beim Amtssachaufwand und Förderungsbeiträgen hereinsparen wollen und schließlich 1,422.000 S, die wir mühsam noch bei einigen Einnahmsquellen zusammenkratzen konnten, so daß der ordentliche Haushalt bis auf die Bindungsmittel bedeckt wurde.

Im außerordentlichen Haushalt sieht es so aus: Er sah Ausgaben vor in der Höhe von 74,014.000 S. Da mir das unzulänglich schien, weil es an der Bedeckung mangelte, wurde er auf 44,240.000 S gekürzt. Hiefür waren zur Bedeckung 15,144.000 S aus der ordentlichen Gebarung und aus Einnahmen beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und 19 Millionen Schilling aus der Betriebsmittelreserve zur Verfügung, so daß

wir den außerordentlichen Landesvoranschlag mit rund 34 Millionen Schilling hätten bedecken können und nur 10 Millionen Schilling unbedeckt geblieben wären. Nun wurde der außerordentliche Voranschlag ausgeweitet, er beträgt nunmehr 78,235.400 Schilling. Seine Bedeckung besteht aus zusammen 22,7 Millionen Schilling. In diesen 22,7 Millionen Schilling sind aber 19 Millionen Schilling der Betriebsmittelreserve enthalten; man kann sagen, daß der außerordentliche Landesvoranschlag nur mit etwas mehr als einem Viertel bedeckt ist. Nun erwartet man, daß ich in der Lage sein soll, die Beträge aufzubringen, die wir gebunden haben, damit die Voranschlagsansätze beim Amtsaufwand und bei den Förderungsmitteln voll zur Anweisung gelangen und der außerordentliche Voranschlag in den meisten Posten seine Bedeckung findet und hofft noch, daß der Voranschlag 1955 die zurückgestellten Wünsche der Herren, die sie in großer Zahl geäußert haben, berücksichtigt.

Ich habe bei meinen Ausführungen anlässlich der Einbringung des Landesvoranschlages auf folgendes hingewiesen: Die Mehreinnahme, die sich 1954 an Bundesertragsanteilen nur mit dem Betrag von 6,3 Millionen Schilling auswirkt, ist 1955 nicht mehr vorhanden. Im Jahre 1955 kommen zwei weitere Stufen der Entnivellierung, die 36 Millionen Schilling mehr erfordern. Glauben Sie, daß wir im Jahre 1955 6,3 Millionen Schilling und noch 36 Millionen Schilling dazu einnehmen werden, glauben Sie, daß da Platz sein wird, die Forderungen der Landwirtschaft, die 18 Millionen Schilling mehr betragen, von denen 9 Millionen Schilling keine Bedeckung fanden, noch zu befriedigen? Oder glauben Sie, daß ich dann in der Lage wäre, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier die berechtigt geforderten 28 Millionen Schilling für Straßenbauten, die ich ihm nicht geben konnte, für das Jahr 1955 zur Verfügung zu stellen? Und neben all dem die Ausweitung des Budgets mit immer neuen Aufgaben, deren zu geringe Dotierung hier beanstandet wird? Wir sollen als neue Aufgabe z. B. die Landesberufsschulen und deren Ausweitung übernehmen und die Technisierung der bäuerlichen Hauswirtschaft vornehmen, kurz und gut eine Reihe von völlig neuen Aufgaben. Ja, es wurde hier mitgeteilt, daß allein für die Anschaffung der notwendigen Spritzen zur Bekämpfung der San-José-Schildlaus 40 Millionen Schilling vom Land zur Verfügung stehen sollten. Ich muß sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, so kann man ein Budget natürlich nicht erstellen. Wenn wir der Meinung sind, daß es ein Verdienst des Herrn Finanzministers Dr. Kamitz sei, die Währung stabilisiert zu haben, so möchte ich sagen, er hat nur die Endphase vollzogen, alles andere war ja schon im Zuge. Es ist aber damit verbunden, daß in der stabilisierten Wirtschaft die Einnahmen nur so weit steigen können, als es der Aufwertung des Geldes entspricht. Wir müssen auch zu einer Stabilisierung der Ausgabenwirtschaft und zur Erkenntnis kommen, daß zuerst die Pflichtaufgaben des Landes erfüllt wer-

den müssen, dann erst jene Aufgaben, die das Land freiwillig übernommen hat und daß wir bei deren Dotierung vorsichtig sein sollen.

Ich muß dem Herrn Abg. Stöffler sagen, es ist mir noch nie der Vorwurf gemacht worden, daß ich einseitig die eine oder andere Gruppe deshalb berücksichtige oder schlechter behandle, weil sie von dem oder jenem politischen Referenten geführt wurde. Wer die Dinge kennt, weiß, daß ich die Aufgaben jeder Gruppe anerkenne und ebenso die Aufgaben jedes Referenten und daß ich mich bemühe, nach bestem Wissen und Gewissen jene Beträge zur Verfügung zu stellen, die im Rahmen des Budgets möglich sind. Es ist irgendwie sonderbar, daß jene Regierungspartei, die den Landeshauptmann stellt, dauernd darauf aus ist, das Regierungsmitglied, das die Finanzen zu verwalten hat, schlecht zu machen und zu verleumden, daß es einseitig vorgehe. Wenn es eine Entgleisung des Herrn Abg. Stöffler gewesen sein sollte... (Abg. Stöffler: „Es ist eine Tatsache.“) Sie werden sie aber beweisen müssen. Ich stelle, wenn ich mir die einzelnen Gruppen betrachte, folgendes fest:

Die Gruppe 0, Landtag, Landesregierung und Allgemeine Verwaltung, beansprucht von den Gesamtausgaben 18,5 %, das ist mehr gegenüber der Nachweisung des Jahres 1952 um 1,06 % oder gegenüber dem Voranschlag 1953 um 0,4 %. Die Gruppe 2, Schulwesen, weist eine Steigerung auf gegenüber der Nachweisung 1952 von 0,18 % und gegenüber 1953 von 0,41 % deshalb, weil die 2 Millionen Schilling für den Schulhausbau in den außerordentlichen Haushalt übertragen wurden. Die Gruppe 3, Kunst und Kultur, verlangt von den Gesamtausgaben 3,73 %. Sie ist gestiegen gegenüber 1952 um 0,26 % und gegenüber 1953 um 0,27 %. Die Gruppe 4, Fürsorge, beansprucht von den Gesamtausgaben 9,01 %, das ist gegenüber 1952 eine Steigerung von 0,3 %, gegenüber 1953 aber eine Verminderung um 1,26 %. Das ist eine Verminderung, die Frau Landesrat Matzner selbst erläutert hat und es ist nicht der Rotstift des Finanzreferenten, der willkürlich bei den Fürsorgeaufgaben Streichungen vornahm, sondern es sind die Voranschlagsposten nach den Erfahrungsziffern auf ihre richtige Größe zurückgeführt worden. Die Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, fordert von den Gesamtausgaben 28,3 %, das ist gegenüber dem Jahre 1952 ein Mehr von 3,43 %, hingegen gegenüber 1953 ein Mehr von 1,05 %, also jedenfalls nicht derart erschütternd, wie das Herr Abg. Stöffler hier darzulegen beliebte. Die Gruppe 6, Straßenwesen und Bauwesen, beansprucht 21,57 %, das ist gegenüber 1952 eine Steigerung um 3,29 % und gegenüber 1953 eine scheinbare Verringerung um 0,55 %, weil die 3 Millionen Schilling aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt übertragen worden sind. Sonst wäre auch hier eine Steigerung zu verzeichnen. Die Gruppe 7, Landwirtschaft, fordert 7,3 %, das ist eine Steigerung gegenüber 1952

um 1,62 % und gegenüber 1953 eine Steigerung um 1,09 %. Die Gruppe 8 ist die einzige Gruppe, die einen kleinen Abfall aufweist. Sie beansprucht 2,85 %, das ist gegenüber 1952 eine Verminderung um 0,2 % und gegenüber 1953 um 0,09 %. Wenn also behauptet wird, daß mein Rotstift eine derartige Änderung oder Verschlechterung der Dotierung der einzelnen Gruppen vorgenommen habe, so muß ich dazu sagen, daß diese Beurteilung nicht objektiv, sondern parteiisch war. Der Herr Abg. Stöffler hat versucht, seine Behauptung zahlenmäßig so darzustellen, als ob sie richtig wäre.

Ich darf in dem Zusammenhang noch auf eines hinweisen: Der Baum, den uns der Herr Bundesfinanzminister aufgestellt hat, dieser Freudenbaum trägt Dinge, die sonderbarerweise von ihm selbst schon abgepflückt waren und die schon lange — um mit den Worten des Herrn Ministers Dr. Illig zu sprechen — von ihm ad saccum genommen worden sind. Ich möchte auf folgendes hinweisen: Wenn nicht ein Sonderzuschlag zur Mineralölsteuer zu Gunsten des Bundes, entgegen den Vereinbarungen, eingehoben werden würde, so würde das Land um 42 Millionen Schilling mehr einnehmen. Wenn wir diese ganzen 42 Millionen Schilling im Land zur Verfügung hätten, könnte ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier für die Straßen auch größere Beträge bereit stellen. Aber das hat der Herr Finanzminister Dr. Kamitz schon ad saccum genommen. Es wird aber noch schöner, wenn wir uns die Umsatzsteuer ansehen. Würde nämlich kein Bundeszuschlag zur Umsatzsteuer eingehoben werden, dann würden wir im Jahre 1954 um 76 Millionen Schilling mehr einnehmen. Diese 76 Millionen Schilling würden ausreichen, nicht nur die Landwirtschaft ausgezeichnet zu dotieren, es könnte auch das Krankenhaus Wagna gebaut werden und es wäre immer noch genug da, um auch der Fürsorge mehr Geld zuzuweisen. Aber die Herren Finanzminister, die nicht meiner Partei angehören, haben im Laufe weniger Jahre die Landeseinnahmen derart geschmälert, daß für das Jahr 1954 für Steiermark ein Verlust von 118 Millionen Schilling entsteht. Man soll uns also nicht erzählen, daß man einerseits tapfer auf dem Standpunkt des Föderalismus steht und bereit ist, die Rechte der Länder jederzeit zu verteidigen, wenn man auf der anderen Seite dort, wo man könnte, also bei dem der eigenen Partei angehörenden Herrn Finanzminister ... (Landeshauptmann Krainer: „Seien Sie doch nicht so unsachlich! Wer ist denn die Regierung? Ist denn das eine reine ÖVP-Regierung?“) Entschuldigen Sie, Herr Landeshauptmann, ich antworte dem Herrn Abg. Stöffler und dieser war unsachlich. Wenn ich nach Ihrer Meinung unsachlich geredet haben sollte, möchte ich betonen, daß ich nur Zahlen bringe, die tatsächlich stimmen. Was der Herr Abg. Stöffler aber behauptet hat, stimmt nicht. Herr Abg. Stöffler, Sie haben in Ihrer Rede im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß Sie bereit seien, im Laufe der Debatte die Möglich-

keiten aufzudecken und zu zeigen, wo Einnahmen für das Land zu finden sind. Dieses Versprechen haben Sie bis jetzt nicht eingehalten. Die Möglichkeiten, wo wir noch einnehmen könnten, sind bis jetzt nicht aufgedeckt worden.

Der Herr Landesrat Prirsch hat in bewegten und freundlichen Worten darauf hingewiesen, ich möge mir das zu Gemüte führen, was der Abg. Vinzenz Lackner gesagt hat: „Es wäre besser, die Herzen sprechen zu lassen, als Paragraphen“. Er hat gemeint, er müsse mir ins Stammbuch schreiben, daß alle Mittel der Feuerschutzsteuer für Feuerwehrzwecke zur Verfügung zu stellen seien. Ich habe schon gesagt, daß die Feuerschutzsteuer nicht mehr zweckgebunden ist. Es haben hohe Forderungen, die gestellt worden sind und auch bei den Verhandlungen im Finanzausschuß von Seite der Landwirtschaft gekommen sind, eine relativ hohe Erfüllung gefunden. Dazu ist natürlich Geld notwendig und ich kann nicht auf der einen Seite auf Einnahmen restlos verzichten — ich habe nur einen bescheidenen Anteil genommen — und auf der anderen Seite Wünsche erfüllen. Wenn ich Geld hergeben soll, muß ich es auch haben oder es einnehmen können. Dieses Wunder, aus wenig viel zu machen, kann ich nicht vollbringen. Es gibt keine Einrichtung, mit deren Hilfe die Finanzreferenten dank eines Stäbchens oder eines Zauberspiegels Geld zu erzeugen vermögen. Es ist meine Aufgabe, zu weitgehende Wünsche auf jenes Maß einzuschränken, das es ermöglicht, die Gesamtwirtschaft des Landes zu gewährleisten. Das ist seit 1945 geschehen, die finanzielle Ordnung des Landes ist nicht in Schwierigkeiten geraten, wir haben jede Verpflichtung erfüllen können und darüber hinaus eine Reihe von Aufgaben übernommen, die wir mit vollem Erfolg erfüllt haben und von denen ich hoffe, daß sie mit der notwendigen bescheidenen Einschränkung, die uns in den nächsten Jahren absolut nicht erspart bleiben wird, auch weiter erfüllt werden können. Ich denke darunter an unsere Leistungen an die Stewag, die wir erfüllt haben und noch weiter erfüllen werden. Bei Beurteilung finanzieller Dinge müssen wir von realen Tatsachen ausgehen. Eine Reihe von Wünschen ist absolut berechtigt. Ich maße mir nicht an, zu erklären, daß dieser oder jener Wunsch nicht voll berechtigt sei. Landeshauptmannstellvertreter Udier, Landeshauptmannstellvertreter Machold haben Wünsche vorgebracht, die an sich voll berechtigt sind, ich mußte sie aber auf jenes Maß einschränken, das notwendig ist, damit eine geordnete Finanzwirtschaft gewährleistet wird. Wenn ich diese Einschränkungen vollzogen habe, dürfen Sie nicht vermuten, daß ich die Absicht hatte, einen Referenten zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Ich muß diesen Vorwurf deshalb zurückweisen. Ich war der Meinung, daß ihnen das alles aus dem Gehege der Zähne entschlüpft sei. Sie behaupten, Sie würden das beweisen. Ich bin begierig, diesen Beweis zu hören. Wollen Sie zur Kenntnis nehmen, daß der Beweis nur dann erbracht ist, wenn Sie beweisen, daß ich Pflichtaufgaben des Lan-

des vernachlässigt oder Förderungsaufgaben, die notwendig sind, übermäßig gekürzt habe. Wenn Ihnen dieser Beweis gelingt, wollen wir weiterreden. Die Feuerschutzsteuer trägt 5.692.000 S nach Mitteilung des Finanzministeriums, davon stehen für Feuerwehrzwecke zur Verfügung 3.759.000 S. Es bleiben dem Lande für andere Zwecke insgesamt 1.933.000 S. Man kann da nicht sagen, daß das Land nicht das nötige Verständnis für die Bedürfnisse der Feuerwehren habe. Nicht nur das Land hat den Feuerwehren gegenüber Verpflichtungen. Solche sind auch von Gesetzes wegen den Gemeinden auferlegt. Die Gemeinden haben das Ihrige beizutragen, den Feuerschutz zu gewährleisten, damit im Zusammengehen des Landes mit den Gemeinden die Feuerwehren das bekommen, was sie brauchen, um wehrhaft zu sein. Ich anerkenne die großen Leistungen der Feuerwehren und ihre große Hilfe, wenn schwere Notstände im Lande auftreten. Diese Dinge kann man aber nicht mit Geld abgelden. Was ich meine, ist, daß die technischen Voraussetzungen für die Feuerwehren geschaffen werden. Es sind eine Anzahl von Millionen diesem Zwecke zugeflossen: Im allgemeinen haben die Feuerwehren erhalten, was sie wünschten. Daß die Feuerwehren sich auf volle moderne Höhe ausrüsten, ist eine Angelegenheit von Jahren, die, ebenso wie die Technisierung der Landwirtschaft und wie die endgültige Bereinigung aller Fragen in den Krankenanstalten eine gewisse Zeit dauern wird. Das sind alles Probleme, die nur schrittweise gelöst werden können.

Es muß das Interesse des gesamten Landtages sein, daß der Voranschlag so erstellt ist, daß er vor dem Landtage selbst, aber auch vor der gesamten steirischen Öffentlichkeit verantwortet und auch eingehalten werden kann. Der Landesvoranschlag 1954 wird diese Aufgabe erfüllen, damit ist das, was notwendig ist, geschehen.

Ich war zu dieser Antwort bei Gruppe 9 genötigt, weil verschiedene Angriffe und Bitten, die gegenüber dem Finanzreferenten vorgebracht wurden, diese Antwort erheischt haben. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Stöffler: Hohes Haus! Ich möchte zuerst einmal unter Beweis stellen, daß die Referate der ÖVP-Regierungsmitglieder nach den ursprünglichen Ansätzen des Herrn Finanzreferenten gegenüber den Referenten der SPÖ-Mitglieder sichtlich zurückgeblieben waren.

Die Gruppe 2 war im Vorjahr mit 17.144.800 S dotiert, für das Jahr 1954 mit 16.111.000 S. Die Gruppe 3 zeigte eine Erhöhung, die Gruppe 4 eine Verringerung gegenüber 1953. Die Gruppe 5 wurde von 151.414.000 S im Jahre 1953 auf 165.368.000 S für 1954 erhöht. Die Gruppe 6 war von zirka 127 Millionen auf 128, also um nur etwa 1 Million erhöht worden und die Gruppe 7 erfuhr eine Erhöhung von 34.019.000 S auf 34.390.000 S. Die Steigerung in den von den ÖVP-Regierungsmitgliedern verwalteten Gruppen entsprechen insgesamt bei weitem nicht der

Steigerung der Gruppe 5 allein. Mit diesen Ziffern ist der Beweis für meine eingangs gemachte Behauptung geschlossen.

Daß Sie, Herr Finanzreferent, schwarz malen, mag von Ihrem Standpunkt aus verständlich erscheinen, wenn auch das niemals zugetroffen hat, was Sie in pessimistischer Weise voraus sagten. Im Gegenteil! Es hat sich bisher immer noch unsere Meinung als richtig erwiesen. Ich halte es nun durchaus für kein Unglück, wenn man nicht zu große Hoffnungen erweckt. Aber Tatsache ist, wie schon erwähnt, daß unsere Meinung bisher richtig war, und so auch diesmal. Woher kommt denn das Geld, das zur Bedeckung dieses Budgets verwendet wird, das um 30 Millionen größer ist als das des Vorjahres? Woher kommt das Geld, das das Land Steiermark in die Lage versetzt, über eine Liquidität zu verfügen wie noch nie seit 1945? Das Land verfügt nicht nur mengenmäßig, quantitativ, über mehr Geld als zuvor, sondern auch qualitativ hat sich eine Besserung ergeben, denn der Wert des Geldes ist innerhalb des letzten Jahres zweifellos gestiegen. Sind das keine Früchte? Ist der Baum, von dem ich spreche, wirklich leer? Sind die Millionen, die sich im Jahre 1953 als Mehreinnahmen ergeben haben, nicht durch eine sinnvolle Wirtschaftspolitik dem Lande zugeflossen? Warum wollen Sie das nicht anerkennen? Die Wirtschaftspolitik, die in diesem Jahre so erhebliche Mehreinnahmen gebracht hat, war doch keine unglückliche Politik, das werden Sie doch zugeben müssen. Wenn auch der Herr Finanzminister einige Millionen mehr an Vorzugsanteilen für den Bund in Anspruch genommen hat, so fließen doch dem Land Steiermark, wie in der Gruppe 9, Unterabschnitt 942, ersichtlich, 30 Millionen Schilling mehr an Ertragsanteilen zu als im Jahre 1953. Ich hätte erwartet, das Sie diese Erfolge, diese Früchte, einer gesunden Wirtschaftspolitik anerkennen.

Daß natürlich bei solchen Gelegenheiten, wie sie eine Budgetberatung darstellt, die politischen Meinungen aufeinanderprallen, daß der eine nicht immer gerade ein Loblied auf den anderen anstimmt, dafür haben wir Verständnis. Aber wir hätten erwartet, daß Sie, als eine Partei, die ebenfalls in der Regierung sitzt, doch gelten lassen, daß sich unser wirtschaftspolitisches Programm wirklich als gut erwiesen hat. Meine Damen und Herren! Diese echte Besserung hat es möglich gemacht, eine Menge von neuen Wünschen mit diesem Landesbudget zu erfüllen und einige finanzielle Stöße aufzufangen, wie zum Beispiel die Entnivellierung der Beamtenbezüge, die sich für das Jahr 1954 auf etwa 15 Millionen Schilling belaufen. Weiters haben wir die Möglichkeit gehabt, in der Gruppe 0 den Beginn für die Gewährung von Familiendarlehen zu schaffen. In der Jugendbeschäftigung kann das Land mehr leisten als bisher; ebenso in der Kulturförderung, die eine Erhöhung von rund 3 Millionen aufweist. Um weitere 17½ Millionen konnte die Dotierung für das Gesundheitswesen erhöht werden und auch die Gruppe 7 erfuhr schließlich eine Erhöhung um etwa

10 Millionen. Und da sprechen Sie von einem leeren Baum?

Als ich in der Generaldebatte die Frage der Vorzugsanteile des Bundes behandelte, wurde mir mit einem Zwischenruf des Herrn Landesrates Matzner der Vorwurf ungenügender Vertretung des Landes Steiermark gemacht. Meine Damen und Herren! Wir sind Föderalisten, aber mit Vernunft und nicht nur dann, wenn es gerade opportun erscheint. In erster Linie aber sind wir Österreicher und nicht nur österreichische, sondern auch wirtschaftliche Überlegungen zwingen uns zu der Ansicht, daß das Bundesbudget halten muß und daß man dem Herrn Finanzminister die 9 Millionen, wenn er sie zur Sicherung des Budgets unbedingt braucht, geben soll. Uns sind die sicher verbliebenen 30 Millionen Mehreinnahmen lieber, als unsichere 39 Millionen. Wir dürfen nichts unternehmen, was das Gefüge des Bundesbudgets bedrohen und eine Gefahr für die Stabilität bedeuten könnte. Damit glaube ich, diesen Zwischenruf erledigt und den damit verbundenen Vorwurf stichhältig zurückgewiesen zu haben.

Nun vielleicht noch kurz einiges die Einnahmen betreffend. Eine der Voraussetzungen, die die Einnahmen sichern, ist, daß in diesem Staat die Zahl seiner steuerzahlenden Bürger nicht geringer wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das zu sprechen kommen, was Frau Landesrat Matzner gesagt hat. Ich glaube, es wäre besser, sie hätte es nicht gesagt. Sie meinte nämlich, nur jene würden das Gesetz zum Schutz des Lebens umgehen, die es sich leisten können. Ich bin der Meinung, daß auch jenen, die es sich finanziell leisten können, dieses Gesetz zu biegen, das Handwerk zu legen ist. Wir werden das Gesetz zum Schutze des Lebens niemals aufgeben, und auch eine soziale Indikation können wir hiebei nicht gelten lassen. Frau Landesrat, wer soll denn hier die Grenze ziehen, ob das 5., 9. oder 12. Kind nicht mehr leben darf? Wieviel große Männer hat das österreichische Volk hervorgebracht, die als 12. oder 14. Kind armer Eltern geboren wurden. Wer wollte verantworten, daß sie nicht hätten leben dürfen? Von uns ist auf Ihre Ansicht sowohl als Väter und Eltern, als auch auf Grund unserer christlichen Weltanschauung nur ein Nein zu erwarten.

Ein weiterer Faktor, der unsere Einnahmen mittelbar stützt, ist, daß bei den Ausgaben gespart wird. In diesem Zusammenhang habe ich bei Behandlung der Gruppe 5 von der Notwendigkeit gesprochen, jene Fehlerquellen zu suchen, die die Wirtschaftlichkeit der Landesanstalten so beeinträchtigen. Was ich in der Generaldebatte zur Gruppe 5 sagte, war keinesfalls ein Angriff, es war vielmehr der Wunsch, daß man auch auf dem Gebiete der Krankenanstalten prüft und untersucht und dann nach einem konstruktiven Plan zu einer Neuordnung dieses Gebietes und zu einer wirtschaftlicheren Führung der Anstalten gelangen soll. Ich hatte nicht die Absicht, zum Kapitel Gesundheitswesen noch etwas zu sagen, aber das, was da-

rüber in Ihrer Zeitung, in der „Neuen Zeit“ steht, veranlaßt mich doch noch dazu etwas festzustellen. Es ist nicht so, Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold, daß Sie unsoziale Forderungen unsererseits zurückgewiesen hätten, denn wir haben keine solchen gestellt, oder wollen Sie uns unterschieben, daß wir auch dort zu sparen empfahlen hätten, wo Gefahr für den Menschen besteht? Mit welchen Worten und von wem wurde das behauptet? Wozu wird also in Ihrer Zeitung so geschrieben? Jeder, der die Verhältnisse genau kennt, wird mir rechtgeben, daß sich in den Krankenanstalten eine wirtschaftlichere Gebarung erzielen läßt. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold hat mir selbst bestätigt, daß eine Diskrepanz in dem Erfolg der Anstalten besteht und daß das Landeskrankenhaus in Graz als Großbetrieb mit an sich schlechten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Gebarung besser wirtschaftet als die Bezirksspitäler, die eher die Voraussetzung für eine wirtschaftlichere Gebarung hätten. Diese Diskrepanz muß doch auf Fehlern beruhen und wenn ich dazu beitragen will, daß man diese Fehler sucht, so ist das doch kein unsoziales Verhalten. Unsere Hinweise bedeuten nichts anderes, als daß man nicht an Kranken, sondern für den Kranken sparen soll. (Frau Landesrat Matzner: „So sagen Sie doch endlich, wo gespart werden kann?“) Sie fragen, wo man sparen soll? Diese Gegenfrage wäre in erster Linie an den zuständigen Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Machold zu richten, der im Finanzausschuß selbst erklärt hat, daß ein konstruktiver Plan zur Neuordnung des Gesundheitswesens nicht besteht. (Abgeordneter Wurm: „Sie sind ja immer gegen das Planen!“) Ich weiß, diese Betrachtungen sind Ihnen nicht angenehm.

Sie tun im übrigen der Sache der gemeinsamen Arbeit keinen guten Dienst, wenn Sie glauben, daß nur Sie es sich leisten können, andere anzugreifen. Das ist ein Irrtum! Sie glauben, sich alles Mögliche erlauben zu dürfen! Sie versuchen mit Ihrem Antrag auf Schaffung von Maschinenhöfen sich über unsere steirische Bauernschaft lustig machen zu können. Viele Ihrer Anträge und Äußerungen entbehren jeder Objektivität! Sie selbst sind aber außerordentlich empfindlich und mimosengleich, wenn Ihnen die Wahrheit gesagt wird. Sie waren ja früher nicht so zimperlich und besonders in der Wahl der Mittel im politischen Kampf gegen uns nie bescheiden. Es wäre für die zukünftige Zusammenarbeit besser, wenn Sie zur Kenntnis nehmen würden, daß Sie uns nicht ungestraft angreifen dürfen. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Landesrat Hovatek: Hoher Landtag! Ich stelle fest, daß ich nur auf eine einzige Bemerkung des Abg. Stöffler reagieren will. Er hat sich in der Generaldebatte dagegen verwahrt, daß ich einseitig gewisse Referate bevorzugt und andere benachteiligt habe. Die Beweisführung des Abgeordneten Stöffler stimmt nicht. Ich muß als Finanzreferent prüfen, wo ich überhaupt sparen

kann, ohne wesentliche Schädigungen zu bewirken und wo nicht. In der Gruppe 2 ist ein Unterschied, der übrigens durch gewisse Beschlüsse des Ausschusses aufgehoben erscheint. In Gruppe 4 haben Sie selbst zugegeben, daß weniger als früher veranschlagt ist. In Gruppe 5, Krankenanstalten, sind erstens bei einem Bedienstetenstand von über 4000 Menschen die Personalkosten so wesentlich gestiegen, daß diese zum großen Teil dieses Plus von 14 Millionen Schilling ausmachen, während bei allen übrigen Angestellten sich die Kosten auf die verschiedenen Referate verteilen. Also der Hauptteil der 14 Millionen Schilling Erhöhung sind die Erhöhung der Personalkosten, ein weiterer Teil der Erhöhung ist bedingt durch die Beschaffung von notwendigen chirurgischen und medizinischen Instrumenten und durch den erhöhten Bedarf an Arzneimitteln, die unmittelbar den Kranken zu Gute kommen. Ich muß sagen, der Vorstand der Abteilung 12, Hofrat Dr. Zacharias, ist als ein Sparmeister zu betrachten, der das schon als Vorstand der Abteilung 11 bewiesen hat, weshalb ich bei dem Leitungswechsel dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter vorgeschlagen habe, wenn er jemanden suche, der sich bemüht, jene Sparsamkeit, die angeblich nicht besteht, zu beachten, daß das nur Hofrat Dr. Zacharias sein könne. Er hat erklärt: „Was ich im Voranschlag habe, kann nicht geändert werden“. Er war selbst im Spital, hat mit den Primären geredet und hat dem ersten Landeshauptmannstellvertreter jene Summen genannt, die notwendig sind, wenn Spitals- und Heilstättenbetrieb nicht gefährdet werden soll. Soll ich mich dann von einem Ihrer Herren beschuldigen lassen, daß ich durch mein Streichen Leben und Gesundheit von Kranken gefährdet habe? Das ist ein Kapitel, bei dem man leider nicht sparen kann.

Es ist ein Mann, dem der Ruf vorausgeht, nicht nur Strenger zu heißen, sondern auch streng in der Auffassung der Dinge zu sein, als Zentraldirektor des Landeskrankenhauses bestellt worden, der größten Anstalt, die am meisten Geld erfordert. Wir haben einen vorzüglichen Leiter auf der Stolzalpe und solche auch in den übrigen großen Krankenhäusern. Da zu glauben, daß sie nicht die notwendige Sparsamkeit, soweit es die Interessen der Patienten zulassen, an den Tag legen, ist unbegründet. Wir haben außerdem das Landes-Kontrollamt. Dieses hat festgestellt, daß beim Krankenhaus Radkersburg diese oder jene Einrichtung mangelt und daß, um diese Mängel in Ordnung zu bringen, einige Leute neu einzustellen sind. Das Ergebnis des Kontrollberichtes ist, daß für Radkersburg mehr Geld aufgewendet werden müßte. Die Berichte über die anderen Krankenhäuser liegen noch nicht vor. Ob dort oder da im Laufe der Kontrolle Vorschläge auf Vereinfachung kommen werden, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber ein Generalplan besteht. Wir haben so und soviel Anstalten mit so und soviel Betten, die Krankheitsfälle der verschiedensten Art werden dort oder da ordnungsgemäß unter Aufgebot der Erkenntnisse der ärzt-

lichen Wissenschaft und Heilkunde behandelt. Wir haben weder die Absicht, Heilanstalten zu verlegen, noch solche stillzulegen, noch neue zu schaffen, weil wir nicht die Mittel dazu hätten und es auch in dem Ausmaße nicht notwendig wäre. Der Generalplan liegt in den vorhandenen Anstalten und ihrer Führung. Was generell noch zu planen wäre, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber vielleicht hat Abg. Stöffler selbst einen Generalplan vorliegen, so wie er ihn sieht, der durchführbar ist.

Ich habe mich gar nicht mit der Finanzpolitik des Herrn Finanzministers an sich beschäftigt, sie mit keinem Wort getadelt, vor seiner Finanzpolitik werde ich auch nicht in Bewunderung zerfließen und habe ausdrücklich erklärt, daß die Stabilisierung ein Endglied einer Entwicklungsreihe war, die gemeinsam vollzogen wurde, wobei der Finanzminister angenommen hat, daß er die letzte Phase vollziehen könnte. Durch Ihre Reden wollen Sie den Eindruck im Hohen Hause erwecken, daß es dem Lande um soviel besser gehe durch die besonderen Finanzkünste des jetzigen Finanzministers. Ich habe richtiggestellt, daß wir zwar um 36 Millionen mehr haben, aber nachdem uns der Finanzminister soviel auferlegt hat, haben wir noch frei zu verfügen über 63 Millionen Schilling. Das ist die Feststellung der Wahrheit. Außerdem habe ich darauf hingewiesen, daß wir nach dem uns versprochenen Finanzausgleich mit Mehreinnahmen durch Bundeszuschüsse hätten rechnen können, wenn sie uns nicht durch erhöhte Bundesvorzugsanteile wieder weggenommen worden wären. Ich habe nur die Wahrheit mitgeteilt, ich habe den Herrn Finanzminister nicht persönlich angegriffen, da ich ihn hochschätze und seine Bemühungen um eine geordnete Finanzwirtschaft als Finanzreferent ebenfalls mit Interesse verfolge. Sie (zu Abg. Stöffler) haben aber geglaubt, ich müsse auf Ihre gesamten Ausführungen eingehen und zum ersten Teil Ihrer Rede Beifall klatschen. (Abg. Stöffler: „Das habe ich nicht erwartet.“) Sie konnten es auch gar nicht erwarten.

Zum Abschluß möchte ich noch folgendes sagen: Ich habe mir nach den Voranschlägen der ordentlichen Gebarung des Bundes und des Landes Vergleichszahlen feststellen lassen und gefunden, daß die Einnahmen des Bundes im Jahre 1949 gegenüber dem Jahre 1948 — wir müssen das Jahr 1948 als Ausgangsjahr betrachten, weil wir erst in diesem Jahr zu einem Finanzausgleich gekommen sind — um 19 % gestiegen sind und die Einnahmen des Landes um 12 %. Im Jahre 1950 gegenüber 1949 sind die Einnahmen des Bundes um 57 % gestiegen und die des Landes um 65 %. Im Jahre 1951 sind die Einnahmen des Bundes um 23 % gestiegen und die des Landes um 14 %, im Jahre 1952 sind die Einnahmen des Bundes um 57 % gestiegen und die des Landes um 52 %. Wenn man sich das durchrechnet, sind die Einnahmen des Landes wesentlich geringer gestiegen als die des Bundes. Nachdem aber behauptet wurde, daß die

Einnahmen des Landes wesentlich rascher steigen als die des Bundes, hat man ja die Bundeszuschläge gemacht und das Notopfer eingeführt und auf eine Höhe von 700 Millionen Schilling gebracht. Aber aus den vorgelegten Ziffern ersieht man, daß diese behauptete Annahme nicht stimmt. Man hat uns also aus Gründen der Staatsnotwendigkeit das Geld weggenommen.

Ich habe bereits in meinen ersten Ausführungen darauf hingewiesen, daß es im Interesse des Staates wichtig und notwendig ist, ein ordentliches Bundesbudget zu haben, das sich sehen lassen kann, aber ebenso notwendig ist es, daß die nachgeordneten Gebietskörperschaften über genügend Mittel verfügen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Wenn aber durch Staatsnotwendigkeiten die Mittel der Länder nicht im entsprechenden Maß mitsteigen, dann müssen die Mitglieder der Landtage und der Gemeinderäte zur Kenntnis nehmen, daß man eben sparen muß und daß der, der durch die Wahl zum Finanzreferenten bestellt ist, eben den Rotstift nehmen und die wild wuchernden Wünsche auf jenes Maß zurückführen muß, damit eine geordnete Gebarung gewährleistet ist. Damit macht der Finanzreferent dasselbe wie der Finanzminister des Bundes, er sorgt dafür, daß in der Gebietskörperschaft, der er angehört, ein ordentlicher Haushalt geführt wird. Mehr kann man füglich von einem Finanzreferenten, der seine Pflichten ernst nimmt, nicht verlangen. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe die Gruppe 9 zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 9 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Landesvoranschlag. Berichterstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Wurm: Hohes Haus! Der außerordentliche Landesvoranschlag sieht vor Ausgaben in der Höhe von 44,240.000 S, denen Einnahmen in der Höhe von 15,144.400 S gegenüberstehen. Im Finanzausschuß wurden Erhöhungsanträge gestellt, dadurch wurden die Ausgaben um rund 34 Millionen Schilling auf 78,235.400 S erhöht, aber auch die Einnahmen wurden um rund 22 Millionen Schilling auf 22,787.400 S erhöht und besteht daher ein Abgang von 55,448.000 S. Zur Bedeckung des außerordentlichen Landesvoranschlages können zusätzliche Mehreinnahmen, Überschüsse und Erlöse aus Darlehen herangezogen werden.

Namens des Finanzausschusses schlage ich vor, die Ansätze des außerordentlichen Voranschlages und auch die Erhöhungsanträge zu genehmigen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem außerordentlichen Voranschlag die Zustimmung erteilen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu den Sondervoranschlägen. Berichterstatter ist Abg. Dr. Speck. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Speck: Ich bitte, die Sondervoranschläge anzunehmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Abgeordneten, die den Sondervoranschlag für den Wohnbauförderungsfonds, für den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds und für die Tierseuchenkasse des Landes Steiermark zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Allitsch: Dem Landesvoranschlag 1954 liegt auch der Dienstpostenplan bei. Seine vier Abschnitte umfassen die allgemeine Verwaltung mit 2515 Bediensteten, die Landesanstalten, Schulen und Einrichtungen mit 2271 Bediensteten, die Fürsorgeheime, Kranken- und Pflegeanstalten mit 3893 Bediensteten und außerdem noch die Wirtschaftsbetriebe mit 790 Bediensteten, das sind insgesamt 9469 Bedienstete, also um 67 Bedienstete mehr als im Jahre 1953.

Die Beratungen des Finanzausschusses haben die vorliegenden Ansätze zur Billigung geführt und außerdem erfuhr der Antrag Genehmigung, wonach im Ansatz für das landwirtschaftliche Schulwesen für den Dienstpostenplan 1954 10 Vertragsbedienstete mehr eingesetzt werden, so daß die dort ausgewiesene Summe an Bediensteten 110 beträgt.

Ich bitte den Hohen Landtag, die von mir vortragenen Ansätze mit den Abänderungen anzunehmen.

Abg. Dr. Speck: Ich schlage vor, daß zunächst über die zwei Anträge des Finanzausschusses, über die eine Meinungsverschiedenheit besteht — das sind auf Seite 23 zu 021 Sicherheitsdirektion und auf Seite 25 unten zu 731,712, Aufteilung der 200.000 S für Technisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft — einzeln abgestimmt wird und daß dann über alle übrigen Anträge, über die keine Meinungsverschiedenheit besteht, in einem abgestimmt wird.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Im Sinne des Antrages nehme ich die Abstimmung vor. Zunächst lasse ich abstimmen über den Antrag zu 021, betreffend Sicherheitsdirektion. Ich bitte jene Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Dies ist die Mehrheit, der Antrag ist daher angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Beschlußantrag zu 731,712, betreffend die Verwendung von 100.000 S zur Förderung von Maschinenhöfen bei den Gemeinden. Ich bitte jene Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit, der Antrag ist daher angenommen.

Ich bitte nun die Abgeordneten, die den übrigen Beschlußanträgen, wie sie vorliegen, die Zu-

stimmung erteilen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind angenommen.

Wir kommen nun zur Beratung über den Gesetzestext, Beilage 21, mit den sich aus der Beilage 21 ergebenden Änderungen. Berichterstatter ist Abg. Dr. Speck. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Dr. Speck**: Auf Seite 27 des Heftes sind die Abänderungsvorschläge zu dem Gesetz enthalten, die nun als Beilage 21 gedruckt dem Hohen Haus vorliegen. Der § 1 soll nach diesen Abänderungsanträgen lauten:

„Der Landesvoranschlag für das Jahr 1954 wird mit folgenden Anlagen zu diesem Gesetz auf gegliederten Gesamtbeträgen festgesetzt:

Ordentlicher Landesvoranschlag:

Ausgaben	596,941.200 S
Einnahmen	593,058.000 S
Abgang	3,883.200 S

Außerordentlicher Landesvoranschlag:

Ausgaben	78,235.400 S
Einnahmen	22,787.400 S
Abgang	55,448.000 S

Ich schlage vor, diesem § 1 die Zustimmung zu geben. Auch schlage ich vor, den übrigen in diesem Heft auf Seite 27 und 28 vorgedruckten Änderungen und dem Gesetze, wie es in Beilage 21 abgedruckt ist, die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrage des Herrn Berichterstatters zustimmen, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist der Landesvoranschlag für 1954 verabschiedet.

Wir kommen zu Punkt 2:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 74, betreffend die Genehmigung zur Aufnahme von Hypothekendarlehen in der Höhe von insgesamt 2,800.000 S vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds beim Bundesministerium für soziale Verwaltung in Wien zwecks Finanzierung des Wohnbauvorhabens des Landes Steiermark auf den landeseigenen Liegenschaften, Einl.-Zln. 638, 639, 650, 651, KG. Graz II, St. Leonhard.

Berichterstatter ist Herr Abg. Wurm, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Wurm**: Das Land Steiermark plant, 6 Wohnhäuser zu errichten mit insgesamt 100 Wohnungen. Der erste Bauabschnitt umfaßt 3 Häuser mit zusammen 44 Wohnungen und ist bereits fertiggestellt. Der zweite Bauabschnitt ist mit einem Haus mit 22 Wohnungen in Angriff genommen. Um diese Wohnbauten durchzuführen, sind Darlehen vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds beim Sozialministerium erforderlich. Ich ersuche um Annahme folgenden Antrages:

„Der Hohe Landtag wolle gemäß § 15 Abs. 2 lit. b des Landesverfassungsgesetzes beschließen:

Die Aufnahme von Hypothekendarlehen in der Höhe von zusammen 2,800.000 S beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zur Finanzierung des Baues von Kleinwohnungen für Landesbedienstete und die grundbücherliche Sicherstellung dieses Darlehens samt Zinsen, Verzugszinsen und Nebengebühren auf den Bauliegenschaften, Einl.-Zln. 638, 639, 650 und 651, KG. Graz II St. Leonhard, unter Einräumung des Veräußerungs- und Belastungsverbot sowie des Vorkaufsrechtes zu Gunsten des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds wird genehmigt.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 3:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage Einl.-Zl. 77, betreffend die gnadenweise Zurechnung von Jahren für die Bemessung des Ruhegenusses des Oberverwalters i. R. Karl Dworczak.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Dr. Allitsch**: Hohes Haus! Der frühere Oberverwalter Karl Dworczak, welcher 27 Jahre im Landesdienste stand, hat vor dieser Tätigkeit als Leiter der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Karl Merk 16 Jahre beruflich verbracht. Er hat an die Landesregierung die Bitte gerichtet, daß ihm zur Ruhegenußbemessung ein Teil dieser früher bezeichneten Dienstzeit eingerechnet werde. Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt. Ich darf den einstimmigen Beschluß des Finanzausschusses festlegen und dem Hohen Hause den Antrag vorlegen, der Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 77, zuzustimmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dafür sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 4:

Es ist das Auslieferungsbegehren Bürgermeister Dr. Speck.

Nachdem der Gemeinde- und Verfassungsausschuß die Beratung über das Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes für Strafsachen in Graz gegen Bürgermeister Dr. Speck abgeschlossen hat, können wir diesen Gegenstand in Verhandlung ziehen.

Berichterstatter ist Herr Abg. Sebastian, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Sebastian: Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Graz beschäftigt und festgestellt, daß der Herr Bürgermeister in seiner Funktion als oberster Arbeitgeber der Stadtgemeinde Graz in einem verschlossenen Kuvert einer ehemaligen Bediensteten eine Qualifikation zugesandt hat, worauf die Betreffende sich in ihrer Ehre angegriffen fühlte und eine Privatklage eingereicht hat. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat einvernehmlich festgestellt, daß das Vorhaben des Bezirksgerichtes, in diesem Zusammenhang ein Auslieferungsbegehren zu stellen, unbegründet sei. Bürgermeister Dr. Speck hat die Auslieferung selbst gewollt, aber die Fraktion ist übereingekommen, daß nach alter Gepflogenheit bei solchen Dingen, die im Zusammenhang mit der Funktion stehen, das Auslieferungsbegehren abgelehnt werden soll. Ich stelle namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses den Antrag, dem Auslieferungsbegehren nicht zuzustimmen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 5:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 20, Gesetz über die Einhebung einer Abgabe für die Benützung von öffentlichem Gemeindegrund und des darüber befindlichen Luftraumes (Benützungsabgabengesetz).

Berichterstatter ist Herr Abg. Rösch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Rösch: Hohes Haus! Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 24. Juli d. J. ein Gesetz über die Einhebung einer Abgabe für die Benützung von öffentlichem Gemeindegrund und des darüber befindlichen Luftraumes beschlossen, die Höhe der Abgabe war mit 5 % der Bruttoeinnahme festgelegt. Gegen diesen Beschluß und insbesondere gegen die Höhe der Abgabe hat die Bundesregierung Einspruch erhoben, so daß der Gesetzesbeschluß nach den Bestimmungen des Verfassungsgesetzes als ganz kassiert war. Die Steiermärkische Landesregierung hat dem Landtage eine neue Vorlage vorgelegt, wonach die Höhe der Abgabe auf drei von Hundert herabgesetzt wird. Hiezu ist zu erwähnen, daß zwischen der Stadtgemeinde Graz, dem Amte der Landesregierung und dem Bundesministerium für Finanzen Verhandlungen stattgefunden haben. Das Bundesministerium für Finanzen hat sich mit der Höhe von 3 % einverstanden erklärt. In seiner gestrigen Sitzung hat sich der Gemeinde- und Verfassungsausschuß mit dieser Vorlage beschäftigt, hiezu noch eine Änderung vorgenommen, die Ihnen heute schriftlich vorgelegt wurde. Dem-

nach soll in der gedruckten Vorlage im § 7 1. Zeile an Stelle der Jahreszahl 1953 die Jahreszahl 1954 kommen, das heißt, daß das Gesetz nicht rückwirkend mit 1. Jänner 1953, sondern erst ab 1. Jänner 1954 in Kraft tritt. Diese Regelung ist möglich, da das Bundesministerium für Finanzen sich bereit erklärt hat, die eingehobenen Beträge für 1953 stillschweigend zu dulden und auch einverstanden ist, daß für 1954 das Gesetz in Anwendung kommen kann.

Namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses stelle ich den Antrag, der Gesetzesvorlage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum vorletzten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 94, betreffend das Ansuchen der Speditionsfirma Schellander, Alleininhabers Karl Gaulhofer, um Gewährung einer Ausfallhaftung im Betrage von 3.500.000 S.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hofmann: Hohes Haus! Die Einl.-Zl. 94 beinhaltet den Antrag der Steiermärkischen Landesregierung wegen Übernahme einer Ausfallhaftung im Betrage von 3½ Millionen Schilling. Wie Sie wissen, wird das Bahnhofsgelände umgebaut und der Inhaber der Firma Schellander, Herr Gaulhofer, beabsichtigt, auf diesem Gelände Getreidesilos und Lagerhäuser zu errichten. Insgesamt ist beabsichtigt, etwas über 16.000 m³ zu verbauen. Wenn man sich vor Augen hält, daß 1 m³ bebauter Raum zwischen 400—500 S kostet, so ist daraus zu ersehen, daß dies ein Bauvorhaben von über 6 Millionen Schilling, ja fast 7 Millionen Schilling darstellt. Die Landeskypothekenanstalt würde dem Herrn Gaulhofer bzw. dieser Speditionsfirma 1½ Millionen Schilling als Hypothekarkredit auf bereits bestehende Baulichkeiten und Grundstücke und im Zuge der Errichtung dieser Getreidesilos und Lagerhäuser die entsprechenden Beträge bis zum Betrag von zusätzlich 3½ Millionen Schilling, also insgesamt 5 Millionen Schilling, geben, wenn das Land die Haftung für diese 3½ Millionen Schilling übernimmt. Die Sache wurde überprüft von Fachleuten, die ernst zu nehmen sind, sie ist ziemlich risikolos. Ich habe daher die Ehre, dem Hohen Hause den einstimmig vom Finanzausschuß angenommenen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen, der da lautet:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, für ein auf den Liegenschaften

EZ. 1361 und 1432, KG. IV Lend, zweitrangig sicherzustellendes Kommunalobligationen-Darlehen der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark im Betrage von 3.500.000 S (Schilling: Drei Millionen fünfhunderttausend), das der Firma Erste Grazer Expres-Transporte J. Schellander, Alleininhaber Karl Gaulhofer, gewährt wird, die Ausfallhaftung zu übernehmen und die näheren Bedingungen dieser Haftungsübernahme in einem mit der genannten Firma und der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark abzuschließenden Bürgschaftsvertrag festzulegen.“

Ich bitte, dieser Vorlage und diesem Antrage die Zustimmung erteilen zu wollen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrage zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 95, betreffend die summarische Erklärung der in dem vom Landesbauamt vorgelegten Verzeichnisse mit dem Stand vom 1. Jänner 1953 näher bezeichneten 302 Straßen mit einer Gesamtlänge von 2.823.026 km als Landesstraßen gemäß § 8 (1) des Landesstraßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 20 1938.

Berichterstatter ist Abg. Hirsch. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hirsch:** Hohes Haus! Diese Vorlage beschäftigt sich mit der formellen

Übernahme von 302 Straßen, die bereits seit Jahren vom Lande verwaltet werden. Es ist ein diesbezüglicher Landtagsbeschuß notwendig, um den gebührenden Anteil an der Mineralölsteuer vom Bund noch für das Jahr 1953 zu erhalten. Ich ersuche im Namen des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses das Hohe Haus, diese Vorlage anzunehmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrage des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Bevor ich die Sitzung schließe, fühle ich mich veranlaßt, dem Herrn Finanzreferenten der Steiermärkischen Landesregierung, Landesrat Horvatek, und den Beamten der Finanzabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für die gewissenhafte Erstellung des Landesvoranschlages, dem Finanzausschuß für die rasche Vorberatung und den Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages für die Verabschiedung des Budgets aufrichtig zu danken. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Landtages, das Budget zeitgerecht zu beschließen.

Schließlich gestatte ich mir, den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und den Angehörigen des Hohen Hauses die besten Wünsche für die Weihnachtsfeiertage und für das Jahr 1954 zu entbieten.

Die nächste Sitzung des Steiermärkischen Landtages wird im schriftlichen Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19. Dezember 1953, 1 Uhr 50 Minuten.